Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in den ehemaligen Herzogthümern Jülich, Cleve und Berg und in dem vormaligen Großherzogthum Berg über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, ...

vom Jahr 1475 bis zu der am 15. April 1815 eingetretenen Königlich Preuß. Landes-Regierung

Vom Jahr 1767 bis zum Jahr 1808 und von Nr. 2001 bis incl. Nr. 3000

Scotti, Johann Josef

Düsseldorf, 1821

1806-1808 (Nr. 2845 - 3000)

urn:nbn:de:hbz:5:1-221

Visual Library

eingetheilten Güter und Gefälle der inländischen aufgehobenen geistlichen Corporationen.

2842. — Den 11. Dezbr. 1805. — A.

Bekanntmachung der bei Ablösung der Cameral-Churmeden im Herzogthum Berg festgesetzten und zu beobachtenden Grundsätze.

2843. — Den 14. Dezbr. 1805. — A. P.

Den Geburtshelfern und Hebammen wird es, bei 10 Rthlr. Strafe, wiederholt verboten: Operationen mit den Instrumenten, ohne Zuziehung eines Arztes oder Physikus oder, im Falle ein solcher nicht zu haben ist, ohne Zuziehung eines zweyten Accoucheurs, vorzunehmen.

2844. — Den 27. Dezbr. 1805. — A. P.

Wilhelm, Herzog, Pfalzgraf ꝛc.

Den Einwohnern des Landes und den darin anwesenden Fremden wird es bey strenger Ahndung wiederholt verboten, ihre Privat-Meinungen über Staats- und politische Gegenstände an öffentlichen Orten zu verbreiten, und dadurch die Veranlassung zu unbescheidenen Deklamationen und gehässigen Streitigkeiten zu geben.

2845. — Den 13. Jan. 1806. — A. P.

Wir Maximilian Joseph von Gottes Gnaden König von Bayern, des Heil. Röm. Reichs Erzpfalzgraf, Erztruchseß und Churfürst.

Durch die unerschütterliche Treue Unserer Unterthanen und ihre vorzüglich bewiesene Anhänglichkeit an Fürst und Vaterland hat der Bayerische Staat sich wieder zu seiner ursprünglichen Würde empor gehoben. Wir haben Uns daher entschlossen, den den vormahligen Beherrschern Bayerns angestammten Titel eines Königs von Bayern und allen dazu gehörigen Ländern anzunehmen und diesen Entschluß durch eine feyerliche Proklamation am 1ten des laufenden Jahres in der Königlichen Residenz-Stadt

München Unseren Völkern öffentlich bekannt machen zu lassen.

Den sämmtlichen Beamten und Magistraten werden von jener Proklamation die anliegenden Exemplarien mit der Weisung angeschlossen, solche feyerliche Proklamation zu eines jeden Wissenschaft mit dem Zusatze öffentlich von den Kanzeln verkündigen zu lassen, daß die feyerliche Krönung und Salbung auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten worden, und diese in Zeiten ebenfalls öffentlich werde bekannt gemacht werden. Uebrigens erhalten die Beamten und Magistrate in Ansehung der Courtoisie den weitern Befehl, künftig in allen Berichten und Vorstellungen die Anrede-Formel: Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König, Allergnädigster Herr! im Contert die Courtoisie: Eure Königliche Majestät — Beym Schlusse die Unterschrift: Allerunterthänigster, und die Auf- und Ueberschrift: An Seine Königliche Majestät von Bayern zum Geheimen-Rathe oder zur obersten Justitzstelle, zu beobachten.

Proklamation.

Da durch die Vorsehung Gottes es dahin gediehen ist, daß das Ansehen und die Würde des Herrschers in Bayern seinen alten Glanz und seine vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes, und zum Flor des Landes wieder erreicht, so wird der Allerdurchlauchtigste und großmächtigste Fürst und Herr, Herr Maximilian Joseph, als König von Bayern, und allen dazu gehörigen Ländern hiemit feyerlich ausgerufen, und dieses seinen Völkern allenthalben kund und zu wissen gemacht.

Lange und glücklich lebe Maximilian Joseph, unser allergnädigster König! Lange und glücklich lebe Karoline, unsere allergnädigste Königin!

So geschehen und verkündet in der Königlichen Haupt- und Residenzstadt München am ersten Tage des Jahres Ein Tausend Acht Hundert Sechs.

2846. — Den 15. Jan. 1806. — A.

Wilhelm, Herzog, Pfalzgraf ꝛc.

Die Beamten und Magistrate werden angewiesen auf

die den Pfarrgeistlichen obliegende, vorschriftsmäßige Führung der Tauf-, Copulations- und Sterbe-Register besonders zu wachen, und keine der verbotenen Wallfahrten ins Ausland und Prozessionen im Innland, bei welchen übernachtet werden muß, zuzulassen.

2847. — Den 17. Januar 1806. — A. P.

Als Nachtrag zur Wege-Ordnung werden die Pflichten des Barriere-Empfängers und des Reisenden rücksichtlich der Aushändigung der Barriere-Zettel und der Entrichtung des Chausseegeldes genauer bestimmt.

2848 — Den 22. Jan. 1806. — A.

Wilhelm, Herzog, Pfalzgraf ꝛc.

Die Kirchen- und Armenrechnungen müßen in der vorgeschriebenen Frist alljährlich gehörig abgelegt, und die Passivreste unverzüglich eingetrieben, und sodann auch die etwa, zu Last der rechnenden und abgehenden Kirchmeister, Provisoren oder Vorsteher, sich ergebenden Schulden, von denselben gleich baar erlegt werden Zugleich wird bestimmt daß nur angesessene solvable Rechnungsführer angestellt werden dürfen, und daß für die, aus der Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften, entstehenden Schaden die Gemeinden zum Ersatz angehalten werden, und die Beamten und Magistrate für den der Kirche und den Armen aus der Verzögerung entstehenden Schaden verantwortlich seyn sollen.

2849. — Den 4. Februar 1806. — P.

Publication einer zu München am 16. v. M. ergangenen königl. Bestimmung wodurch alle Staatsdiener verpflichtet werden, und allen Unterthanen der Monarchie gestattet wird, die bayerische blaue u. weiße Cocarde zu tragen.

2850. — Den 14. Febr. 1806. — A. P.

Alle Schriften welche mit Beziehung auf ſtaatsrechtliche Verhältniſſe verfaßt, und im Herzogthum Berg zum öffentlichen Druck beſtimmt ſind, müſſen vorher der Cenſur des königlichen Geheimenrathes unterworfen werden.

2851. — Den 14. Febr. 1806. — A. P.

Publication des mit dem Fürſtenthum Schwarzburg-Sondershauſen geſchloſſenen Freyzügigkeits-Vertrages.

2852. — Den 14. Febr. 1806. — P.

Die beſchnittenen franzöſiſchen Laubthaler ſollen weder bei öffentlichen Caſſen noch im Handelsverkehr als gültige Münze angenommen werden. Die Beſchneidung, ſo wie der Aufkauf und Vertrieb ſolcher beſchnittenen Münzen ſollen nach der Strenge der Geſetze beſtraft werden.

2853. — Den 14. Febr. 1806. — P.

Die in den Centralklöſtern befindlichen Geiſtlichen können im äußerſten Nothfall und an hohen Feſttagen den Pfarrern Aushülfe leiſten, müſſen aber gleich nach Beendigung der letztern in ihre Klöſter zurückkehren.

2854. — Den 14. Febr. 1806. — A. P.

In dem zwiſchen Seiner Römiſch- auch Oeſterreichiſch-Kaiſerlichen und Königlichen Majeſtät — dann zwiſchen Seiner Franzöſiſch-Kaiſerlichen und Königlichen Majeſtät am 26. Dezbr. zu Preßburg abgeſchloſſenen Frieden ſind mehrere Beſtimmungen enthalten, durch welche Unſere Staaten nicht nur einen neuen Zuwachs ſondern auch ſowohl ihre bisherige äuſſere- als innere ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe eine Abänderung erhalten haben, wohin vorzüglich die Artikel 7, 8, 13, 14 und 15 gehören. Da

Wir nun vermöge des Rescriptes vom 31. Jänner jüngst verordnet haben, daß dieser Friedens-Tractat in allen Puncten, welche Unsere Staaten und die Uns darin garantirten Souveränitäts-Rechte betreffen, als ein pragmatisches Gesetz angesehen werden soll, wornach jeder sich genau zu achten, und sich aller Verbindungen und Recurse zu enthalten hat, welche Unsern Souveränitäts-Rechten entgegen sind; so werden den sämmtlichen Beamten und Magistraten in der Anlage einige Exemplarien der bezogenen Artikel mit dem Befehle angeschlossen, dieselben so wohl als auch die gegenwärtige Verordnung zu eines jeden Wissenschaft und Nachachtung von den Kanzeln öffentlich bekannt machen zu lassen, ꝛc.

Auszug

aus dem zwischen Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen und Könige von Italien, und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich zu Preßburg den 26. Dezemb. 1805 unterzeichneten Friedens-Traktate.

VII.

Die Churfürsten von Bayern und Würtemberg nehmen den Königstitel an, ohne jedoch aufzuhören, Glieder des deutschen Bundes zu seyn. Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich erkennt sie in dieser Würde.

VIII. Se. Majestät der Kaiser von Deutschland und Oesterreich leistet sowohl für sich, seine Erben und Nachfolger, als für die Prinzen seines Hauses, ihre Erben und respectiven Nachfolger auf nachbenannte Fürstenthümer, Herrschaften, Domainen und Gebiete Verzicht, und überläßt und tritt ab an Se. Majestät den König von Bayern die Marggrafschaft Burgau und was dazu gehört, das Fürstenthum Eichstädt, denjenigen Theil des Gebiets von Passau, der Sr. königlichen Hoheit, dem Churfürsten von Salzburg gehörte, und zwischen Böhmen, Oesterreich, der Donau und dem Inn gelegen ist, ferner die Grafschaft Tyrol, mit Inbegriff der Fürstenthümer Brixen und Trient; die sieben Herrschaften im Voralbergischen mit ihren Inklavirungen, die Grafschaft Hohenems, die Grafschaft Königsegg-Rothenfels, die Herrschaften Tetnang und Argen und die Stadt Lindau nebst ihrem Gebiete.

An Se. Majestät den König von Würtemberg die fünf sogenannten Donaustädte, nemlich: Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Mengen und Sulgau mit allem, was dazu gehört, die obere und untere Grafschaft Hohenberg, die Landgrafschaft Nellenburg und die Präfektur Altdorf mit dem, was (die Stadt Konstanz ausgenommen) dazu gehört; ferner denjenigen Theil des Breisgaues, welcher im Würtembergischen inklavirt und gegen Osten in einer Linie vom Schlegelberg bis zum Molbach gelegen ist, und die Städte Willingen und Brentingen mit ihrem Gebiete.

An Se. Durchlaucht, den Churfürsten von Baden, das Breisgau, mit Ausschluß der vorhin benannten und abgesonderten Besitzungen, die Ortenau, mit allem, was dazu gehört, die Stadt Konstanz und die Kommenthurey Meinau. Von allen hier eben benannten Fürstenthümern, Herrschaften, Domainen und Gebieten, sollen Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg und Seine Durchlaucht der Churfürst von Baden, ganz unabhängig mit der vollkommensten Souveränität, auf die gleiche Weise, mit den gleichen Titeln, Rechten und Prärogativen Besitz nehmen, wie sie vorhin Se. Majestät der Kayser von Deutschland und Oesterreich, oder die Prinzen seines Hauses besessen haben, und anders nicht.

XIII. Se. Majestät der König von Bayern kann die Stadt und das Gebiet von Augsburg in Besitz nehmen, sie seinen Staaten einverleiben, und ganz eigen und mit aller Souveränität besitzen. Se. Majestät der König von Würtemberg kann gleicherweise die Grafschaft Bondorf in Besitz nehmen, sie seinen Staaten einverleiben und ganz eigen mit voller Souveränität besitzen. Se. Majestät der Kayser von Deutschland und Oesterreich verspricht, hierin keinerley Hinderniß in den Weg zu legen.

XIV. Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Würtemberg und Seine Durchlaucht der Churfürst von Baden werden über die ihnen hier abgetretenen Gebiete sowohl, als über ihre alten Staaten die vollständigste Souveränität und alle Gerechtsame, die damit verbunden und ihnen von Sr. Majestät dem Kayser der Franzosen und Könige von Italien garantirt sind, so und auf die nämliche Weise ausüben, wie Se. Majestät der Kayser von Deutschland und Oesterreich, und Se. Majestät der

König von Preußen sie über ihre deutsche Staaten ausüben. Se. Majestät der Kayser von Deutschland und Oesterreich verpflichtet sich, sowohl als Chef des Reichs, als auch als Mitstand, der Ausübung alles desjenigen, was besagte Ihre Majestäten der König von Bayern und von Würtemberg und Seine Durchlaucht der Churfürst von Baden rücksichtlich dieser ihrer Souveränitäts-Rechte gethan haben oder noch erst thun werden, keinerley Hinderniß in den Weg zu legen.

XV. Se. Majestät der Kayser von Deutschland und Oesterreich entsagt sowohl für sich, seine Erben und Nachfolger, als auch für die Prinzen seines Hauses, ihre Erben und Nachfolger, allen Gerechtsamen der Souveränität sowohl als des Lehenrechts allen und jeden wirklichen oder eventuellen Ansprüchen auf alle Staaten, keinen ausgenommen, in deren Besitze Ihre Majestäten die Könige v. Bayern und Würtemberg und Se. Durchlaucht der Churfürst von Baden sind, und überhaupt auf alle in den bayerischen, fränkischen und schwäbischen Kreisen liegende Staaten, Domainen und Gebieten haftenden Titeln. Alle Ansprüche, sie mögen wirkliche oder eventuelle seyn, welche besagte Staaten auf das Haus Oesterreich oder gegen die Prinzen desselben haben mögen, sind und bleiben demnach auch für immer verloschen. Jedoch haben die im gegegenwärtigen Artikel enthaltenen Renunziationen keine Beziehung auf das Eigenthum, welches durch den Artikel XI. Ihren königlichen Hoheiten, den Erzherzogen, zugetheilt worden ist, oder in Kraft des Artikels XII. noch erst zugetheilt werden soll.

2855. — Den 21. Febr. 1806. — P.

Die inländischen und westrheinischen, ausgewiesenen, hier pensionirten Geistliche, welche Fähigkeiten zur Versehung eines Pfarr- oder Schul-Amtes besitzen, sind verpflichtet sich zur Aushülfe bei der Seelsorge und sonstigen gottesdienstlichen Verrichtungen gebrauchen zu lassen, und werden angewiesen der nächsten Pensionsquittung eine Erklärung über Alter, Aufenthalt, jetzige Beschäftigung und etwaige Neigung zur Uebernahme eines Kirchen- oder Schuldienstes, unfehlbar beizufügen.

2856. — Den 4. März 1806. — A. P.

Die Verordnung Nro. 2838 wegen der Reise-Päſſe wird dahin abgeändert, daß die Paßformulare den Beamten ohne Unterſchrift des General-Landes-Commiſſairs zugeſendet, von denſelben bei ſtattfindendem Gebrauch ausgefüllt und unterſchrieben, und ſodann erſt, zur Unterſchrift und Beſiegelung durch den General-Landes-Commiſſair, eingeſendet werden müſſen.

2857. — Den 7. März 1806. — P.

Von allen Zeitungen und periodiſch-erſcheinenden Schriften politiſchen oder ſtatiſtiſchen Inhalts, muß ein Plan zur Genehmigung des Miniſterial-Departements der auswärtigen Angelegenheiten eingereicht, und jedes derartige Blatt oder Heft der Cenſur unterworfen werden.

2358. — Den 11. März 1806. — A. P.

Der Schleichhandel nach Frankreich mit engliſchen Manufacturwaaren wird bei ſchwerer Geld- und bei Leibes-Strafe verboten.

2859. — München den 15. März 1806. — A. P. Q

Wir Maximilian Joſeph von Gottes Gnaden König von Bayern ꝛc. ꝛc. des heiligen Römiſchen Reichs Erzpfalzgraf, Erztruchſeß und Churfürſt.

Urkunden und bekennen

In Folge einer zwiſchen Seiner Majeſtät dem Kayſer der Franzoſen, und Könige von Italien, und Uns geſchloſſenen Uebereinkunft geht das von Uns und Unſerm Königlichen Hauſe bisher beſeſſene Herzogthum Berg an Seine Franzöſiſch-Kayſerliche und Königliche Majeſtät

über. Wir eröffnen dieses Unsern bisher getreuen Landständen, Unterherrn, Lehnsleuten, Dienern, Mediat-Korporationen, und sämmtlichen Unterthanen des erwähnten Herzogthums, und indem Wir sie der gegen Uns, und Unser Königliches Haus aufgehabten Unterherrn-Dienst und Unterthans-Pflichten, förmlich und feyerlich entbinden, auch sie damit unbedingt an die Bestimmungen Seiner Französisch-Kayserlich-Königlichen Majestät verweisen, machen Wir es Uns zur besondern Pflicht, Unsere Regierungs-Handlungen in gedachtem Herzogthume mit dankbarer Anerkennung der Uns und Unserm Hause darin von den gesammten Unterthanen so vielfach gegebenen Beweise ihrer unverrückten Treue und Anhänglichkeit und ihres willfährigen Gehorsams zu beschließen, und sie zu versichern, daß Wir ihnen mit Königlicher Huld und Gnade in andern Wegen jederzeit beygethan bleiben werden. —

Gegeben in Unserer Königlichen Haupt und Residenzstadt München den 15. März im Jahr Achtzehnhundert und Sechs, Unseres Reiches im ersten Jahre.

Bemerk. Promulgirt zu Düsseldorf am 21. März 1806.

2860. — Im Pallast der Tuilerien den 15. März 1806. — A. Q.

Napoleon, von Gottes Gnaden und durch die Constitutionen Kaiser der Franzosen, und König von Italien Gruß allen denjenigen, welche Gegenwärtiges sehen werden.

Da ihre Majestäten die Könige von Preußen und Bayern Uns die respektiven Herzogthümer Cleve und Berg in ihrer ganzen Souveränität überhaupt mit allen Gerechtsamen, Titeln und Prärogativen, welche nur immer dem Besitze jedes dieser beyden Herzogthümer anklebten, so wie dieselben von ihnen besessen worden, abgetreten haben, um darüber zu Gunsten eines Prinzen nach Unserer Wahl zu disponiren: so haben Wir gedachte Herzogthümer, Gerechtsame, Titel, Prärogative mit der völligen Souveränität, so wie Uns dieselben abgetreten worden, übertragen, und übertragen sie hiermit dem Prinzen Joachim,

Unſerm vielgeliebten Schwager, damit er ſie in der Eigenſchaft als Herzog von Cleve und Berg in ihrem ganzen Umfange vollkommen beſitze und auf ſeine natürlichen und legitimen männlichen Nachkommen nach der Ordnung der Primogenitur, mit beſtändiger Ausſchließung des weiblichen Geſchlechtes und deſſen Nachkommen, erblich übertrage. Würden aber, welches Gott verhüten wolle, keine männlichen, natürlichen und legitimen Nachkommen von dem gedachten Prinzen Joachim, Unſerm Schwager, mehr vorhanden ſeyn, ſo ſollen die Herzogthümer Cleve und Berg mit allen Gerechtſamen, Titeln und Prärogativen, auf Unſere männliche, natürliche legitime Deſcendenten, und wenn deren keine mehr vorhanden ſind, auf die Deſcendenten Unſeres Bruders des Prinzen Joſeph, und in Ermanglung deren auf die Descendenten Unſeres Bruders des Prinzen Louis kommen, ohne daß die gedachten Herzogthümer Cleve und Berg je in einem Falle mit Unſerer kayſerlichen Krone können vereiniget werden.

Da Wir zu der Wahl, welche Wir in der Perſon des Prinzen Joachim Unſeres Schwagers, getroffen haben, vorzüglich dadurch beſtimmt worden, daß Wir ſeine ausgezeichneten Eigenſchaften kannten, und von den Vortheilen vergewiſſert waren, welche daher für die Einwohner der Herzogthümer Berg und Cleve entſtehen müſſen; ſo hegen Wir die gewiſſe Zuverſicht, daß ſie ſich der Gnade ihres Fürſten, völlig würdig zeigen werden, indem ſie fortfahren, durch ihre Treue und Ergebenheit den unter ihren alten Fürſten, erworbenen guten Ruf, und dadurch Unſere Kaiſerliche Gnade und Protection zu verdienen.

2861. — Köln den 19. März 1806. — A. Q.

Wir Joachim Prinz und Großadmiral von Frankr. Lieut. Sr. Maj. des Kaiſers der Franz. und Königs v. Italien, Großkr. der Ehrenl. Großwürd. des Ord. der eiſ. Krone, Ritter des preuß. ſchwarzen und rothen Adler-Ordens ꝛc.

Vermög des Auftrages und der Vollmacht, welche uns von Seiner Majeſtät dem Kaiſer und König gegeben worden ſind, haben wir den Herrn Diviſions-General Dupont, Großoffizier der Ehrenlegion zum Commiſſar ernannt um von dem Herzogthume Berg, welches der Frey-

herr von Hompesch, mit Vollmacht von Seinem Souverain versehen, ihm übergeben wird, Besitz zu nehmen.

Der Herr General wird sich unverzüglich nach Düsseldorf begeben, um sich mit dem Freyherrn von Hompesch zu benehmen, und den Tag zu bestimmen wo die französischen Truppen die Bayerischen in dieser Hauptstadt, und so vor und nach in den übrigen Städten des Herzogthums Berg ablösen sollen. Er wird über den Bestand der Munition- und Proviant-Magazine, so wie über die in den Zeughäusern befindliche Artillerie und Waffen ein Protokoll abhalten lassen. Er wird den Zustand aller öffentlichen Anstalten constatiren, keine Proklamation soll geschehen, nichts soll in der Verwaltung des Landes geändert werden.

2862. — Den 20. März 1806. — A. Q.

Wir Wilhelm von G. G. Herzog in Bayern.

Liebe Getreue!

War es einer der angenehmsten Tage Unseres Lebens, als Wir mit Euch durch Bande vereiniget wurden, die durch wechselseitige Pflichterfüllung, durch Liebe und Zutrauen immer fester werden sollten: so könnet ihr hiernach ermessen, was es Unserm Herzen kostet, sie durch gebieterische Umstände wieder aufgelöset zu sehen. Wir entlassen Euch, in diesem Drange, der Pflichten die Ihr gegen Uns hattet; bezeugen Euch aber zugleich und durch Euch den guten Bergern Unsern wärmsten Dank für die Uns bisher bewiesene Anhänglichkeit, die Euch und dieselbe bey Unserm Nachfolger im Besitze und in der Regierung des Landes nicht anders als wohl empfehlen kann; wünschen Euch, innigst gerührt, eine glückliche Zukunft, und versichern Euch allen zusammen, so wie jedem ins besondere, daß, wo Wir immer seyn werden, Euer Andenken Uns stets werth seyn wird, und daß Wir bey diesem unvergänglichen Gefühle der Erkenntlichkeit und Rückerinnerung Euch auch ferner gewogen bleiben.

2863. — Hauptquartier zu Köln den 21. März 1806. — A. Q.

Wir Joachim Prinz und Groß-Admiral von Frankreich, Herzog von Cleve und Berg ꝛc.

Haben verordnet und verordnen wie folgt:

Art. 1. Die Kaiserliche Akte, wodurch Seine Majestät der Kaiser der Franzosen und König von Italien Uns das Eigenthum und die Souveränität der Herzogthümer Cleve und Berg abgetreten und übertragen hat, soll im ganzen Umfange dieser beyden Herzogthümer den 23. des laufenden Monats März verkündigt und angeheftet werden.

Art. 2. In der bürgerlichen und gerichtlichen Administration der Herzogthümer Cleve und Berg wird nichts geändert. Alle öffentliche Gewalten, Justiz- und Polizey-Beamten, welche in Activität sind, fahren in ihren Verrichtungen ununterbrochen fort.

Art. 3. Nach der Verkündigung der oben erwähnten kaiserlichen Akte und des gegenwärtigen soll in beyden Herzogthümern in Unserm Nahmen Recht gesprochen und alle öffentliche Akten sollen unter Unserer Autorität vollzogen werden, wie alles ehemals im Nahmen und unter der Autorität der Souveraine Unserer Vorfahren geschehen ist.

Art. 4. Im Herzogthum Berg ist der Freyherr von Hompesch, und im Herzogthum Cleve der Chef der jetzigen Administration, beauftragt, vorstehende Verordnung in Vollzug zu setzen.

2864. — Den 27. März 1806. — A.

Art. 1. Das Rechnungswesen der Empfänger und Directoren des Octroi der Rheinschiffahrt, so wie der Empfänger und Directoren des Postwesens, im ganzen Umfange des Herzogthums Berg, soll auf der Stelle untersucht werden. Ueber den Cassa-Bestand wird ein Protocoll abgehalten. Ihre Cassen werden versiegelt und es wird ihnen verboten über irgend einen Fond, er seye erhoben oder noch zu erheben, ohne eine von uns kommende Ordre zu verfügen.

Art. 2. Unser Geheimrath ist beauftragt obige Anordnung vollziehen zu lassen.

2865. — Den 27. März 1806. — A. Q.

Art. 1. Das Rechnungswesen der Beamten welche mit der Verwaltung oder dem Empfange der Einkünfte von denen im Umfange des Herzogthums Berg, gelegenen Maltheser Gütern, beauftragt sind, soll so gleich untersucht, ihre Cassen versiegelt und ihnen verboten werden über einigen Fond, er seye eingegangenen oder noch einzunehmen, ohne eine von uns kommende Ordre zu verfügen.

Art. 2. Unser Geheimrath ist beauftragt obige Anordnung vollziehen zu lassen.

2866. — Den 28. März 1806. — A. P. Q.

Nachdem die Landesstände und die Landes-Dicasterien des Herzogthums Berg Uns als Ihrem neuen Landesherrn, den Huldigungs-Eid abgeleget, und Uns, und der Landes-Constitution, Treue und Gehorsam geschworen haben, so werden die sämmtlichen Beamten und Magistrate hiervon in Kenntniß gesetzt, um 1) den Eid nach der in Abschrift anliegenden Formel schriftlich abzugeben, und denselben nach von den Amtleuten, Verwaltern, Dingern, Richtern, Vögten, Schuldheißen, Steuerempfängern, Kellnern, Rentmeistern, Gerichtschreibern ꝛc. vollzogenen Unterzeichnung hierher einzusenden. 2) Die von den gedachten Ständen, den Landes-Dicasterien, und sämmtlicher Staats-Dienerschaft Uns geleistete Huldigung mit dem Befehle öffentlich bekannt zu machen, daß sämmtliche Unterthanen, wes Standes sie seyn mögen, Uns, als Ihrem neuen Landes-Fürsten, eben dieselbe Treue und eben denselben Gehorsam zu leisten haben, wie ihren vorherigen Beherrschern. 3) Ist in den Vorstellungen, Bittschriften und Berichten, die Anrede-Formel: Durchlauchtigster Herzog gnädigster Fürst und Herr; im Conterte: Euere Herzogliche Durchlaucht, und der Schluß: unterthänigst-treu gehorsamster, die Aufschrift: zum Bergischen Geheimen-Rathe, oder nach Verschiedenheit der Gegenstände: zum Bergischen Oberappellations-Gerichte, zur Bergischen Regierung, zum Bergischen Hofgerichte, zu gebrauchen; die Beamten und Magistrate haben diese

Vorschrift gehorsamst zu beobachten, und solche auch zu eines jeden Wissenschaft und Nachachtung mit verkündigen zu lassen; ꝛc.

2867. — Den 29. März 1806. — Q.

Alle Pensions-Zahlungen müssen bis zur stattgefundenen genauen Ausmittlung der wirklich auf dem Herzogthum Berg haftenden Pensionen, eingestellt werden; indem diejenigen Pensionaire, welche, weder durch ihre Geburt noch durch ihre früheren Dienstleistungen dem Lande angehören, an des Königs von Baiern Majestät verwiesen werden sollen.

2868. — Den 31. März 1806. — A. Q.

Da Wir es dienlich finden, alle Urkunden und Beweisstücke zu sammlen, welche Unsere gerechte Ansprüche auf die Städte und Ländchen Essen, Elten und Werden begründen, haben Wir beschlossen: daß durch Unseren Geheimrath ein Commissair ernannt werde, der sich unverzüglich in das Herzogthum Cleve begeben wird, um daselbst in den Archiven, und öffentlichen Niederlagen alle Verhandlungen aufzusuchen, welche entweder die alten Rechte der Herzoge von Cleve auf Essen, Elten und Werden oder die durch wiederholte Verordnung des Königs von Preussen und Berathschlagungen der Landstände geschehene Vereinigung dieser Länder mit dem Herzogthum Cleve begründen. Es wird allen Archivarien, Kanzellisten und anderen Verwahrern genannter Niederlagen aufgegeben dem erwähnten Commissair alles mitzutheilen, was zum Vollzug seiner Sendung gefordert werden wird. ꝛc.

2869. — Im Pallast zu Wesel den 4. April 1806. — Q.

Ernennung eines provisorischen General-Empfängers sämmtlicher Staatsgefälle im Herzogthum Cleve. Die Unterempfänger werden zur fortwährenden Zahlung an denselben angewiesen, und dem erstern noch besondere Vorschriften über die Führung des Rechnungswesens ertheilt.

Zugleich wird bestimmt, daß allen Beamten, welche den Eid der Treue geleistet haben und noch leisten werden, ihre Besoldungen wie früherhin und aus denselben Cassen ausgezahlt werden sollen.

2870. — Im Pallast zu Wesel den 4. April 1806. — A. Q.

Das in dem Herzogthum Cleve gesetzlich eingeführte Stempelpapier, und die gestempelten Spielkarten sollen unter verändertem jetzt herzoglichen Stempel, fortwährend beibehalten werden.

2871. — Im Pallast zu Wesel den 4. April 1806. — Q.

Ernennung von Commissarien zur Aufnahme der Verwaltungs-Cassen, der Gefälle und Renten der Güter und Besitzungen des Maltheser- und Deutschen-Ordens im Herzogthum Cleve. Alle davon herrührende Einkünfte müssen künftig zur General-Casse fliessen.

2872. — Den 4. April 1806. — A.

Ausschreibung einer Summe von 50,000 Rthlr., zur Deckung der verschiedenen Bedürfnisse für die kais. franz. Truppen, deren Beinahme von den Steuerpflichtigen, Freyen und Indûstrianten mit der diesjährigen Kriegskosten-Umlage geschehen soll.

2873. — Im Pallast zu Wesel den 5. April 1806. — Q.

Ernennung eines provisorischen, herzoglichen Rathes und General-Commissairs zur Organisation der Verwaltung, und eines General-Inspektors der Dämme und Ufer-Bauten im Herzogthum Cleve.

2874. — Den 5. April 1806. — Q.

Zur Bezeichnung des Souveränitäts-Antritts im Herzogthum Berg, durch die Ausübung des landesherrlichen Begnadigungsrechtes, werden 25 benannte, zu beschränkter Gefangenschaft verurtheilte Personen, von ihren Strafen befreit.

Bemerk. Am 11. April sind 25 Verurtheilte im Herzogthum Cleve, gleichmäßig begnadigt worden.

2875. — Den 8. April 1806. — A. P. Q.

Die gegen die Jagd-Frevel erlassenen General-Verordnungen sollen erneuert publizirt, und genau befolgt werden.

2876. — Den 11. April 1806. — A.

Die Kriegskosten und Communal-Lasten müssen künftig auf den Industrie- und Vermögens-Stand ratirlich mit umgelegt, und die Directorien hiernach eingerichtet werden.

2877. — Den 11. April 1806. — Q.

Alle im Herzogthum Cleve bestehenden, männlichen Klöster, Kapitel oder andre geistliche Corporationen werden aufgehoben und sollen die Glieder derselben mit anständigen Pensionen versehen werden. Die Verwaltung der von diesen Corporationen herrührenden Güter wird mit jener der herzogl. Domainen vereinigt und den Lokal-Domainen-Beamten überwiesen.

2878. — Den 12. April 1806. — A. P. Q.

Ernennung provisorischer Justiz- und Verwaltungs-Beamten, und Bestimmung der Competenz und des Instanzen-Zuges der Behörden in Hoheits-, Justiz- und Ver-

waltungs-Angelegenheiten, in den vormaligen Herrschaften jetzt bergischen Aemtern Gimborn-Neustadt, Homburg und Wildenburg.

2879. — Den 12. April 1806. — Q.

Nachdem Seine kaiserliche Hoheit vermöge der höchst ihnen garantirten vollkommenen und unbeschränkten Souveränität die Jurisdiction und Polizey wie im ganzen Herzogthum Berg also auch sowohl in den beiden Unterherrschaften Broich und Hardenberg als in den Herrschaften Schöller und Odendahl, sodann in der Herrlichkeit Oest im Nahmen des Herzogs von Berg verwaltet wissen wollen, ist in dessen Gemäßheit heute im Geheimenrathe beschlossen worden, daß die Verwaltung der Polizey- und Civil-Jurisdiction in 1ter Instanz im Nahmen des Landesfürsten den bisherigen, vorläufig in herzogliche Pflichten zu nehmenden Beamten einstweilen zu belassen, die Criminal-Jurisdiction hingegen dem herzoglichen Hofgericht zuzueignen seye.

2880. — Den 21. April 1806. — Q.

Der bei der Besitzergreifung der Herrschaften Homburg, Gimborn und Wildenburg von dem herzoglichen Commissair, gegen die Absicht des Herzogs, irrthümlich auf das Privat-Eigenthum der ehmaligen Besitzer dieser Länder gelegte Sequester soll unverzüglich aufgehoben, und die betheiligten Fürsten davon benachrichtigt werden.

2881. — Den 24. April 1806. — A. Q.

Die bisher den obersten Gerichtshöfen zu Münster und zu Berlin zugestandene Gerichtsbarkeit im Herzogthum Cleve, in Civil- und Criminal-Angelegenheiten, wird dem bergischen Hofrathe, und dem 1sten und 2ten Senate des bergischen Oberappellations-Gerichtes mit Beibehaltung der bestehenden untern Gerichtsstellen und mit Festsetzung des Instanzen-Zuges, dergestalt überwiesen, daß die im Her-

zogthum Cleve bisher übliche Gesetzgebung und Prozeßordnung ferner genau dabei zur Anwendung kömmt.

2882. — Den 14. April 1806. — Q.

Nach der Besitznahme unseres Fürstenthums, und nachdem uns unsere Unterthanen den Eid der Treue geleistet, war es unsre erste Sorge, uns über die Verwaltung des Landes Bericht erstatten zu lassen. Wir waren über die verwickelte Zusammensetzung der verschiedenen Behörden erstaunt und es war sowohl unsre erste Pflicht als unser vorzüglicher Wille, diesem Mißstand durch Anordnung einer regelmäßigen und einfachen, den beiden unter unserer Souveränität vereinigten Herzogthümern, gemeinschaftlichen Verwaltung, Abhülfe zu verschaffen.

Unsere Bemühung war dahin gerichtet, das von uns angenommene System völlig zu organisiren; da aber die Umstände uns zu einer augenblicklichen Abwesenheit bestimmen ehe wir dieses Werk vollendet, so haben wir es für dienlich erachtet, nach dessen festgestellter Haupt-Basis, ohne Verzug diejenigen obern Gewalten, welche den neuen Geschäftsgang leiten sollen anzuordnen, wobei wir uns die obere Leitung dessen, was jetzt nicht bestimmt worden ist, vorbehalten.

Wir haben dem gemäß beschlossen wie folgt.

Art. 1. Die Herzogthümer Cleve und Berg sind unter einer und der nämlichen Verwaltung vereiniget.

Art. 2. Es werden drey Minister seyn: der erste unter dem Titel von Kanzler Staatssekretair, der zweyte unter dem Titel Finanzminister, der dritte unter dem Titel Minister des Innern.

Art. 3. Es werden zehn Staatsräthe seyn: einige werden mit einem Theile der Verwaltung beauftragt, die anderen werden die Dienste der Referendarien für die im Rathe zu erstattenden Vorträge leisten. Jeder Rath wird zu einem der drey Ministern gehören, und einer von Ihnen wird mit der Abfassung des Sitzungsproto-

kolls, und mit Führung [illegible] des Rathes beauftraget.

Art. 4. Der Kanzler Staatssecretair ist der Obere der Gerechtigkeitspflege, und leitet die Verwaltung derselben; er kann bey dem Oberappellationsgerichte vorsitzen; die Mitglieder des Gerichtshofes, jene des Hofrathes, die Amtsrichter, und alle andere Beamte der bürgerlichen und der peinlichen Gerichtsbarkeit, so wie die Gerichtschreiber werden auf seinen Vorschlag ernannt und sind ihm untergeordnet. Alle auf die Besoldungen dieser Beamten und auf die Ausgaben der Gerichtsbehörden gehenden Zahlungen werden von ihm angewiesen. Er ist Siegelverwahrer und wird alle Befehle und andere Verhandlungen des Souverains gegenzeichnen, und solche an die Minister, wohin selbige gehören, absenden; die auswärtigen Angelegenheiten sind ihm anvertraut.

Art. 5. Der Finanzminister ist mit Allem beauftragt, was folgende Gegenstände betrifft, die Ausschreibung, die Vertheilung der mittel- und unmittelbaren Auflagen, die Verwaltung der Staatskasse, der Domainen jeder Art, der Waldungen, der Bergwerke, der Zehnten, der einträglichen Lehngebühren und Rechte, des Landzolles, des Schiffahrtsoctroi, des Post- und Boten-Wesens, der Münze, der Konzessionen, der Fertigung der Hebbücher für die Feuerversicherungs-Anstalt, der Staatsschulden, der Streitigkeiten im Steuer- und Domainen-Wesen, die Vertheilung der Nachlässe, der allgemeinen Berechnung, mit einem Worte alles dessen, was die Staatseinkünfte und Ausgaben betrifft. Er wird uns jährlich eine allgemeine Berechnung der Einnahme und Ausgabe des verflossenen, und eine Uebersicht des laufenden Jahres vorlegen. Aus den Generalkassen kann nichts ausgegeben werden, als vermög seiner Anordnungen und auf den Kredit, der für die verschiedenen Verwaltungskosten eröffnet worden, oder auf die Verfügungen, welche der Souverain in Hinsicht seiner besondern Schatzkammer machen wird.

Auf den Vorschlag des Finanzministers werden wir die General- so wohl als besondere Empfänger und Zahlmeister, die Domainen-Verwalter, die Oberforst- so wie die Zoll- und Münzbeamten ernennen. Er selbst wird die untern Stellen nach einer noch zu treffenden Einrich-

tung vergeben. Unter seinen Befehlen steht ein Staatsrath Director, der Domainen.

Art. 6. Von dem Minister des Innern sind abhängig die allgemeine Verwaltung, alles, was auf die Gerechtsame der Landeshoheit Bezug hat, die Lehngeschäfte, der Civilstand, die Polizey, die Ackerwirthschaft, das Handelswesen, die Kirchensachen, der öffentliche Unterricht, die Spitäler, die öffentlichen Anstalten und Denkmähler, die besonderen Gemeinde-Verwaltungen, die Vertheilung der Gemeinheiten, die öffentlichen Arbeiten, Brücken und Straßen, der Wasserbau, das Sicherheitskorps und das Kriegswesen, sowohl für den Vorschlag zu den Stellen, als für den Unterhalt und Versorgung der Truppen, der Medicinalrath, die Archive. Er schlägt uns sowohl die Verwaltenden als die übrigen Oberbeamten für alle ihm anvertraute Theile zur Benennung vor. Zu den untern Stellen ernennet er selbst nach Maßgab unserer weitern Verordnung. Unter seinen Befehlen steht ein Staatsrath, Director des Brücken- und Straßenbaues.

Art. 7. Wenn wir es dienlich finden, unseren besondern Rath zu versammlen, so führen wir selbst den Vorsitz, der Rath bestehet dann aus unsern Ministern und zweyen Staatsräthen, die wir dazu berufen. Der Kanzler Staatssekretair verfasset das Sitzungsprotokoll und die dabey vorkommenden Berathschlagungen, und führt darüber das Verzeichniß.

Art. 8. In unserer Abwesenheit hat derjenige aus unsern Ministern, den wir bestimmen werden, den Vorsitz, die andern Minister wohnen demselben mit berathschlagender Stimme bey. Alle Streitigkeiten in Verwaltungs- und Finanzsachen werden dort abgemacht. Die Gesetzvorschläge, die Vorschläge zu allgemeinen Verwaltungs-Einrichtungen werden auf unsern Befehl daselbst untersucht und abgefaßt, um uns nachher zur Genehmigung vorgelegt zu werden.

Art. 9. Wenn wir aus unserm Fürstenthume abwesend sind, so bilden die unter dem Vorsitze eines derselben vereinigten Minister den herzoglichen Rath oder die Regierung und bereiten die uns vorzulegenden Geschäfte.

Art. 10. Es sollen zu Düsseldorf zwey Hauptkassen

seyn. Eine, unter dem Nahmen Steuerkasse, empfängt alles, was von den durch die Stände, es sey im Herzogthum Cleve oder im Herzogthum Berg, gestimmten Landesauflagen herrühret; die andere unter dem Nahmen Domainenkasse, empfängt die Einkünfte der Domainen, der Forsten, der Bergwerke, alle Zolleinkünfte, jene des Schiffahrtsoctroi, der Accisen, der Posten, der Stempelgebühr, des Tabaksgeldes, der Rentpflichtigen, der Lehne und überhaupt alles, was nach den vorherigen Verfügungen nicht zur Steuerkasse gehöret.

Art. 11. Alle Staatsausgaben werden nach ihrer verschiedenen Eigenschaft in zwey Klassen abgetheilt, die eine zu der Steuer- die andere zur Domainenkasse.

Art. 12. Jedem Minister wird für die verschiedenen von seinem Ministerium abhängigen Ausgaben ein Kredit eröffnet; der Betrag dieses Kredits wird auf ihre motivirte Anweisung zur bestimmten Zeit durch die bezeichnete Kasse, sobald der Finanzminister mit der Zahlung anzufangen verordnet hat, berichtiget.

Art. 13. Jeder Minister wird, sobald er seine Dienstverrichtungen angetreten hat, den Entwurf zu einer Verordnung machen, um den ihm anvertrauten Geschäftskreis zu organisiren, und in allen Verwaltungstheilen der beyden Herzogthümer eine gleichförmige Ordnung einzuführen. Sie werden sich vereinigen, um die Entwürfe, ehe sie uns dieselben vorlegen, zu prüfen, und deren Bestimmungen in Einklang zu bringen.

Art. 14. Für die Geschäftsvertheilung bei den Ministerien ist das Herzogthum Berg nach dem unserer Verordnung angehängten Verzeichnisse einstweilen in vier Bezirke, (Arrondissements) abgetheilt, das Herzogthum Cleve bleibt in zwey Bezirke, so wie selbige gegenwärtig bestehen, getheilt; jener von Wesel und jener von Duisburg. Der Weseler Bezirk umfaßt zugleich Sevenaer und das anschießende Land. Die Minister zusammen werden uns die Veränderungen vorschlagen, die bey dieser einstweiligen Eintheilung nöthig seyn könnten.

2883. — Den 24. April 1806. — Q.

Zu den in Folge der neuen Organisation errichteten obersten Landesbehörden werden die Personalernennungen zu den nachstehenden Aemtern publizirt, nämlich eines Finanzministers, eines interimistischen Ministers des Innern, sieben Staatsräthe und sechs zur Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte bei den Ministerien bestimmten Verwaltungsräthe; desgleichen zweier Präsidenten und sechs Räthe für die beiden Senate des Oberappellations-Gerichtes und eines Präsidenten, eines Direktors und acht Räthe des Hofraths.

2884. — Den 24. April 1806. — Q.

Die bisher von den Beamten bezogenen Natural-Besoldungen aus den Produkten der herzoglichen Domainen werden vom 1sten künftigen Monats an, und mit dem Vorbehalt abgeschafft, daß auf den Antrag des betreffenden Ministeriums die geeignete Erhöhung der Geldbesoldungen stattfinden soll. (Conf. Nro. 2889.)

2885. — Den 25. April 1806. — Q.

Aufhebung des Geheimenrathes und der herzoglichen Regierung und Ueberweisung der obersten Leitung der Geschäfte an die ernannten Minister des Innern und der Finanzen. — Die ausser Activität gesetzten Beamten beziehen bis zur Regulirung ihrer Pensionen $\frac{2}{3}$ ihres Gehaltes.

2886. — Im Pallast zu Paris den 6. May 1806. — A. Q.

Da wir die Kassen unserer Herzogthümer Cleve und Berg mit Pensionen jeder Art belastet gefunden haben, und solche sich auf sehr starke Summen belaufen, haben wir erwogen, daß die von den Fürsten bewilligten Belohnungen eine Schuld ihres General-Schatzes sind, und auf einer besonderen Provinz nicht haften können, wir ha-

ben uns daher überzeugt gehalten, daß die vielen Pensionirten, wovon hier die Frage ist, ohne Schwierigkeit von den Landesherren, denen sie gedient haben, die Fortsetzung der ihnen versicherten Wohlthaten erhalten würden, und wir haben es für eine heilige Pflicht gehalten, unsere Staaten von einer Ausgabe zu erleichteren, welche sie nicht tragen müssen; jedoch aus besonderer und väterlichen Sorgfalt für das Schicksal derjenigen, welche in Unsern Fürstenthümern gebohren sind, haben wir es dienlich erachtet, einsweilen und bis daran schickliche Maßregeln genommen seyn werden, die Zahlung ihrer Pensionen fortdauern zu lassen; deswegen haben wir verordnet und verordnen wie folgt:

Art. 1. Das allgemeine Verzeichniß der öffentlichen Beamten sowohl vom Civil- als Militairstande, Invaliden und anderen, deren Pensionen bishieher auf die Kassen des Herzogthums Berg oder des Herzogthums Cleve hafteten, sollen in zwey Verzeichniße abgetheilt werden, wovon das erste diejenigen einzelnen Pensionirten enthalten solle, welche in einem der beiden Herzogthümern gebohren sind, das zweyte diejenigen, welche einen andern Geburtsort haben.

Art. 2. Alle diejenige, welche auf das erste Verzeichniß kommen, fahren einstweilen fort, bey unseren Kassen ihre Zahlungen zu erhalten, die andere beziehen nur die vor dem ersten May fällig gewesenen Fristen mit Vorbehalt ihrer Forderung bey den Fürsten, denen sie gedient haben.

Art. 3. Die erste, denen im vorigen Artikel bezeichneten Individuen, gebührende Zahlung kann nicht anders als auf Anweisung eines diesem Geschäfte vorgesetzten Staatsrathes geschehen, und wird nicht abgegeben als an diejenigen, welche folgende Stücke beybringen: 1tens den Geburtsschein, welcher bezeuget, daß sie aus einem unserer beiden Herzogthümer herstammen. 2tens einen mit allen in dem Fürstenthum für ähnliche Urkunden gebräuchlichen Formen versehenen Lebensschein. Die letzte Urkunde wird auch für jede nachherige Terminszahlung erfordert, und keine Quittung wird für gültig gehalten, oder dem Kassirer, welcher solche vorbringet, gutgeschrieben,

wenn der Lebensschein des Pensionirten nicht dabey befindlich ist.

Art. 4. Von jetzt bis zum 1ten künftigen Juny solle das Verzeichniß deren aus dem Herzogthum Berg, oder dem Herzogthum Cleve gebürtigten Pensionirten uns mit Bemerkungen vorgelegt werden, welche das Alter eines jeden, die Eigenschaft und Dauer seiner Dienste, den Tag der ausgefertigten Pensionsurkunde, den Nahmen des Fürsten, der sie gegeben hat, und die Ursachen, welche ihn bewogen haben solche zu bewilligen, anzeigen.

Art. 5. Kein Angestellter, dessen Besoldung über dreyhundert Rthlr. gehet, kann den Genuß einer Pension dabey halten, und er muß wählen.

Art. 6. Was die Pensionen der Mitglieder der aufgehobenen geistlichen Korporationen betrifft, ist nichts geändert; ihre Pensionen werden ihnen in den bisherigen Fristen bezahlt. Sie sind nur verbunden, bey jeder Zahlungsfrist einen Lebensschein nach der im 3ten Artikel vorgeschriebenen Form beyzubringen und die übrigen bis hieher erforderlichen Formalitäten zu erfüllen.

Art. 7. Der Finanzminister ist beauftragt, gegenwärtige Verfügungen vollziehen zu lassen.

Bemerk. Am 17. d. M. ist diesemnach bestimmt worden, daß alle Civil- und Militair-Pensionirten, insofern sie sich nicht binnen 3 Wochen, durch Einreichung ihrer Taufenscheine, als Eingeborne legitimiren, von aller Pensions-Beziehung ein für allemal ausgeschlossen werden sollen.

2887. — Den 10. May 1806. — A. P. Q.

Publication eines herzoglichen Beschlusses vom 6. d. M., wodurch die weiße und rothe Farbe als jene der National-Cokarde bestimmt, und jeder Militair- und Civil-Beamte verpflichtet wird, die letztere zu tragen.

2888. — Den 14. May 1806. — A. P. Q.

Alle diejenigen, welche Forderungen an das Aerarium aus früheren Zeiten, vor Antritt der jetzigen Landesregierung, zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben, unter dem Nachtheil der Erlöschung, binnen einer peremtorischen Frist von 3 Wochen anzumelden.

2889. — Den 14. May 1806. — A. Q.

Wir haben bereits unter dem 24. des vorigen Monathes (Nro. 2884) verordnet, daß mit dem 1ten dieses alle Gehälter und sonstigen Zulagen in Früchten, Fourage, Wein, Holz, überhaupt in Naturalien jeder Art, welche den verschiedenen Staatsdienern bis hierhin zum Bezuge angewiesen gewesen sind, aufhören sollen. Damit der Zweck dieser Unserer höchsten Verordnung desto sicherer und in seinem ganzen Umfange erreichet wird, haben Wir für nöthig erachtet, derselben die folgenden erläuternden Zusätze und näheren Bestimmungen beyzufügen.

1) Soll unter den Holzzulagen nicht blos das Holz verstanden seyn, welches die verschiedenen Staatsdiener aus Unsern Waldungen beziehen, sondern dieselben sollen auch dasjenige Holz fernerhin nicht mehr in natura beziehen, was ihnen in verschiedenen Marken bis hierhin jährlichs zum Genusse angewiesen war. Weil indessen die zu dieser Holzabgabe verpflichteten Marken durch diese Unsere Verfügung von dem auf ihnen ruhenden Last um so weniger befreyet werden mögen, da Wir die Entschädigung für die entzogenen Natural-Nutzungen nach dem Sinne Unserer Verordnung vom 24. des vorigen Monathes den Betheiligten zu geben Uns vorbehalten haben, so befehlen Wir den sämmtlichen Rentbeamten, in den Marken, woraus einiges Holz an Unsere Staatsdiener abgegeben wurde, sich die übliche Quantität dieses Holzes jährlich zur Hauzeit anweisen zu lassen, dasselbe nach vorhergegangener öffentlichen Verkündigung dem Meistbiethenden zu verkaufen, und Uns das Protocoll zur Genehmigung vorzulegen,

2) soll Uns der Beweis vorgelegt werden, was die eingezogenen Holz-Gewälde den Benutzern in den drey letz-

tern Jahren jährlichs eingetragen haben. Die sämmtlichen Rentbeamten werden diese Beweise gehörig einfordern, und Uns dieselben binnen 14 Tagen einsenden.

3) Gehören unter die eingezogenen Natural-Nutzungen ebenfalls der den Staatsdienern als Ergänzungs-Theil ihrer Besoldung zugewiesene Genuß von Höfen, Ackerland, Wiesen, Gartenland, Zehnten, Mühlen, Fischereyen, Weyern, Frohndiensten, Buschgerechtigkeiten, und so weiter.

Wir befehlen demnach den sämmtlichen Rentbeamten, alle dergleichen als Besoldungs-Ergänzungs-Theil ausgethane Stücke bey dem Empfange dieser Verordnung in Besitz zu nehmen, dieselben dem Meistbiethenden auf die vorgeschriebene Weise, vor der Hand jedoch nur auf ein Jahr, zu verpachten und binnen drey Wochen das Protocoll zur Genehmigung einzusenden. In Ansehung der an Amtleuten und Beamten zu leistenden Frohndienste aber haben sie mit den Dienstpflichtigen auf einen der Dienstschuldigkeit angemessenen billigen Lösebetrag über die Löse der Dienstschuldigkeit auf gewisse Jahre zu unterhandeln, und hierüber Uns ebenfalls das Protocoll binnen drey Wochen einzusenden. Wir befehlen ihnen hierbey, Uns in dem desfalls zu erstattenden Berichte die Eigenschaft der verschiedenen Frohndienste umständlich aufzuklären. Wir versehen Uns übrigens zu den sämmtlichen Rentbeamten, daß sie diese Verordnung pünctlich in den bestimmten Fristen vollziehen, und dasjenige nach dem Sinne derselben schon von selbst zu verfügen wissen werden, was zu dem untergebenen Zwecke führet, und Wir allenfalls nicht besonders hier berühret haben.

2890. — Den 17. May 1806. — A. Q.

Die Steuerempfänger sollen bei jeder Zahlung an die Pfenningsmeisterei-Casse den Jahrgang, worauf sie dieselbe leisten, genau bezeichnen.

2891. — Den 14. Juny 1806. — A. Q.

Den Rentbeamten wird die öffentliche Verpachtung an

den Meiſtbiethenden des diesjährigen Ertrages der Zehenten, unter Vorbehalt der Genehmigung, befohlen.

2892. — Im Pallaſt zu Paris den 16. Juny 1806. — Q.

Das bisherige, gegen Zahlung einer jährlichen Abgabe von 140 Rthlr. beſtandene Privilegium der Briefporto-Freiheit der Garn-Nahrung zu Elberfeld, Barmen und Gemarke wird aufgehoben.

2893. — Den 17. Juny 1806. — A. P. Q.

Die Aufſicht über das geſammte Schulweſen in den vereinigten Herzogthümern Cleve und Berg wird der herzoglichen Schul-Commiſſion zu Düſſeldorf übertragen.

2894. — Den 18. Juny 1806. — A. Q.

Die Steuerempfänger werden zur Einſendung monatlicher Nachweiſen (nach einem beigefügten Muſter) der von ihnen während jeden Monates an die Pfennings-Meiſterei-Kaſſe geleiſteten Zahlungen angewieſen.

2895. — Den 21. Juny 1806. — A. P. Q.

Die bereits am 6. Dec. 1800 u. 1803 (Nro. 2562) verordnete Anfertigung und Ablage der Kriegskoſten-Rechnungen ſoll unverzüglich bewerkſtelliget, und müſſen alle desfallſigen Forderungen von Privaten, binnen 3 Monaten, bei Strafe der Nichtberückſichtigung, angemeldet und liquidirt werden.

2896. — Den 1. July 1806. — A. Q.

Wir haben aus bewegenden Urſachen beſchloſſen, daß bey den gegenwärtigen Verhältniſſen niemand, wes Stan-

des er auch immer ist, in den Bergischen und Clevischen Landen von der Einquartierung frey seyn, sondern jeder Hausbewohner, und jedoch nur, wenn die Einquartierung ausserordentlich stark ist, auch die Kammerbewohner diese Last, nach Maßgabe ihres Vermögens, Gewerbes und Nahrungs-Standes, zu tragen verbunden seyn sollen. Den sämmtlichen Beamten und Magistraten wird solches hiermit bekannt gemacht, um sich darnach in vorkommenden Fällen schuldigst zu achten, und zu keinen Beschwerden über ungleiche Vertheilung Anlaß zu geben.

2897. — Den 2. July 1806. — A. Q.

Wir haben beschlossen, daß künftig und zwar mit Martin dieses Jahres anzufangen, den Rentbeamten für Schrimpf und Mausbiß von den harten Früchten für das erste viertel Jahr drey viertel Procent, und für jedes der übrigen drey vierteljahre ein viertel Procent, von dem Hafer aber für das erste viertel Jahr ein Procent, für das zweyte Viertel Jahr ein halb Procent, und für jedes der übrigen beyden vierteljahre ein viertel Procent zuerkannt, und ihnen diese Procente in ihren Rechnungen nach Maßgabe der Zeit, während welcher sie die Früchte aufgespeichert gehalten haben, gutgeschrieben werden sollen. Den sämmtlichen bergischen Rentbeamten bleibt dieses zur Nachricht unverhalten, um darnach ihre Rechnungen für die Zukunft einzurichten.

2898. — Im Pallast zu Neuilly den 8. July 1806. — Q.

Der Finanz-Minister (Agar) wird mit dem Vorsitz des Staatsrathes während der Abwesenheit des Landesherrn beauftragt. Der Staatsrath soll wöchentlich zweimal zusammenberufen werden, und alle Gesetzes- und Verordnungs-Entwürfe discutiren, ehe sie dem Landesherrn zur Genehmigung vorgelegt werden. Gleichzeitig wird die Besoldung des definitiv ernannten Ministers des Innern (Grafen von Nesselrode Reichenstein) auf 6000 Rthlr. festgesetzt.

2899. — Den 12. July 1806. — A. Q.

Alle Beschlüsse und Verordnungen in Domanial- und Steuer-Sachen sollen künftig im Namen des Finanz-Ministers erlassen werden.

2900. — Paris den 12. July 1806. — A. Q.

Urkunde über den, zwischen dem Kaiser von Frankreich als Protector und mehrern deutschen Fürsten, worunter sich auch der Herzog von Berg befindet, zur Sicherung des innern und äussern Friedens des südlichen Deutschlandes, geschlossenen Rheinischen Bund.

Bemerkung. Der Inhalt dieses Tractates, welcher die betreffenden Länder von dem frühern Reichsverbande ablöset, und die Souveränität, die Verfassung und das Territorium derselben abändert, erweitert und resp. feststellt, wird hier in seinen Beziehungen auf das Herzogthum Cleve und Berg, resp. das Großherzogthum Berg, als historisch wichtige Nachricht, auszugsweise mitgetheilt.

Art. 5. Der Herzog von Berg nimmt den Titel eines Großherzogs an, und genießt die mit der königlichen Würde verknüpften Rechte, Ehrenbezeugungen und Prärogative.

Art. 16. Der Herzog von Nassau tritt an den Großherzog von Berg die Stadt Deutz mit ihrem Gebiete, die Stadt und das Amt Königswinter und das Amt Vilich ab.

Art. 20. Der Großherzog von Berg wird die ihm von dem Herzoge von Nassau (Art. 16) abgetretenen Ländertheile mit vollem Eigenthums- und Souveränitäts-Rechte besitzen.

Art. 24. Die (namentlich aufgeführten) Mitglieder der Conföderation werden alle Rechte der Souveränität ausüben, und zwar: der Großherzog von Berg über die Herrschaften Limburg-Styrum, Broich, Hardenberg, Gimborn-Neustadt und Wildenburg; über die Grafschaften

Homburg, Bentheim, Steinfurth und Horstmar; über die Besitzungen des Herzogs von Looz; über die Grafschaften Siegen und Dillenburg mit Ausschluß der Aemter Werheim und Burbach, über die Grafschaft Hademar, die Herrschaften Westerburg, Schadeck und Beilstein und über den auf dem rechten Ufer der Lahn gelegenen Theil der eigentlich sogenannten Herrschaft Runkel. Um die Verbindungen zwischen dem Herzogthum Cleve und den vorgenannten nördlich davon gelegenen Besitzungen sicher zu stellen, wird der Großherzog von Berg den Gebrauch einer Straße durch die Staaten des Fürsten von Salm haben.

Art. 25. Jeder der verbündeten Könige und Fürsten wird die in seinen Besitzungen enclavirten, reichsritterschaftlichen Ländereien mit voller Souveränität besitzen.

Art. 26. Die Rechte der Souveränität sind jene der Gesetzgebung, der obersten Jurisdiction, der hohen Polizei, der Militair-Conscription oder der Rekrutirung und endlich das Recht der Besteuerung.

Art. 27. Die jetzt regierenden Fürsten oder Grafen behalten als patrimonial und privat Eigenthum alle Domainen ohne Ausnahme, welche sie gegenwärtig besitzen, so wie die herrschaftlichen und Lehens-Rechte, welche der Souveränität nicht wesentlich ankleben; namentlich die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und criminellen Sachen, die Jurisdiction und Polizei der Forsten, das Jagd- und Fischerei-Recht, das Bergwerks-, Hütten- und Zehnt-Recht, die Feudal-Prästationen, das Patronat-Recht und die von den besagten Domainen und Rechten herrührenden Einkünfte. ꝛc.

Art. 29. Die conföderirten Staaten tragen zur Bezahlung der gegenwärtigen Kreis-Schulden nicht nur für ihre alten Besitzungen bei, sondern auch für diejenigen Gebiete, welche gegenwärtig ihrer Souveränität untergeben werden müssen.

Art. 30. Die eigenthümlichen Schulden eines jeden Fürstenthums, einer jeden Grafschaft oder Herrschaft, die unter die Souveränität eines der conföderirten Staaten kömmt, werden zwischen dem letztern und den jetzt re-

gierenden Fürsten oder Grafen in demjenigen Verhältniß getheilt, wie die Einkünfte des Landes nach den Stipulationen des gegenwärtigen Tractates unter beiden getheilt, respectiv übertragen und erhalten werden.

Art. 32 u. 33. Die von den Mitgliedern der Conföderation in den unter ihre Hoheit kommenden Ländern vorgefunden, nicht beibehalten werdenden Beamten, desgleichen die Glieder der geistlichen oder militairischen Orden, welche vermöge dieses Tractates depossedirt oder saculariſirt werden können, müssen mit angemessenen Pensionen versehen werden.

Art. 35. Zwischen dem Kaiser von Frankreich und den im Rhein-Bund conföderirten Staaten wird eine gemeinsame und besondre Allianz dergestalt bestehen, daß jeder Continental-Krieg, welchen einer der contrahirenden Theile zu bestehen hat, unmittelbar gemeinschaftlich für alle übrigen wird.

Art. 36. Im Fall, daß eine dem Bunde fremde und benachbarte Macht sich rüstet, so werden die hohen contrahirenden Theile, um nicht überrascht zu werden, auf das von einem ihrer Minister bei der Bundesversammlung zu Frankfurt eingelegte Begehren, sich gleichfalls rüsten. Die Bundesversammlung wird bestimmen, wie viele Viertel des also eingetheilten Contingentes mobil gemacht werden sollen. Die Bewaffnung wird aber nur in Folge einer, von dem Kaiser von Frankreich an jede der verbündeten Mächte, erlassenen Einladung geschehen.

Art. 38. Das von dem Großherzog von Berg im Fall eines Krieges zu stellende Contingent ist auf 5000 Mann bestimmt.

2901. — Den 16. July 1806. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Sämmtliche in fremden Kriegsdiensten stehenden Unterthanen werden aufgefordert, dieselben zu verlassen, und in die neu gebildet werdenden, herzoglichen Truppen einzutreten.

2902. — Im Pallaſt zu Benrath den 21. July 1806. — Q.

Joachim Prinz und Großadmiral von Frankreich, Großherzog von Berg ꝛc.

Die ehemals dem bergiſchen Geheimrath vorbehaltene Entſcheidung in Streitſachen der privilegirten Remſcheider und Solinger Handwerke wird in letzter Inſtanz dem Miniſter des Innern übertragen.

2903. — Den 21. July 1806. — P.

Der Miniſter des Innern.

Alle die öffentliche Ruhe und Sicherheit ſtörenden Vorfälle müſſen nebſt deren gerichtlichen Verfolgung dem Miniſter des Innern angezeigt werden.

2904. — Den 26. July 1806. — A. Q.

Befehl zur Beſitznahme der Grafſchaften Bentheim, Steinfurt, Horſtmar und des Landes von Looz mit allen dazu gehörigen Dependenzien, in welchen, von dem Tage der Beſitzergreifung an, die Landes-Regierung unter großherzoglicher, ſouveräner Autorität geſchehen, und das großherzogliche Wappen angeheftet werden ſoll.

2905. — Im Schloſſe zu Benrath den 3. Auguſt 1806. — Q.

Zur Beförderung des Handels wird die Erbauung einer Landſtraße von Elberfeld nach Siegen befohlen, zu welchem Behuf ein aus den Reſt-Einnahmen zu nehmender, und ſpäter von dem ganzen Lande zu erſetzender Geldvorſchuß von 100000 Rthlr., aus der Staats-Caſſe geleiſtet werden ſoll.

2906. — Im Pallaſt zu Benrath den 3. Auguſt 1806. — A. P. Q.

Verwaltungs-Ordnung für die Herzogthümer Cleve u. Berg, wodurch deren Territorium in 6 Bezirke, nämlich: Siegburg mit 69264 Seelen, Mülheim am Rhein mit 60992 Seelen, Elberfeld mit 86188 Seelen, Düſſeldorf mit 70433 Seelen, Duisburg mit 41009 Seelen und Weſel mit 36349 Seelen (im Ganzen 364,235 Seelen) eingetheilt, und jedem Bezirk ein Landrath (Provinzial-Rath) als Chef der Verwaltung vorgeſetzt, und zugleich denſelben eine ausführliche Dienſtvorſchrift ertheilt wird.

2907. — Den 5. Auguſt 1806. — A. P. Q.

Der Miniſter des Innern.

Den einquartierten, kaiſerlich-franzöſiſchen Truppen muß von den Einwohnern das Quartier, Feuer und Licht unweigerlich verabreicht werden.

2908. — Im Pallaſt zu Benrath den 5. Auguſt 1806. — A. Q.

Errichtung von 8 unbeſoldeten Referendarien-Stellen bei dem großherzoglichen Staats-Rath zur Ausbildung junger, dem Staatsdienſt ſich widmenden Unterthanen, welchen für ausgezeichnet fleißige und eifrige Dienſtleiſtungen am Ende des Jahres Gratificationen ertheilt werden ſollen.

2909. — Im Pallaſt zu Benrath den 5. Auguſt 1806. — A. Q.

Bei der verminderten Anzahl der Nachkommen der aus Frankreich nach Aufhebung des Ediktes von Nantes 1685 ausgewanderten, im Herzth. Cleve ſich niedergelaſſen habenden Franzoſen, wird das franzöſiſche Colonie-Gericht zu Weſel und Emmerich aufgehoben, und die demſelben untergebenen Unterthanen unter die allgemeine Lokal-Gerichts-

barkeit gestellt; auch soll die besondere Kirchenverfassung der Benannten aufhören, und letztere mit den reformirten Kirchen-Gemeinden vereiniget werden.

2910. — Im Pallast zu Benrath den 5. Aug. 1806. — A. P. Q.

Nachdem Wir für nöthig erachtet haben, den Werth der Münz-Sorten zu bestimmen, welche in unsern öffentlichen Kassen angenommen werden sollen, so haben Wir, nach vorheriger Vernehmung Unseres Staatsraths, beschlossen und beschließen was folgt:

Art. 1. Unsere Special- und General-Empfänger der Grundsteuern und anderer Auflagen, so wie der Domainen-Revenüen im Herzogthum Cleve sollen ihre Einnahmen und Ausgaben in Conventions-Geld berechnen, gleichwie solches jetzt von den Empfängern in Unserm Herzogthum Berg geschieht, und fortwährend geschehen soll. Es soll in Rthlrn. zu 60 Stüber, und in Stübern zu 8 Deniers gerechnet werden.

Art. 2. Da die Zahlungen in und aus den Kassen des Herzogthums Cleve bisher, zum Theil in Golde, den Friederichsd'or zu 5 Reichsthaler, zum Theil in Berliner Courant den Reichsthaler zu 24 guten Groschen, und zum Theil in Scheidemünze, den Reichsthaler zu 20 guten Groschen gerechnet, geleistet sind; so soll dieser verschiedene Geldwerth auf Conventions-Geld nach folgendem Verhältnisse reduciret werden, nehmlich:

	Conventions Geld Rthlr.	Stbr.
1) der Friederichsd'or, oder 5 Reichsthaler Gold zu	6	18.
2) der Berliner Thaler von 24 guten Groschen zu	1	8.
3) der Reichsthaler Clevisch oder Scheidemünze, von 20 guten Groschen zu	=	57.

Art. 3. Alle Unsere Kassen in Unsern Herzogthümern Cleve und Berg sollen die Gold- und Silbermünzen nach folgendem Tarif empfangen und berechnen, und zwar:

Gold Münzen.	in Conventions-Geld. Rthlr.	Stbr.
1) den Französischen Napoleon von 20 Franken zu	6	12.
2) den Louisd'or zu 24 Livres. . . .	7	20.
3) den Souverain'd'or	10	40.
4) die preußische Pistole	6	18.
5) den holländischen oder Kremnitzer Ducaten	3	36.

Silber-Münzen.

	Rthlr.	Stbr.
6) den Französischen Laubthaler von 6 Livres	1	50
7) den halben dito	″	55
8) das 5 Franken Stück	1	33
9) den Brabänder Kronenthaler . . .	1	47
10) den halben dito	″	$53\frac{1}{3}$
11) den viertel	″	$26\frac{3}{4}$
12) den Conventions Thaler	1	36
13) den halben	″	48
14) den Preußischen Thaler	1	8
15) den halben	″	34
16) den Bergischen Thaler	1	″
17) den holländischen Gulden	″	$38\frac{1}{2}$

Art. 4. Es soll erlaubt seyn, an Unsere Empfänger und Cassirer auf eine jede Zahlungs-Summe den zehnten Theil in Scheide-Münze zu entrichten.

Die folgenden Stücke sollen für Scheide-Münze angesehen, und als solche empfangen werden:

	Stüber.
1) die aus Unsrer Münze kommenden Drei Stüber-Stücke, wovon 21 Stück auf einen Reichsthaler zu rechnen sind.	
2) die Bayerischen halbe Gulden zu . . .	20
3) die alten Kopfstücke	14
4) die neuen dito.	$14\frac{1}{2}$
5) die 20 Kreutzer-Stücke	16
6) die Preußischen 8 Groschen-Stücke . . .	$22\frac{2}{3}$
7) die Preußischen 6 Groschen-Stücke . . .	17
8) die Preußischen 4 Groschen-Stücke . . .	$11\frac{1}{3}$
9) die Preußischen 2 Groschen-Stücke . . .	$5\frac{2}{3}$

Wir verstehen jedoch hiebey, daß wenn Contracte vor-

handen ſind, in welchen die Zahlung blos in Golde oder in Silber-Stücken beſtimmt worden, die Schuldigen in keinerlei Art von der gegenwärtigen Dispoſition Gebrauch machen können. Es ſollen in Unſern Kaſſen keine andere Geld-Sorten angenommen werden als diejenigen, welche in dem gegenwärtigen und dem vorhergehenden Artikel bemerkt worden ſind.

Art. 5. Alle Kaſſen des Herzogthums Cleve ſollen vom erſten Tage des laufenden Rechnungs-Jahres an, nach Vorſchrift des Artikels 2. Rechnung führen, und deshalb in Abſicht der ſeitdem gehabten Einnahmen und Ausgaben die nöthigen Reductionen machen; und vom Tage der Bekanntmachung des gegenwärtigen Beſchluſſes an, ſollen alle Pächte und Domanial-Gefälle, ſo wie alle Steuern und Auflagen, gedachter Vorſchrift gemäß, entrichtet werden.

Art. 6. Vom erſten Junius des laufenden Jahres an, ſollen die Rendanten im Herzogthum Cleve nur den Werth in Conventions-Geld in die Linie der Rechnung auswerfen, ſie ſollen aber vor der Linie die verſchiedenen Münz-Sorten anmerken, in welchen jede einzelne Poſt bisher, nach den beſtehenden Contracten und Gebräuchen, gezahlet worden iſt.

Art. 7. Wir erklären ausdrücklich, daß Wir durch die Dispoſitionen des gegenwärtigen Beſchluſſes in Abſicht der beſondern Einrichtungen, welche urſprünglich bey dem Rechnungsweſen der Feuerverſicherungs-Kaſſen in den Herzogthümern Cleve und Berg gemacht worden ſind, nichts verändern wollen. Eben ſo iſt dadurch auf nähern Befehl in den mit Unſerm Groß-Herzogthum vereinigten, und nicht in den ſechs Bezirken der Herzogthümer Berg und Cleve begriffenen Ländern, nichts abgeändert.

Art. 8. Unſer Finanz-Miniſter iſt mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beſchluſſes beauftraget.

Dieſer Beſchluß ſoll gedruckt und in franzöſiſcher und deutſcher Sprache bekannt gemacht werden.

2911. — Im Pallast zu Benrath den 5. Aug. 1806. — A. P. Q.

In Erwägung, daß die contentiösen Geschäfte zwischen Gemeinden oder Privaten, in Beziehung auf öffentliche Auflagen, fast allgemein ihrer Beschaffenheit nach eine schleunige Entscheidung und summarische Beurtheilung erfordern, und zwar nach Grundsätzen, deren Kenntniß und Anwendung der Administrativ-Behörde vorzüglich eigen sind; und bey dem in dieser Hinsicht gefaßten Entschlusse, die Normalbestimmungen der Verordnung von dem 13. Oct. 1801 (Nro. 2602.) beizubehalten.

In weiterer Erwägung, daß um diesen Zweck zu erreichen, es nothwendig ist, die Vertheidigungsmittel der Interessenten und die Jurisdiction in erster und letzter Instanz zu bestimmen.

Haben Wir nach Vernehmung Unseres Staatsraths beschlossen, und beschließen.

Art. 1. Drey Räthe, von Uns aus der Mitte derjenigen ernannt, welche dem Finanz-Ministerio zugetheilt sind, sollen beauftraget seyn, in erster Instanz über alle die Streitigkeiten zu entscheiden, welche sich zwischen Gemeinden oder Privaten in Beziehung auf öffentliche Auflagen ergeben möchten. Diese Commission wird nicht anderst erkennen, als nachdem sie sowohl den Bericht der Lokalbehörden, als das Gutachten desjenigen Landrathes erhalten haben wird, in dessen Bezirke die Auflagen zu erheben sind, welche zu den Streitigkeiten Anlaß gegeben haben.

Art. 2. Gegen die Erkenntnisse der Finanz-Commission soll man im Wege der Appel den Recurs zu Unserm Staats-Rathe nehmen können: dessen ungeachtet aber, sollen jene provisorisch zur Vollstreckung gebracht werden, sobald die Staatskassen dabey direkt betheiliget sind.

Art. 3. Um diesen Recurs ausüben zu können, sind die Parteyen gehalten, ihre Appellations-Erklärung vor einem Notario und zweyen Zeugen, binnen einer Nothfrist von 10 Tagen, von dem Tage an gerechnet, wo die Entscheidung der ersten Instanz zu ihrer Kunde gelanget ist, einzulegen.

Art. 4. Der Appellant muß innerhalb dreißig Tage

angerechnet von der eben bestimmten Ausstandsfrist, zu der Steuer-Registratur, nebst der in der vorgeschriebenen Form eingerichteten Appellations-Urkunde, eine Vorstellung einreichen, in welcher er den Gegenstand seines Rechts-Vertheidigungsgesuchs und die Motive, worauf er es gründet, kurz und einfach zu erkennen giebt.

Art. 5. Auf den Vortrag eines seiner Mitglieder wird Unser Staatsrath unverzüglich und in letzter Instanz den Ausspruch thun.

Art. 6. Unser Finanz Minister ist beauftragt, gegenwärtigen Beschluß in Vollzug zu setzen.

2912. — Im großherzoglichen Pallast zu Benrath den 22. August 1806. — A.

Da wir es nöthig finden, die Stände der verschiedenen Provinzen Unseres Großherzogthums zusammen zu berufen, um über die Angelegenheiten dieser Provinzen sowohl, als über die Maaßregeln zu berathschlagen, welche geeignet sind, sie unter eine und dieselbe Constitution zu bringen, und aus allen abgesonderten Landtags-Versammlungen einen einzigen gemeinschaftlichen und allgemeinen Landtag zu bilden,

So haben Wir beschlossen und beschließen wie folgt:

Art. 1. Die Mitglieder des Adels und die Deputirten der Städte, welche gegenwärtig das Stimm-Recht auf den Landtagen der verschiedenen Provinzen Unseres Großherzogthums besitzen, werden am 1sten September künftig in Düsseldorf erscheinen, und sich in eine einzige Versammlung vereinigen, um über die Vorträge zu berathschlagen, welche ihnen in Unserm Nahmen durch Unsere Commissäre werden gemacht werden.

Art. 2. Wir ernennen zu Unsern Commissären bei dem allgemeinen Landtage der Stände, Unsern Finanzminister Agar, Unsern Minister des Innern Grafen von Nesselrode, und Unsern Staatsrath Fuchsius.

Art. 3. Unsere Minister Commissäre des Landtages sind beauftragt, den gegenwärtigen Beschluß in Vollzug zu setzen.

Bemerk. Die an und für sich wichtigen Resultate der in Folge der vorstehenden Convocation stattgehabten Landtags-Versammlung, welche überdies die einzige unter der fremdherrlichen Regierung, und die letzte gewesen ist, gehen aus den folgenden, hier als historisch merkwürdige Nachrichten aufgenommenen Verhandlungen, welche sich auch in den Quellwerken P u. Q auszugsweise aufgeführt und resp. angedeutet finden, hervor.

Düsseldorf den 22. August 1806.

Zur Vollziehung des hier beigefügten Beschlusses Sr. Kaiserl. Hoheit habe ich die Ehre, die Herrn Mitglieder der Stände des Großherzogthums Berg einzuladen, sich nach Düsseldorf zu verfügen, um an den Berathschlagungen bei dem allgemeinen Landtage Theil zu nehmen, welcher am 1sten Sept. künftig eröffnet werden wird.

Der die Stelle des Staatssecretairs provisorisch vertretende Finanzminister, Commissär des allgemeinen Landtages.

Agar.

Düsseldorf am Montag den 1sten Sept. 1806.

Protocoll über die Ausschwörung des Huldigungs-Eides vor dem Throne Sr. kaiserl. königl. Hoheit durch die Landstände des Fürstenthums Horstmar und der Grafschaft Bentheim, und über die Eröffnung des höchsten Vortrages zu der gegenwärtigen Landtags-Versammlung.

Auf die vermöge des höchsten Beschlusses Sr. kaiserl. königl Hoheit von dem 22. des v. M. erlassenen Ausschreibung, haben sich heute zur bestimmten Stunde um 1 Uhr die Landstände der verschiedenen Provinzen des Großherzogthums Berg, auf der Kanzelley in dem Sitzungs-Saale des 1. Oberappellationsgerichts-Senates eingefunden, nämlich:

Von der bergischen Ritterschaft:

Graf von Nesselrode-Reichenstein, Erbdirektor; Freyherr von Beveren, Fhr. von Nagel, Fhr. von Schell, Fhr

von Gaugreben, Graf von Spee, Fhr. von Droste, Graf von Westerholt, Fhr. von Lohausen, Fhr. von Nitz, Graf von Metternich, Fhr. von Dorth, Fhr. von Dalwigk, Graf von Spee, Fhr. von Busche, Fhr. von Spies, Fhr. von Wendt.

Die Deputirten der Bergischen Städte: Die Herren Bürgermeister und Deputirten Hardt und Hencke von Lennep; Strack und Wachendorf von Ratingen; Cantador und Eylertz von Düsseldorf; Brocke und Wülfing von Wipperfürth; der Syndikus der Ritterschaft, Herr von Sieger; der Syndikus der Städte, Herr Bewer.

Von der Clevischen Ritterschaft: Die Herren Fhr. v. Wilich und Fhr. von Strünckede.

Die Deputirten der Städte des Herzogthums Cleve: Die Herren Bürgermeister und Deputirten Duden und Bordelius von Wesel; Fittig und v. Renesse von Emmerich; Speck und Schlechtendahl von Duisburg; Collberg und Aschoff von Rees.

Von der Ritterschaft des Fürstenthums Horstmar: Die Herren Fhr. von Gras, Fhr. von Kerkering, Fhr. von Amelungen, Fhr. von Twickel, Fhr. von Oer, Fhr. von Kolff.

Die Deputirten der Städte: Die Herren Becker von Coesfeld; Deitmars von Rheine.

Von der Ritterschaft der Grafschaft Bentheim: Fhr. von Elverfeld; Herr Syndikus Soury, Deputirter der drey Städte, Schüttorf, Nordhorn und Neuenhaus.

Um halb 2 Uhr begaben sich die Landtags-Commissarien Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit, Ihre Excellenzen die Hrn. Minister, Hr. Agar, Finanzminister, Graf von Nesselrode, Minister des Innern, und Herr Staatsrath Fuchsius in den Saal des Staatsrathes, wo sich der Thron Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit befand und die Herren Staatsräthe sich versammelt hatten. Um 2 Uhr trafen Se. K. K. Hoheit in Begleitung der Ehrengarde in dem Vorhofe ein. Ihnen folgten die Civil- und Militair-Hofbeamten. Der Finanzminister und der Mini-

ſter des Innern Exz. wie auch die Herren Staatsräthe, empfiengen Ihre K.K.Hoheit an dem Wagen. Die Mitglieder von der Ritterſchaft und die Deputirten der Städte, begaben ſich ebenfalls dorthin, und begleiteten Sie in den Saal des Staatsrathes. Se. Kaiſ. Königl. Hoheit ſetzte ſich auf den Thron, umgeben von Ihren Hofbeamten und der Ehrengarde. Zur Seite ſtanden Ihre beyden Miniſter und neben dieſen die Staatsräthe. Die Herren Mitglieder der Ritterſchaft und die Deputirten der Städte, ſtanden weiter im Saale. Die Ritterſchaft des Fürſtenthums Horſtmar und die Ritterſchaft der Grafſchaft Bentheim, welche den Eid der Treue noch nicht abgelegt hatten, ſchwuren in Gegenwart des Großherzogs, treu und gehorſam zu ſeyn Sr. K. K. Hoheit und der Landesconſtitution. Se. K K. Hoheit hielten hierauf an die Herren Landſtände folgende Rede:

Meine Herrn Mitglieder der Ritterſchaft, Meine Herren Deputirten der Städte des Großherzogthums Berg!

»Als die göttliche Vorſehung und das Vertrauen des »großen Mannes, welcher gegenwärtig die ganze Welt in »Erſtaunen ſetzt, Mich zu der Souveränität dieſes Groß»herzogthums berufen haben, habe ich die Verbindlichkeit »auf mich genommen, Meine Unterthanen glücklich zu ma»chen. Ich that mehr; indem ich von dem größten Theil »der Mitglieder, die hier gegenwärtig ſind, den Eid nahm, »ſchwur Ich ihn ſelbſt.«

»Seitdem, weit entfernt Mich durch die Hinderniſſe ab»ſchrecken zu laſſen, die ſich Mir in den Weg ſtellten, da »Ich Meinem Gouvernement einen feſten und gleichen »Gang geben wollte, der zu den Verwaltungen der ver»ſchiedenen Länder paſſe, aus denen der Staat beſteht, »ſind alle Meine Bemühungen ſtets nach dieſem Ziele ge»richtet geweſen, und die Beweiſe von Anhänglichkeit, »welche Ich überall gefunden, haben Mir neue Kräfte ge»geben und die Arbeit erleichtert und verſüßt.«

»Immittelſt ſchreitet alles vorwärts, alles beſſert ſich, »und wenn Wir bisher mit ſchwachen Mitteln einige glück»liche Reſultate herbey geführt haben, welche Hoffnungen »ſollen Wir dann nicht jetzt ſchöpfen, da Wir ſtark ſind

»durch den Bund, dem Wir angehören, und mächtig durch »die Macht des erhabenen Protektors, den er ſich gewählt »hat.«

»Gleichwohl bin Ich noch ſehr weit von dem Ziele, »das Ich Mir vorgeſetzt habe; und wie könnte Ich hof»fen, es zu erreichen, wenn Ich, unbekannt mit den Ad»miniſtrationen der verſchiedenen, vor kurzem mit Meinem »Großherzogthum vereinigten Länder, nicht das Recht »hätte, auf die Einſichten und die Liebe der Deputirten »Meiner Staaten, der Mitglieder Meines Rathes, und »den verſchiedenen Vorgeſetzten der öffentlichen Admini»ſtration zu zählen, welche Mir insgeſammt bis zu dieſem »Augenblicke ſo kräftig beygeſtanden haben!«

»Meine Herren Mitglieder der Ritterſchaft, und Mei»ne Herren Deputirten der Städte! In dieſer Abſicht und »in dieſer Erwartung habe Ich Sie heute verſammelt. »Meine Commiſſarien werden Ihnen verſchiedene Gegen»ſtände zur Berathſchlagung vorlegen, welche ſie mit Klug»heit und mit den vortreflichen Geſinnungen, von denen »Sie belebt ſind, unterſuchen werden. Ihr einſichtsvolles »Beſtreben, Ihre Liebe zum Vaterlande, alles verbürget »Mir im Voraus das Gute, das Ich mit Ihnen wirken »werde.«

»Kehren Sie demnächſt zu Ihren Familien zurück! »Wenn Sie wieder bey Ihren Mitbürgern ſeyn werden, »ſo ſagen Sie Ihnen, daß ihr Souverain ihr Vater, der »Vater des Vaterlandes, ſeyn will; ſagen Sie Ihnen, »daß ihr Intereſſe der beſtändige Gegenſtand Meiner Sorg»falt ſeyn wird! Umgeben Sie Meine getreuen Beamten »mit Zutrauen! Zeigen Sie Mir das Gute, das ich »werde thun, die Mißbräuche, die ich werde abſtellen kön»nen! Helfen Sie Mir endlich das Glück Meiner Unter»thanen vermehren, ihre Laſten erleichtern. Dadurch wer»den Sie ewige Rechte auf Mein Wohlwollen erhalten »und den allgemeinen Dank mit Mir theilen.«

Nach dieſer Rede hoben Se. K. K. Hoheit die Sitzung auf, und Sie wurden von Ihren beyden Herren Miniſtern, Ihren Staatsräthen, der Ritterſchaft und den Deputirten der Städte wieder zum Wagen begleitet.

Nachdem der Waagen abgefahren war, haben die zu der Landtagsversammlung abgeordneten Herrn Commissarien sich in den Sitzungssaal des Staatsrathes zurückbegeben, und den dahin gefolgten Landständen von Ritterschaft und Deputirten der Städte ist von Seiner des Herrn Finanzministers Agar Exc. mit Bezug auf den höchsten Beschluß Sr. K. K. Hoheit von dem 22. d. v. M. der Zweck der gegenwärtigen Versammlung, und das Bestreben Sr. K. K. Hoheit für das Wohl ihrer Unterthanen in der hier beygefügten Rede näher vorgehalten auch in Folge dieser Rede der höchste Vortrag vor dem 1. d. M. durch den Commissions-Sekretair wörtlich verlesen worden.

Der aus der Mitte der Landstände hervorgetretene gemeine und Ritterschaftliche Sindic Geheimerath von Sieger, dem zugleich zwey gleichlautende Ausfertigungen des Vortrages eingehändiget worden, hat darauf geantwortet:

»Seiner Kaiserl. Königl. Hoheit gnädigsten Vortrag »haben dahier versammelte, des Herzogthums Berg treuge»horsamste Landstände von Räthen, Ritterschaft und »Hauptstädten in tiefster Verehrung zu vernehmen gehabt »und empfangen, sie werden sich beeiferen darüber ihre »Berathung ehestens anzugehen, und solchemnach Sr. Kais. »Hoheit unterthänigst zu referiren.

Hr. Finanz-Minister Agar Exc.
" Minister des Innern tit. Graf von Nesselrode Exc. legi.
" Staatsrath Fuchssus — legi.

Joachim von Gottes Gnaden ꝛc.

Nachdem Unser Großherzogthum durch die Vereinigung mehrerer, verschieden regierten Provinzen sich gebildet hat, hielten wir es für zweckmäßig die Stände von Adel und Städten, welche zu den bisherigen verschiedenen Provinzial-Landtagsversammlungen gehörten, zusammen zu berufen, um ihre Einsichten zu benutzen, und sie über die Mittel zu Rathe zu ziehen, wie für den Gesammtstaat ein einförmiges administratives System befestiget werden möge.

Unsere erste Absicht ist, daß künftig kein Unserer Souveränität untergebenes Land sich als isolirt, oder als ein

abgesondertes Gebiet betrachten soll, sondern daß alle Länder, Provinzen und Gebiethe, worüber Uns die Souveränität zusteht, das Ganze des Großherzogthums ausmachen, und sich wie integrirende und unzertrennliche Theile zum Gesammtstaate und zum gemeinsamen Vaterlande verhalten.

Viele Unserer Provinzen wurden bis dahin auf keinem Landtage vertreten; Wir wünschen, daß diese eines Vortheils nicht beraubt bleiben, dessen die übrigen Provinzen genießen.

Die öffentlichen Abgaben müssen gleichheitlich umgelegt werden; es ist nöthig das Verhältniß ausfindig zu machen, in welchem zuerst jedes Arrondissement des Großherzogthums, und hernach jeder Theil eines Arrondissements dazu beyzutragen habe.

Das Rechnungsjahr fängt in jeder Provinz in unterschiedenen Zeitpunkten an; es wird unumgänglich für alle ein gemeinschaftliches Jahr bestimmt werden müssen.

Die auf sichern Gütern haftenden Ausnahmen von der allgemeinen Beitragspflicht sind, seitdem man genöthiget worden ist, diese Güter mit ausserordentlichen Contributionen zu belegen, nicht mehr von einem großen Nutzen für diejenigen, welche daran Theil haben. Inzwischen hören solche Privilegien nicht auf, die Unzufriedenheit der contribuablen Eigenthümer zu erregen; sie sind überdies in der Verwaltungs-Ordnung von wesentlichem Schaden. Wir fordern die Stände auf, diesem wichtigen Gegenstande die ernstlichste Aufmerksamkeit zu widmen, und Wir haben dabey volles Zutrauen auf die edlen und patriotischen Gesinnungen, von welchen Wir wissen, daß sie beseelet sind.

Jede bisher abgesondert gewesene Provinz hat ihre eigene Schulden. Da Wir wollen, daß die Zinsen von allen diesen Schulden mit Pünktlichkeit bezahlet, und daß Maaßregeln ergriffen werden, die Capital-Schulden so schleunig zu tilgen, als die Umstände es erlauben werden, so ist zu entscheiden, ob jede vorige Provinz für die von ihr gemachten Schulden besonders verhaftet werden soll, oder ob es nicht dienlicher sey, diese unter der Garantie des großherzoglichen Gesammtstaates in eine General-Masse zu ziehen.

Eben so hat jede Provinz, und in manchen Provinzen

jede Stadt, eine besondere Gesetzgebung; eine gleichförmige sowohl civil als criminal Gesetzgebung würde ohne Zweifel allen Unsern Untergebenen eine große Wohlthat gewähren.

Wir wünschen bei allen diesen und vielen andern eben so wichtigen Angelegenheiten uns mit dem Beistande und Rathe Unserer getreuen Stände umgeben zu sehen. Weil aber mehrere derselben nähere Erkundigungen, Berechnungen und Vorarbeiten erheischen, welche nicht das Werk einer zahlreichen Versammlung seyn können: so halten Wir dafür, daß die Stände, nach vorläufig abgegebener Aeußerung über die hinlänglich aufgeklärten Punkte, einen Deputirten vom Adel und einen Deputirten von den Städten jeder Provinz zu ernennen haben werden, um unter Erwartung einer neuen Landtagsversammlung im Einverständnisse mit Unsern Commissarien alle andre Punkte zu ordnen.

Indem Wir Unsern getreuen Ständen Unser Vertrauen in ihre Anhänglichkeit an Unsre Person sowohl, als in ihren Eifer für das Beste des Vaterlandes zu erkennen geben, ist es Uns angenehm das ganze Corps und die verschiedenen Mitglieder desselben Unseres hohen und beständigen Wohlwollens zu versichern.

Düsseldorf den 1. Sept. 1806.

(gez.) Joachim.

Düsseldorf — Sonntag den 7. Sept. 1806.

Protokoll

über die von den versammelten Landständen von Räthen, Ritterschaft und Hauptstädten des Großherzogthums Berg erstattete gemeinsame erste Relation.

Die versammelten Landstände von Räthen, Ritterschaft und Hauptstädten des Großherzogthums Berg sind heute um die bei dem gestrigen Anmelden bestimmte Stunde in dem Sitzungs-Saale des großherzoglichen Staats Rathes erschienen, und in deren Nahmen hat der ritterschaftliche und gemeine Sindic Geheimerrath von Sieger in einer passenden Anrede, die Empfindungen des unbegränzten Dankes für die in den gnädigsten Ausdrücken gefaßten so

mündlich als schriftlichen Propositionen und zugleich die Bereitwilligkeit, womit Stände ihre Berathschlagungen über die ihnen vorgelegten Punkte eingegangen sind, bezeuget.

Nach geschlossener Rede hat derselbe übergeben:

1) Unterthänigst gemeinsame erste Relation,
2) Unterthänigste Erklärung auf den gnädigsten Vortrag,
3) Unterthänigste Ernennung der zufolge der gnädigsten Proposition, ausersehenen Deputirten,
4) Unterthänigst bittliche Empfehlung der von dem ehemaligen jülichschen Sicherheits-Corps noch übrigen wenigen Mannschaft.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Agar haben darauf mit Bezug auf die von den Deputirten der versammelten Landstände Seiner Kaiserl. Königl. Hoheit bereits dargebrachten willfährigen Aeusserungen wegen der auf gewissen Gütern haftenden Steuerfreyheit, und auf die von Höchstdenselben darauf ertheilte gnädigste Versicherung, geantwortet, daß die von den versammelten Landständen übergebenen Vorstellungen Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit vorgeleget, und die Höchsten Entschließungen darauf unverzüglich ertheilt werden würden.

Hr. Finanz-Minister Agar Exc.
" Minister des Innern Graf von Nesselrode Exc.
— legi.
" Staats-Rath Fuchsius — legi.

Unterthänigst gemeinsame erste Relation des Großherzogthums Berg versammelter Landstände von Räthen, Ritterschaft und Hauptstädten.

Präsentirt den 7. Sept. 1806.

Sonntag den 7. Sept. 1806.

Indem sich versammelte treugehorsamste Landstände von Räthen, Ritterschaft und Hauptstädten des Großherzogthums Berg zum erstenmal des Glückes erfreuen, Seiner Kaiserl. Königl. Hoheit über das Resultat der bisherigen Berathschlagungen unterth. zu referiren, können dieselben nicht umhin, Höchstdenenselben für die in den gnädigsten Ausdrücken gefaßte so mündlich als schriftliche Propositionen, welch ersterer Mittheilung sie sich instän-

digst erbitten, die ungeheuchelten Empfindungen eines unbegränzten Dankes darzubringen.

Die Glieder dieser zahlreichen Versammlung waren sich grossentheils ganz fremd, ihr plötzliches Zusammentreffen unerwartet, ja das ursprüngliche Interesse so verschiedener weit unter sich entfernten Provinzen sehr mannigfaltig; allein es bedurfte überall nur eines Rückblickes auf den Geist und die Worte höchstgedachten Vortrages, um in den vorzüglichsten Punkten mit vereintem Schritte zu dem großen gemeinschaftlichen Zwecke zu trachten. Jenes huldreiche Zutrauen, womit Höchstdieselbe Dero Stände insgesammt zu Ertheilung ihres Beirathes gnädigst auffordern, um zu der Befestigung eines einförmigen Systems berufsmäßig mitzuwirken, und über die wichtigsten Angelegenheiten der Staatsverwaltung ihre Ansichten unterthänigst zu eröffnen, mußte unfehlbar ein unzertrennliches Band zwischen Haupt und Gliedern knüpfen, mußte jede Kraft neu beleben, um dem landesherrlichen Verlangen zuvor zu kommen.

Die erste Wirkung dieser allgemeinen Stimmung war, daß sich von nun an alle Provinzen des gesammten Staates wie ein Ganzes betrachteten, dessen Theile unzertrennlich, und deren Wohl oder Wehe aufs innigste mit einander verbunden sind; eine solche Verbindung würde aber nicht allerdings vollkommen werden, wenn nicht auch die übrige Provinzen, worinn bisher keine Stände gewesen, ebenmäßig auf dem allgemeinen Landtage vertreten würden, und darum können getreueste Stände ihres unterthänigsten Ortes den Wunsch nicht bergen, daß diesen Provinzen unverzüglich nach dem Beispiel der Uebrigen, Repräsentanten von der Ritterschaft und Hauptstädten zugestanden werden möchten, welche, so viel die Ritterschaft betrifft, zu Erhaltung der gänzlichen Einförmigkeit nach dem à Corpore dem Landesherrn gehorsamst vorzulegenden Statuten sich gehörig zu qualifiziren, gnädigst angewiesen würden.

Seine Kais. Königl. Hoheit haben mit dem gütigsten Herrscherblicke vorgesehen, welch ausserordentliches Vergnügen die Erweckung solcher neuen Landstände unter den alten verbreiten werde, und auch hierin läßt sich die landesväterliche Fürsorge eben so wenig als in der gnädigsten Aeusserung verkennen, daß nach vorläufig abgegebe-

ner Erklärung über die hinlänglich auseinandergesetzten Punkte ein Deputirter vom Adel und einer von den Hauptstädten jeder Provinz ernannt werden solle, um mit den gnädigst Committirten unter Erwartung einer neuen Landtags-Versammlung alle andre Punkte zu ordnen.

Treugehorsamste Ritterschaft und Hauptstädte schmeicheln sich über alle jene Gegenstände der gnädigsten Proposition, die Zeit und Nebenumstände bisher aufzuklären erlaubten, mit unterthänigster Bereitwilligkeit fürgeschritten zu seyn, und haben der gnädigsten Weisung gemäß auch nicht entstanden, die in der besondern Benennung vorkommenden Deputirten gehörig zu instruiren.

Damit aber diese in die Lage versetzt werden mögen, das ihnen anvertraute weitwendige Geschäft sowohl mit der erforderlichen Muße und Umsicht nach Möglichkeit zu vollenden, als bei Aufsuchung der nöthigen Hülfsquellen nirgend Hindernissen zu begegnen, so werden S. K. K. Hoheit unterthänigst gebethen, an alle betreffende obern und untern Behörden des Großherzogthums die gnädigste Weisung ergehen zu lassen, Kraft deren die abgehenden statistischen Nachrichten und glaubhafte Extracten, auf geziemendes Ersuchen, Deputirten unweigerlich mitgetheilt, diesen aber eine Frist von zweyen Monaten zur Verrichtung ihres Auftrages mildest wolle gestattet werden.

Ex Concluso
des Großherzogthums Berg versammelter Landstände von Räthen, Ritterschaft und Hauptstädten

(unterz.) M. von Sieger,
Ritterschaftlich und gemeinsamer Syndic.

Unterthänigste Erklärung auf den gnädigsten Vortrag in Betreff der auf gewissen Gründen haftender Freyheit, mit angefügter Bitte und Bemerkungen wie Inhalts des Großherzogthums Berg versammelter Landstände von Ritterschaft und Hauptstädten.

Präsentirt den 7. Sept. 1806.

Sonntag den 7. Sept. 1806.

Nachdem sich treugehorsamste Landstände von Ritter-

schaft und Hauptstädten dem Throne Sr. Kais. Königl. Hoheit genahet, und den gnädigsten Vortrag ehrerbietigst vernommen hatten, konnte ihnen nichts angelegener seyn, als diesem bei der ersten Zusammenkunft abermal ihre schuldigste Aufmerksamkeit zu widmen.

Unter andern darin enthaltenen Punkten war der 6te Abschnitt derjenige, welcher den Gegenstand der ersten Berathschlagung vorzüglich befaßte.

Es mochte ihnen nicht entgehen, daß auch dieser für das ganze Großherzogthum Berg von äußerster Wichtigkeit seye, da das Entsagen einer durch uralte Rechte und Sitten entstandenen, viele Jahrhundert unverletzt erhaltenen, nicht minder durch die Landesverfassung gesicherten Freiheit gewisser Gründen, auf alle Klassen von Unterthanen in mehrfacher Rücksicht entscheidenden Einfluß äußern werde; Gleichwohl haben die gefreyten Stände jede andere Betrachtung übergangen, und die hinreißende Bewegursachen: Dem Gesinnen ihres gnädigst regierenden Landesherrn mit möglichster Bereitwilligkeit entgegen zu eilen, dann auch der Wunsch dem Steuerpflichtigen Unterthan eine bedeutende Erleichterung zu verschaffen, Diese Ursachen allein haben sie zu dem einstimmigen Entschlusse geleitet auf die bisher bestandene Freyheit aller gefreiten Güter von den auf liegenden Gründen radicirten Geldbeiträgen, als da sind im bergischen — Grundsteuren, im Clevischen die Schatzung, im Horstmarischen und Rheinischen die ordinaire Schatzungen, und im Bentheimischen die ordinaire Grundsteuer, vom Anfange des in der Folge zu bestimmenden Steuren Jahres im allgemeinen zu verzichten, das unterthänigste Vertrauen hegend, S. K. K. Hoheit würden ebenmäßig von allen zu den Domainen gehörigen Güter, wozu auch die ehedem geistliche Güter gezählet werden, die gesagte Besteurung erheben lassen.

Vollkommen ist dieses unbeschränkte Vertrauen zu unserm lebhaftesten Danke gerechtfertigt worden, indem Se. K. K. Hoheit durch Höchstdero Finanz-Minister unsern Deputirten unterm 3. dieses Monates die huldreicheste Versicherung zu ertheilen geruheten, daß alle Kameral-Güter ohne Unterschied in Zukunft der Grundbesteuerung unterworfen seyn sollten.

So gewiß wir nun zufolge der von gesagten Deputirten ad Corpus referirten gnädigsten Ausdrücken Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit uns der Hoffnung überlassen, Höchst Dero erhabensten Absichten durch dieses Opfer entsprochen zu haben, mit eben der Gewißheit dürfen wir auch voraussetzen, daß Höchstdieselbe ein solches von Uns für den Fall nie würden anverlangt haben, wenn es möglich würde, daß auch nur eine dieser beiden Bewegursachen einst aufhören könnte.

Die landesherrliche Absicht beruht hierbei nach Inhalt Höchstgedachter Proposition darinn, daß die allgemeinen Steuern gleichheitlich vertheilet werden sollen; Getreueste Stände wünschen sich daher Glück, hieraus die erfreuliche Folge ziehen zu können, daß von obgedachtem Zeitpunkte an alle ausserordentliche Steuern und Lasten, welche um den bisher befreieten Stand zum Beitrag beizuziehen sind erhoben worden, aufhören, und in allen großherzoglichen Provinzen die bisherigen verfassungsmässigen Personalfreiheiten gnädigst werden gehandhabet werden.

Dieser unterthänigsten Erklärung sollen übrigens getreueste Landstände noch eine Bemerkung zur landesherrlichen Erwägung beifügen, wie es nähmlich den bisher befreieten Ständen zur ungemeinen Ermunterung gereichen würde, wenn denenselben gnädigst wollte gestattet werden, daß wegen der vermischten Laage der ehemals freien Gründen in den verschiedenen Unterrecepturen sie ihre Zahlungen directe an den Oberempfänger in den Aemtern entrichteten, die Subrepartitionen aber nach der von jeher üblichen Weise mit Zuziehung landständischer Mitglieder in Aemtern und Städten vorgenommen würden.

Und sehen versammelte Landstände einer gnädigst gewierigen Entschliessung über gegenwärtige Erklärung mit unterthänigster Zuversicht entgegen.

Ex Concluso

des Großherzogthums Berg versammelter Landstände von Ritterschaft und Hauptstädten

M. von Sieger

Ritterschaftlich und gemeinsamer Sindicus.

Benennung der in gefolge gnädigster Proposition auszuersehenden Deputirten der Ritterschaft und Hauptstädten.

Wegen der Provinz Berg	Freiherr von Nagel zur Gaul. » von Dorth zu Hellenbroich, Substitutus. Deput. Hofr. Eylerz v. Düsseld.
Cleve	Freih. v. Wylich zu Diersforth. Bürgermeister Duden von Wesel cum Substitutione des Bürgermeistern Speck.
Horstmar	Freiherrn von Kolff zu Hamern Licentiatus Becker von Coesfeld.
Bentheim	Freiherr von Elverfeld. Ober-Consistorial-Assessor und Land-Syndicus Soury von Bentheim.
Rheina Wollbeck .	Freiherr von Twickel zu Stoweren. General-Landesempfänger Deitmars von Rheine

In Fidem et ex Concluso.

M. von Sieger Syndicus.

Resolutio Serenissimi Magni Ducis

Auf unterthänigste gemeinsame erste Relation, und auf unterthänigste Erklärung auf den gnädigsten Vortrag in Betreff der auf gewissen Gründen haftender Freiheit, der versammelten Landstände des Großherzogthums Berg.

Präsentirt den 7. Sept. 1806.

Serenissimus Magnus Dux.

Seine Kais. und Königl. Hoheit haben das von den versammelten Landständen des Großherzogthums Berg ein-

stimmig dargebrachte Opfer der auf sichern Gütern haftenden Steuer-Freiheit mit dem größesten Wohlgefallen aufgenommen.

Indem Höchstdieselben ihren getreuen Ständen für den hierdurch bewiesenen patriotischen Eifer herzlich danken, und die schon mündlich gegebene Versicherung erneuern, daß auch Höchst ihre eigene Domainen in jenem Opfer allerdings mit eingeschlossen seyn sollen, können Stände zu gleicher Zeit sich der Aufrechthaltung ihrer persönlichen Freiheiten versichert halten.

Die Landständischen Anträge über ihre Constituirung in ein einziges Corps, und über die Ausdehnung des Representations-Rechtes auf die bis dahin mit keinen Ständen versehen gewesenen Provinzen, sind ebenfalls den höchsten Gesinnungen ganz angemessen, und Seine Kaiserl. u. Königl. Hoheit erwarten von der ernannten Deputation zur Auseinandersetzung der noch nicht hinlänglich aufgeklärten Gegenstände den besten Erfolg. — Höchstdieselben werden ihre Provincialräthe anweisen lassen, den Deputirten mit allen nöthigen Materialien und Nachrichten an die Hand zu gehen; Wie aber eine zweimonatliche Aussetzung der Deputation in Hinsicht auf das herannahende neue Steuer-Jahr einen zu langen Aufenthalt veranlassen würde, so versehen sich Se. kais. u. königl. Hoheit zu der Thätigkeit der Deputirten, daß Sie sich um so viel mehr beeifern werden, die Sammlung der abgängigen Notizen zu beschleunigen, da man sich vorbehalten muß, sie auch vor Ablauf von sechs Wochen einzuberufen.

Die versammelten Stände des Großherzogthums Berg werden demnach hierdurch des gegenwärtigen Tages mit der zusätzlichen Bemerkung entlassen, daß auf die von ihnen eingelegte Empfehlung wegen der Pension einiger Individuen des ehmaligen Jülichschen Sicherheits-Corps die gnädigste Rücksicht genommen werden wird.

Düsseldorf den 8. Sept. 1806.

Praes.

des Hr. Finanz-Ministers von Agar Exc.
- Ministers des Innern Grafen von Nesselrode Exc. legi.
- Staatsrath Fuchsius — legi.

2913 — Den 27. August 1806. — A.

Der Finanz-Minister.

Den Steuer-Empfängern im Hezogthum Berg wird eine neue Art der Buchführung über Empfang und Ausgabe vorgeschrieben, und durch beigefügte Muster erläutert.

2914. — Im Pallast zu Benrath den 28. August 1806. — A. P. Q.

Unterrichtet, daß viele Bothen sich auf eine betrügerische Art mit der Versendung der Briefe, und Brief-Pakete, welche sowohl für die Städte Unserer Staaten, als für die fremden Länder bestimmt sind, abgeben; daß sie sogar die Tage und Stunden ihrer Abreise nach ihrem Bestimmungsorte in die Zeitungen setzen lassen; wollen Wir einem Mißbrauche, der eben so sehr der Ordnung, als dem allgemeinen Interesse zuwider ist, ein Ende machen.

Auf den Bericht Unseres Finanz-Ministers haben Wir beschlossen, und beschließen wie folgt.

Art. 1. Jeder Bothe jener Gemeinden, welche ihre Briefe nach einem Postamte versenden oder holen lassen, muß mit einem Beglaubigungsschreiben seiner Gemeinde, das vom Verwalter des besagten Postamtes eingesehen und unterschrieben ist, versehen seyn.

Art. 2. Vom 15. September an, soll jeder Bothe zu Fuß, zu Pferd, oder mit einem Gefähr, der nicht mit einem solchen Schreiben versehen ist, und darauf betroffen wird, daß er Briefe oder Briefpakete, es sey nach Unsern Staaten, oder nach Fremden, trägt, arretirt, vor Unsere Polizey-Richter gebracht, und für das erstemal zu einer Geldstrafe von zwanzig Reichsthaler, wovon die Hälfte an Unsere Haupt-Post-Kasse abgegeben wird, und die andere Hälfte jenem zugehören soll, der sich dieses Bothens bemächtiget hat, im Wiederbetretungsfalle aber, zu einer dreymonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

Art. 3. Es ist allen Zeitungsschreibern oder Zeitungsdruckern verbothen in ihre Blätter die geringste Nachricht von besondern Einrichtungen einzurücken, die es auf sich

nehmen Briefe oder Briefpaquete nach was immer für einem Bestimmungsorte zu versenden. Im Uebertretungsfalle verfällt jener, der die Nachricht hat einrücken lassen, in eine Geldstrafe von zwanzig Reichsthaler und in eine gleich große Geldstrafe der Zeitungsschreiber.

Art. 4. Alle Briefe, welche auf Schleichwegen befunden, eingebracht werden, werden nach Unserer Haupt-Post-Verwaltung geschickt, gänzlich verworfen, und nach den Gesetzen um die bestimmte Zeit verbrannt.

Art. 5. Unser Finanz-Minister ist mit der Vollziehung gegenwärtigen Beschlusses beauftragt, welcher in französischer und deutscher Sprache gedruckt, und bekannt gemacht werden soll.

Wir verpflichten besonders Unsern General-Post-Director, Unsere Polizey-Offiziere, und Unsere Gend'armerie hierauf fleißig zu wachen.

2915. — Den 28. Aug. 1806. — A.

Die Desiignationen des jährlichen Holzbedürfnisses zu Baulichkeiten an Domanial-Gütern müssen von den Rentbeamten vor Ende May eines jeden Jahres nach einem beigefügten Muster eingereicht werden.

2916. — Im Pallast zu Benrath den 30. Aug. 1806. — Q.

Bestimmung der Amts-Kleidung der Provinzial-Räthe und der ihnen beigegebenen Rechnungs-Sekretaire.

2917. — Den 5. Sept. 1806. — A.

Der Minister des Innern.

Den Landräthen, Beamten und Magistraten wird die Einsendung vierteljähriger Nachweisen (nach beygefügtem Muster) der an die französischen Truppen gelieferten Verpflegungs-Gegenstände befohlen.

2918. — Im Pallaſt zu Benrath den 9. Sept. 1806. — A. P. Q.

Der Vertrieb der inländiſchen Fabrikerzeugniſſe wird in dem ganzen Umkreiſe des Großherzogthums von allen Zoll- und außerordentlichen Staats-Abgaben befreiet.

2919. — Im Pallaſt zu Benrath den 9. Sept. 1806. — P. Q.

Feſtſetzung der Beitragspflichtigkeit zu den Straßenbepflaſterungs-Koſten, der anſchießenden Hausbeſitzer, in den neuangelegten Theilen der Stadt Düſſeldorf. (Conf. Nro. 3050.)

2920. — Im Pallaſt zu Benrath den 9. Sept. 1806. — Q.

Die Damm- und Uferbauten im ganzen Umfang des Großherzogthums ſollen durch einen Ober-Inſpektor und drei Inſpektoren, unter Aufſicht des Miniſters des Innern, geleitet werden. Die mit dieſen Aemtern verbundenen Gehälter und die dazu berufenen Perſonen werden gleichzeitig beſtimmt und resp. ernannt.

2921. — Den 15. Sept. 1806. — P.

Der Miniſter des Innern.

Die ohne allen Zweck nur zur Vermehrung der Koſten vorgenommen werdenden Sectionen der Leichnahme in ſolchen Fällen, wo gar keine Spur einer äußern Gewaltthätigkeit anzutreffen, noch ſonſt einiger Verdacht vorhanden iſt, daß der Verſtorbene keines natürlichen Todes geſtorben ſey, dürfen ferner nicht ſtattfinden, und ſollen ſolche von den Richtern ohne Noth verurſachten Koſten von denſelben ſelbſt getragen werden.

2922 — Den 16. Sept. 1806. — P.

Der Minister des Innern.

Ueber alle im Großherzogthum eines natürlichen oder gewaltsamen Todes sterbende Unbekannten, über alle todtgefundenen und in den Flüssen antreibende Leichen, soll eine genaue Beschreibung der Person und ihrer Kleidungsstücke von den Lokalpolizey-Behörden aufgenommen, und unentgeldlich durch die wöchentlichen Nachrichten publizirt werden.

2923. — St. Cloud den 21. Sept. 1806. — Q.

Napoleon, Kaiser v. Frank., König v. Italien ꝛc.

Die Fürsten des Rheinbundes werden zur Ausrüstung und Aufstellung der vertragsmäßigen Truppen-Contingente mit der Zusicherung aufgefordert, daß von Seiten Frankreichs 300,000 Mann in's Feld gestellt werden sollen. Als Veranlassung und Gegenstand dieser Maßregel werden die drohenden Kriegsrüstungen der Krone Preußens dargestellt.

2924. 24. — Den 10. Oct. 1806. — A. Q.

Der Minister des Innern.

Instructions-Punkte für die Kriegs-Vorfälle im Großherzogthum Berg.

Kein Beamter darf bei Vermeidung der Cassation seinen Posten verlassen. Gleich strenge Strafen sind auch für die Magistraturen, Vorstände, Schöpfen, Führer der Gemeinden oder Kirchspiele gesetzt.

2. Wenn man Nachricht hat, daß Truppen im Anmarsche sind, haben die Vorstände jeden Orts dem Commandirenden entgegen zu gehen, um mit ihm zur Aufrechthaltung der Ordnung Rücksprache zu nehmen.

3. Die Bewohner jeden Orts sind zu ermahnen, sich durch Verlassung ihres Anwesens nicht mehr Unglück zuzuziehen, sondern sich bescheiden und in das Schicksal fügend zu benehmen, sohin sich in die Kriegsverhältnisse nicht weiter einzumischen.

4. Der Provinzial-Rath hat in jedem Orte den Beamten oder Vorständen Leute beyzufügen, die zusammen, sohin mit den Beamten, eine gemeinschaftliche Kriegs-Commission bilden und alle einschlägigen Geschäfte dann ausschliessend besorgen. Dieß hat auch selbst auf Dorfgemeinden und Kirchspiele Bezug; hier muß sich einer mit den Gegenständen der Quartiere, ein anderer mit dem Vorspann, und ein Dritter mit den Lieferungen ꝛc. ꝛc. beschäftigen. Da wo Magazine sich befinden wird eben so ein Vierter für diese Pflege nöthig seyn.

5. Es wird immer sehr nützlich seyn zur Ausmittelung der Quartiere die Militair-Behörde beyzuziehen. Der Hauptlast der Quartiere muß immer auf die Hauseigenthümer oder Hauptpächter des Hauses nach einer gewissen Classification fallen, und in subsidium erst auf die Miethleute. Es bleibt unabänderlicher Grundsatz, daß jeder Hausvater sein ihn nach Umständen treffendes Quartier selbst tragen muß, daß man auf keine Art geduldet, daß Generäle oder Offiziers auf Gemeinde-Kosten unterhalten, oder auf solche Art Tafel-Gelder bezahlt werden. Bey Excessen der Einquartierten ist sich an den einschlägigen Commandirenden zu wenden, und dabey vorzüglich auf ein Reglement für die verschiedenen Obliegenheiten zu dringen.

6. In grossen Städten muß vorzüglich das Augenmerk getroffen werden, daß ein militairischer Commandant aufgestellt werde, der über alle Angelegenheiten die Invitationen macht, und ohne denen nichts eingegangen wird.

7. Nur jene Requisitionen sind zu respectiren die von dem Commandirenden eines corps d'armée mit dem Commissaire Ordonnateur oder sonst diese Functionen Ausübenden in ordentlicher Form gemacht werden. Da diese Requisitionen immer etwas grösser und für mehr Aufenthalt berechnet sind: so läßt sich immer eine Mäßigung nachsuchen; unterdessen muß sogleich für eine bestimmte Summe Rath geschaft werden. Von derlei Requisitionen ist immer der Provinzial-Rath in Kenntniß zu setzen und von ihm die Repartition zu erwarten.

8. Alle diese Requisitionen können sich nur auf Fleisch, Brod, Brantwein, Heu, Haber, Holz erstrecken, und auf

Letzteres nur sehr selten, höchstens im Falle einer Befestigung eines Platzes oder längern Campirung, Lazarethen ꝛc. Nie wird man hierüber Lieferanten oder Entrepreneurs gestatten, sondern die verschiedenen Contribuenten haben ihre anrepartirten Quoten gegen Scheine in Natura oder zu einem General-Magazin, oder Filial-Magazin oder Empfangsort zu senden, und sind dafür verantwortlich, so wie man auch dagegen öffentliche Rechnung pflegen wird.

9. Nur gegen legale Bons, worüber sich durch den Commandirenden wohl zu unterrichten ist, werden die verschiedenen Portionen und Rationen abgegeben, und zur Controlirung ist sich mit dem Commandirenden zu benehmen. Alle diese Lieferungen und Magazine müssen unter landesherrliche Beamte zur Aufsicht und Rechnungsführung gestellt werden.

10. Die Requisitionen müssen genau und pflichtmäßig auf alle wie immer Namen habenden Güter- oder Gründe-Besitzer umgelegt werden, und zwar ohne Ausnahme. Die grösseren Requisitionen und Repartitionen müssen pro ratificatione zum Ministerium des Innern, unter der Ueberschrift: Kriegssachen übermacht werden; so auch alle Anfragen in zweifelhaften Fällen.

11. Bey Vorspann ist besonders darauf zu sehen, daß die Ablösungen auf den Stationen eintreten und die Pferde nicht fortgenommen werden, worüber die Orts-Kriegs-Commissionen zu haften haben. Das Nämliche ist wegen requirirten Bothen zu beobachten.

12. Sowohl über die Einquartierung als den Vorspann müssen ordentliche Billets von der einschlägigen Kriegs-Commission vorgezeigt werden, sonst ist darüber nichts zulässig.

13. Bey einem großen Holz-Bedarf ist auf gleiche Art nach dem Artikel Nro. 10. zu verfahren.

14. Contributionen, wie sie immer Namen haben, finden einzeln oder in den Arrondissements von selbst nicht Statt, sondern derlei Vorfälle müssen, so wie alle andere Excesse, sogleich dem Commandirenden en Chef mit

einem zureichenden procès verbal zur Abstellung angezeigt und einberichtet werden.

15. Niemanden ist zu gestatten sich in die Verwaltung des Landes zu mischen, und es muß sich dagegen, als jedem bisher beobachteten Völkerrecht zuwider, durchaus mit all möglicher Kraft gesträubt werden, und über solche Vorfälle ist von selbst sogleich Anzeige bey dem Ministerium des Innern zu machen.

16. Zur Vorsorge müssen die öffentlichen Gelder und Kostbarkeiten, auch wichtigen Urkunden und Papiere in volle Sicherheit gebracht werden, jedoch nicht anders als mit Vorwissen des Provinzial-Rathes.

17. Posthäuser sind mit aller Einquartierung und Vorspann zu verschonen, und sie sind besonders dem Schutze des Militairs zu empfehlen.

18. Für Spitäler ist bedürfenden Falls besondere Sorge zu tragen; sie müssen in grosse gesunde Gebäude auf dem Lande gelegt, und alles Uebrige nach einschlägigen obigen Artikeln berichtigt werden.

19. Die Provinzial-Räthe haben sich sämmtlich über alle Verhältnisse gemeinschaftlich zu benehmen und einander Unterstützung zu leisten, so wie auch die Unterbeamten; und bey solch wichtigen Umständen wird man besonders den Diensteifer zu würdigen Gelegenheit haben, und daraus Anlaß zur allerhöchsten Empfehlung nehmen.

2925. — Den 27. October 1806. — A. Q.

Der Minister des Innern.

Publication zweier im Hauptquartier zu Bamberg am 7. d. M. erlassenen großherzoglichen Beschlüsse, wodurch der bisherige Magistrat der Stadt und des Amtes Düsseldorf aufgehoben, und an dessen Stelle eine Municipal-Verwaltung, unter einem Stadtdirektor nebst einem Beigeordneten, einem Polizei-Commissär und einem Stadtsecretär als Gehülfen, und einem Stadtrath von 12 Gliedern mit berathender Stimme, eingesetzt wird. Die Be-

fugniſſe der neu inſtallirten Behörden rückſichtlich der Verwaltung der Gemeinde-Einkünfte, der Polizeipflege ꝛc. werden ausführlich, und zugleich die Beſoldungen der gleichzeitig ernannten Beamten beſtimmt. (Conf. Nr. 2987.)

2926. — Im Hauptquartier zu Güſtrow den 4. Nov. 1806. — Q.

Die geſammte Verwaltung des Landſtraßen- und Brücken-Baues wird unter Leitung des Miniſters des Innern einem Ober-Inſpektor und 4 Inſpektoren übertragen.

2927. — Im Hauptquartier zu Güſtrow den 4. Nov. 1806. — Q.

Das im Herzogthum Cleve übliche Geſetz, welches den Bürgerlichen den Ankauf adlicher Güter verbietet, ſoll auf ein benanntes, zu Gunſten der Creditoren meiſtbietend zu veräuſſerndes Gut nicht angewendet werden.

2928. — Elten den 4. Nov. 1806. — P.

Die Beſitz-Ergreifung und Vereinigung mit dem Großherzogthum Berg der Stifter und Gebiethe Eſſen, Werden und Elten erhellet aus dem hier folgenden

Publicandum.

Nachdem Se. kayſerl. königl. Hoheit, der Großherzog von Berg ꝛc. ꝛc. unterm 25. October a. c. die Vereinigung der Stifter und Gebiete Eſſen, Werden und Elten mit dem Großherzogthum Berg zu verordnen geruhet, und dem Unterſchriebenen die Beſitzergreifung des letztgedachten Fürſtenthums mit aller Souveränität im Namen Höchſtgedachter Seiner kayſerl. königl. Hoheit aufgetragen haben; ſo mache ich dieſes, wie auch, daß ſolches zur Verwaltung dem Landräthlich Weſelſchen Kreiſe, beygelegt worden, und von nun an, alle Juſtitz-Polizey- und öffentliche Acte, im Namen und unter Souveräner Autho-

rität Sr. kayserl königl. Hoheit, ausgeübet werden soll, zu jedermanns Wissenschaft hierdurch bekannt. Elten den 4. Nov. 1806.

Großherzoglich Bergischer, zur Besitzergreifung und Verwaltung des Fürstenthums Elten allerhöchst ernannter Commissarius.

2929. — Den 7. Nov. 1806. — A. P.

Der Minister des Innern.

Die Mühlen der Stadt Düsseldorf sollen, zur Abhülfe des schlechten Mahlens, unter besondere Aufsicht der Lokal-Polizeibehörde genommen werden, wozu genaue Vorschriften ertheilt werden.

2930. — Den 30. Nov. 1806. — A. P. Q.

Der Finanz-Minister.

Publicandum wegen des von dem Großherzoge befohlenen Verkaufes eines Theiles der großherzoglichen Domainen und der Ablöse von Zehnten und Domanial-Prästationen, nebst einer Instruktion für die Verwalter der Domanial- und geistlichen Güter zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes.

2931. — Den 5. Dec. 1806. — A. Q.

Der Finanz-Minister.

Befehl an die Provinzial-Räthe, die Gränzen der in ihren Bezirken liegenden Kirchspiele, Gemeinden u. Honnschaften, als präparatorische Maaßregel zur künftigen gleichmäßigern Repartition der Steuern, ohnverzüglich möglichst genau durch die resp. Ortsvorstände begehen, ausmitteln und in ein besonderes Protocoll aufnehmen zu lassen, wozu denselben eine ausführliche Vorschrift ertheilt wird.

2932. — Den 11. December 1806. — A.

Der General der Bürger-Miliz.

Publication des von dem Miniſter des Innern genehmigten Organiſations-Planes der Düſſeldorfer Bürger-Miliz, welche aus zwei Regimentern Infanterie, aus einem Cavallerie-, einem Jäger-Corps und aus einer Artillerie-Compagnie beſtehen wird.

2933. — Den 16. December 1806. — P. Q.

Der Miniſter des Innern.

Da den Beamten und Amtsvorſtänden daran gelegen iſt, zu wiſſen, in welchen Fällen die Aemter zu den Verpflegungskoſten der Kinder der Inhaftirten oder Züchtlinge verpflichtet ſind, ſo habe ich für gut gefunden, nachſtehende darüber mit dem Finanzminiſterium gemeinſchaftlich feſtgeſetzten Grundſätze durch den Weg der Wöchentlichen Nachrichten zur öffentlichen Kunde zu bringen.

1. Wird eine Weibsperſon in dem Gefängniſſe entbunden, ehe ſie zum Zuchthauſe verurtheilt iſt, ſo werden nicht nur die Entbindungskoſten, ſondern auch die Unterhaltungskoſten des Kindes aus dem Brüchtenfond beſtritten.

2. Iſt ſie hingegen wirklich zum Zuchthaus verurtheilt, ſo werden gedachte Koſten aus jenem Ertrage, in ſofern derſelbe hinlänglich iſt, beſtritten, welchen das Zuchthaus jährlich aus der Landescaſſe erhält.

3. Das in dem Gefängniß oder Zuchthaus gebohrne, wie auch das mit der Mutter dorthin gekommene Kind kann bey derſelben nur bis zu einem Alter von 6 Monathen verbleiben, und muß demnächſt auswärts in Koſt und Pflege gethan werden.

4. Hat die Mutter zur Zeit der Verhaftung in irgend einem Amte innerhalb Landes ihr Domicilium gehabt, ſo müſſen die Unterhaltungskoſten eines ſolchen Kindes ſo

lange, bis es sich selbst ernähren kann, von gedachtem Amte, als eine Gemeinde-Last nach dem Kriegsfuße getragen werden.

5. Ist die Mutter hingegen eine Ausländerin, und es kann nicht bewirkt werden, daß die Gemeinde ihres Wohnortes die Unterhaltung dieses Kindes übernehme, so geschieht die Unterhaltung aus Landesmitteln.

6. Dieselben Grundsätze finden Statt, wenn Inhaftirte oder zum Zuchthaus Verurtheilte im Lande Kinder zurücklassen, welche sich noch nicht ernähren können; ingleichen, wenn Mannspersonen bey ihrer Verhaftung Kinder bey sich haben, welche der Mutter, weil dieselbe todt oder nicht auszuforschen ist, nicht zur Pflege gegeben werden können.

2934. — Warschau den 24. Dec. 1806. — Q.

Anstatt der Naturalstellung der Conscribirten, zu der am 25. August ausgeschriebenen Militair-Aushebung von 3000 Mann, wird es dem Arrondissement Elberfeld gestattet, für jeden zu stellenden Mann seines Contingentes die Summe von 200 Rthlr. in die Rekrutirungs-Casse zu zahlen.

2935. — Den 30. Dec. 1806. — Q.

Der Finanz-Minister.

Errichtung einer besondern Verwaltung für die Essen- und Werdenschen Kohlbergwerke, nebst provisorischer Ernennung des Personals und ausführlicher Festsetzung dessen Dienstverrichtungen.

2936. — Den 20. Jan. 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Mir ist aus mehrern Bezirken zu vernehmen gekommen, daß die zum Militär-Dienste geeignete junge Mann-

schaft die irrige Meinung aufgenommen habe, als ob sie durch Heirathen der Conscription entgehen könne, und daß um deßwillen viele Ehen vorzeitig, und ohne reifen Bedacht geschlossen würden. Nicht wenig auffallen mag es, wie solcher Irrthum sich habe verbreiten können, da schon in Gemäßheit zeitheriger Vorschriften der erste des letztverwichenen Monathes Oktober als die Zeitfrist bestimmet worden, nach welcher die später Verheiratheten unter diesem Titel keine Ausnahme von der Verbindlichkeit zu Kriegsdiensten mehr ansprechen dürfen. So wenig ich nun auf einer Seite gemeint bin, die gesetzmäßige Freyheit zu heirathen durch irgend eine harte Bedingniß zu erschweren, so sehr finde ich mich anderer Seits bewogen, dem angeführten Wahne durch die förmliche Erklärung zu begegnen, daß die nach der einmahl bestimmten Zielfeist auch mittelst eingeholter obrigkeitlichen Bewilligung begangenen Ehen an und für sich weder jetzt noch künftig einen Befreyuugsgrund von der Militär-Conscription gewähren.

Die Herren Landräthe werden hiernach Sorge tragen, jenen schädlichen, leichtfertiges Heirathen veranlassenden Irrthum in ihren Bezirken überall, wo derselbe sich eingeschlichen haben könnte, zu berichtigen, und zu dessen Verscheuchung auch die gegenwärtige Zurechtweisung öffentlich bekannt zu machen.

2937. — Im Hauptquartier zu Warschau den 26. Jan. 1807. — A. P. Q.

Auf Vortrag Unsers Finanzministers haben Wir verordnet und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Vom 1. Jänner 1807. an werden von allen Besoldungen der Staatsbeamten und übrigen Civil-Angestellten von jedem Range, welche einen den Betrag von 200 Rthlr. übersteigenden Jahrgehalt aus Unsern öffentlichen Cassen beziehen, zwey Procent zurückbehalten. Dieser Abzug wird einen Fond bilden, um die Pensionen derjenigen Staatsbeamten und Angestellten, welche sich in dem Falle befinden, die Versetzung in den Ruhestand erhalten zu können, wie auch um die Unterstützungsgelder zu entrichten, welche den Gattinnen und Kindern deren mögen zuerkannt werden, die mit Tode abgehen.

Art. 2. Bis zum 1ten Jänner 1815 wird der Betrag aller Penſionen, welche jetzt aus Unſern Steuerkaſſen entrichten werden, und deren Entrichtung aufhören wird, weil die Penſionirten entweder verſtorben, oder zu einem Amte befördert werden, zu dem Betrage der obigen Abzugsgelder geſchlagen, um dadurch den Fond der Quiescenzgelder zu vermehren. Während dieſer Zeit wird auch der Ertrag aller erledigten Dienſtſtellen hinzukommen; nach dem eben feſtgeſetzten Zeitpunkt aber von den erledigten Dienſtſtellen nicht mehr als der Ertrag eines Monates.

Art. 3. Die Staatsbeamten und Angeſtellten von jedem Range werden nach 30 wirklichen Dienſtjahren ein Recht auf den Ruheſtand haben. Die 30 Jahre werden von der Zeit angerechnet, wo ſie eine nach dem erſten Artikel dieſer Verordnung dem Abzuge unterworfene Beſoldung erhalten haben, oder von dem 20. Jahre ihres Alters an für den Fall, daß ſie bereits vor dieſem Alter eine Beſoldung hatten. Die Dienſtjahre der Referendarien bey unſerm Staatsrathe werden von dem Tage ihrer Ernennung an gerechnet, obgleich mit ihren Verrichtungen kein Gehalt verbunden iſt.

Art. 4. Um den Betrag der Quiescenz-Penſionen zu beſtimmen, welche jedem Staatsbeamten oder Angeſtellten gebühren, ſoll von den Beſoldungen, welche er die drey letzten Jahre ſeines würklichen Dienſtes bezogen hat, ein Durchſchnitt gemacht werden. Die Penſion beſteht alsdann für 30 Dienſtjahre aus der Hälfte des Gehaltes eines Jahres, und für jedes Dienſtjahr über die 30 Jahre aus einem zwanzigſten Theil der andern Hälfte; ohne daß ſich jedoch in irgend einem Falle das Maximum der Quiescenzgelder über vier Fünftel der letzten Beſoldung belaufen könne.

Art. 5. Wird jemand vor den 30 Dienſtjahren wegen ſchwacher Geſundheit zum Ruheſtand genöthiget, ſo wird ſeine Penſion für 10 Dienſtjahre auf ein Sechſtel, und ferner jedes Jahr über die 10 Dienſtjahre auf einen ſechzigſten Theil ſeiner Beſoldung beſtimmt.

Art. 6. Die Penſionen der quiescirenden Staatsbeamten und Angeſtellten werden weder auf ihre Wittwen noch auf ihre Kinder zurückfallen.

Art. 7. Die Wittwen derjenigen Staatsbeamten und Angestellten, welche fünfzehn Jahre gedient haben, erhalten, wenn sie sich in dürftigen Umständen befinden, zu ihrem Unterhalt eine Pension als Unterstützung. Diese wird bestehen aus einem Drittel jenes Betrages, auf den die Verstorbenen ein Recht gehabt hätten, wenn sie durch Krankheit zu dem Ruhestand wären genöthiget, und die die ihnen gebührende Pension zur Zeit ihres Absterbens wäre liquidiret worden. Diese Unterstützung wird in keinem Falle den Betrag von 400 Rthlr. übersteigen. Um diese Pension zu erhalten, müssen die Wittwen erweisen, daß sie seit 5 Jahren verheirathet gewesen, daß sie nicht geschieden von ihrem Manne gelebt haben, und daß sie kein reines Einkommen von 200 Rthlr. besitzen.

Art. 8. Wir werden jährlich einen gewissen Betrag aus dem Abzugsfond bestimmen, um diejenigen vater- und mutterlosen Waisen zu unterstützen, deren Väter als Staatsbeamten oder Angestellten 15 Jahre gedienet haben. Solche Unterstützungen werden nur solchen Individuen ertheilt, welche kein Mittel haben, sich selbst zu ernähren, und sie hören alsdann sogleich auf, wenn die Glücksumstände der Unterstützten sich hinlänglich verbessert haben, sie werden aber nie jemanden bewilliget, welcher bereits das zwanzigste Jahr erreicht hat, noch über dieses Alter hinaus fortbezahlt.

Art. 9. Die Verwaltung des Fonds der Quiescenzgelder und Pensionen wird einem Staatsrathe unter den Befehlen und der besondern Aufsicht des Finanzministers, anvertrauet.

Art. 10. Die Staatsbeamten und Angestellten, ihre Wittwen und Kinder werden alle Bittschriften um den Ruhestand und um Pensionen und Unterstützungen, bey jenem Minister einreichen, bey dessen Departement erstere angestellt sind oder waren. Finden die Minister die Gesuche geeignet, so stellen sie die Bittschriften demjenigen Staatsrathe zu, welcher mit den in dem vorigen Artikel bestimmten Verrichtungen beauftraget ist, damit dieser zu Ende jedes halben Jahres daruber einen General-Etat anfertige.

Art. 11. Am ersten Juny und am ersten Dezbr. jedes

Jahrs werden die Minister zusammentreten, und es wird der Aelteste nach der Dienstzeit das Präsidium führen.

Der mit der Verwaltung des Fonds beauftragte Staatsrath überreicht ihnen alsdann, 1) den Etat der bereits bewilligten Pensionen, 2) den Zustand des aus den einbehaltenen Prozenten gebildeten Fonds, einschließlich der allenfalls hinzugekommenen Zinsen, 3) den General-Etat der ihm zugestellten Gesuche um den Ruhestand, um Pensionen oder Unterstützungen, 4) seine Ansicht, wie die nach den befohlnen Zahlungen übrig bleibenden Gelder anzulegen seyen. Die Minister werden sich über alle diese Gegenstände berathschlagen, und Uns das Resultat vorlegen.

Art. 12. Die Gesuche der Angestellten, um in den Ruhestand versetzt zu werden, oder die Pensions-Gesuche der Wittwen werden nicht anders, als nach Maßgabe der disponibelen Fonds angenommen. Jene Gesuche, auf welche aus Mangel an Fond nicht verordnet werden kann, werden bis zum nächstkünftigen Jahre ausgestellt.

Art. 13. Die Besoldungen der Staatsbeamten und Angestellten werden vierteljährig entrichtet. Die desfallsigen Zahlungsverordnungen werden von dem Abzuge der zwey Prozent und von dem Betrage derselben bey jeder Zahlung Meldung thun.

Art. 14. Der Generalsteuerempfänger des Großherzogthums wird die Casse der Quiescenzgelder und Pensionen halten. Dem zu Folge werden alle besondern Empfanger ihm den Betrag der bey ihren Cassen einbehaltenen Prozente zukommen lassen.

Art. 15. Die Quiescenzgelder und Pensionen werden entweder durch den Generalsteuerempfänger oder durch die besondern Empfänger, welche die Zahlungsverordnungen erhalten haben, vierteljährig entrichtet. Die Quittungen derer, welche die Zahlungen empfangen, werden von den besondern Empfängern dem Generalempfänger zugestellt und eben so wie baare Zahlung angenommen.

Des Endes wird der Finanzminister dem Generalempfänger jedes Vierteljahr den Etat aller Pensionen mit dem Verzeichniß aller Cassen, welche Zahlungen zu leisten haben, zufertigen.

Die in den Etats und in den Verordnungen des Finanzministers genannten Individuen erhalten die Zahlungen gegen ihre Quittungen oder gegen die Quittungen ihrer Bevollmächtigten, vorbehaltlich aller durch die bestehenden Gesetze vorgeschriebenen Feyerlichkeiten.

Art. 16. Außer den Quiescensgeldern, den Pensionen und Unterstützungen, welche nach dem Jänner 1808 bewilliget worden, wird keine Zahlung aus dem Fond der Abzugsgelder geschehen. Alle wirklich bestehenden Ausgaben dieser Art, und diejenigen, welche im Laufe dieses Jahres verordnet werden, bleiben auf der Staatscasse haften.

Art. 17. Um den Ungewißheiten vorzubeugen, welche in der Folge über die Rechte derer, die Anspruch auf Quiescenzgelder, Pensionen oder Unterstützungen haben, entstehen durfen, werden alle Staatsbeamten und Angestellten Unsers Großherzogthums innerhalb der drey ersten Monate des Jahrs 1807 demjenigen Staatsrathe, welcher mit der Verwaltung des Fonds beauftraget ist, den Etat über ihre Dienstzeit und über die Nutzungen, welche sie gelegentlich der Stellen, die sie vorhin bekleideten, bezogen haben, einhandigen. Auf den Vortrag dieses Rathes werden Unsere Minister am 1sten December 1807 in einer Zusammenkunft einen Entwurf eines Uns vorzulegenden Decrets festsetzen, um die Zahl der Dienstjahre zu bestimmen, nach welcher jeder Staatsbeamte oder Angestellte vom 1sten Jänner 1808 an zu rechnen befugt ist.

Art. 18. Der mit der Verwaltung des Fonds beauftragte Staatsrath wird stets ein Namensverzeichniß aller Staatsbeamten und Angestellten halten, welche einen dem Abzuge unterworfenen Gehalt beziehen, und zu deren Gunsten die Zeit, nach welcher die Berechnung der Quiescenzgelder geschieht, zu laufen angefangen hat.

Jedesmal, wenn Unsere Minister Uns den Vorschlag thun werden, zu Unsern Diensten Individuen zu berufen, welche einem fremden Staate gedient haben, oder in Rücksicht der Wichtigkeit des Amtes, welches ihnen aufgetragen wird, nicht als Anfänger in ihrer Laufbahn angesehen werden können, werden sie Uns zugleich über die Bestimmung der Dienstjahre, nach welchen gedachte Indivi-

duen von der Zeit an, daß ſie in den Dienſt getreten ſind, in Rückſicht der künftigen Berechnung ihrer Quiescenzgelder zu zählen befugt ſeyn werden, den Vorſchlag machen.

Art. 19. Wenn Wir es gut finden werden, Penſionen oder andere Gratificationen, als diejenigen, welche durch gegenwartiges Decret beſtimmt ſind, zu bewilligen, ſo ſollen dieſelben nie aus der Abzugscaſſe genommen werden

Art. 20. Unſere Miniſter, jeder in ſo fern es ihn betrift, ſind beauftragt, gegenwärtiges Decret zu vollziehen.

Bemerk. Durch einen Miniſterial-Beſchluß vom 20. Febr. 1810 iſt nachträglich beſtimmt worden, daß alle Gehälter, welche 600 Fr. überſteigen, dem Abzug von 2 p. %. (vid. Art. 1.) unterworfen ſind. (Conf. Lit. T.)

2938. — Hauptq. zu Warſchau den 26. Januar 1807. — A. P. Q.

Die Unſer Großherzogthum Berg bildenden Provinzen waren ſich lange einander fremd, und faſt alle entweder im Rechnungsjahr, oder im Syſtem der Auflagen ſelbſt unter ſich verſchieden. Wir haben mithin nöthig gefunden, für Unſere geſammten Staaten ein gemeinſames Rechnungsjahr und eine einförmige Art der Auflagen einzuführen. Aus dieſem Grunde haben Wir auf den Vortrag Unſeres Finanzminiſters verordnet und verordnen wie folgt:

Art. 1. Von dem Jahr 1808 an ſoll das Gregorianiſche Jahr für Unſer Großherzogthum das allgemeine Rechnungsjahr ſeyn; folglich werden alle, den Staat, die Provinzen, die Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen betreffende Rechnungen alsdann und künftig, jährlich am 1ten Jänner anfangen, und am letzten Tage des Monathes Dezember geſchloſſen werden.

Art. 2. Von der nähmlichen Epoche vom 1. Jänner 1808 an zu rechnen, werden die Auflagen, Steuern, Rechte und Anſchläge jeder Art in dem ganzen Umfange Unſerer Souveränität einförmig regulirt, und ſo viel mög-

lich mit verhältnißmäßiger Gleichheit auf das Vermögen der Beytragspflichtigen umgelegt.

Art. 3. Damit alle Rechnungen zusammentreffen und der erste Artikel ordnungsmäßig vollzogen werde, sollen Unsere Minister, jeder in seinem Departement, für alle Zweige der General-, Provinzial-, oder Kommunal-Verwaltung, eine Mittelrechnung einführen, welche am 1ten Jänner 1808 geendiget seyn soll.

Alle Maßregeln, die Uns von diesem Tage an vorgeschlagen werden, müssen so geartet seyn, daß sie mit der Verordnung des gegenwärtigen Artikels übereinstimmen.

Art. 4. Zur Vollziehung des zweyten Artikels soll der Finanzminister, von jetzt bis nächsten ersten May, in jeder Gemeinde eine pünktliche und umständliche Aufnahme des gesammten Grundeigenthums mit der Schätzung des steuerbaren Ertrages machen lassen. Die Besitzer sind in dieser Hinsicht gehalten, die Erklärungen, welche von ihnen gefordert werden, unter der Strafe abzugeben, daß sie als verzichtend auf jene Gegenstände, die sie nicht aufrichtig angeben, angesehen werden sollen.

Art. 5. Spätestens in dem Laufe des nächstkünftigen Monaths Juny, soll uns das Büdjet für das Jahr 1808 vorgelegt werden, damit die Umlage der nöthigen Auflagesummen, nachdem sie von Uns bestimmt worden sind, auf die Provinzen, die Arrondissements und die Gemeinden so geschehen könne, daß alle Steuerbücher vollendet, genehmiget und darnach am 1. Jänner gedachten Jahres der Empfang angefangen werden könne.

Art. 6. Die Minister werden gemeinschaftlich Uns ein Reglement vorlegen, um die Epoche, wo jeder Rechner die Jahresrechnung seiner Geschäftsführung ablegen muß, zu bestimmen. Die jedem nach dem Abflusse des Jahrs zu bestimmende Frist wird nach der Eigenschaft und der Ausdehnung seiner Dienst-Verrichtungen festgesetzt. Das Resultat der General-Rechnung wird Uns jährlich vor dem 1ten July mit dem Büdjet für das künftige Jahr vorgelegt, damit regelmäßig vor Ende des Monaths Dezember alle präparatorische Arbeiten für den Dienst des neuen Jahres vollendet seyen, so wie Wir solches durch

den vorhergehenden Artikel für den Dienſt des Jahrs 1808 vorgeſchrieben haben.

Art. 7. Unſere Miniſter, jeder in ſo weit es ihn betrifft, ſind mit dem Vollzug der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

2939. — Den 16. Febr. 1807. — P. Q.

Der Miniſter des Innern.

Die ſtattfindenden Mißbräuche bei der Conſtatirung von Criminal-Verbrechen, Diebſtälen ꝛc. in Rückſicht der von den Beamten berechnet werdenden Diäten und Koſten werden ernſtlichſt verboten, und das bei ſolchen Fällen zu beobachtende Verfahren ausführlich vorgeſchrieben.

2940. — Den 19. Febr. 1807. — A. P. Q.

Der Miniſter des Innern.

Die vorige Regierung hatte zwar den in dem Bergiſchen Lande eingeriſſenen Mißbrauch, bey Kirchweihen, öffentlichen Prozeſſionen und andern Feyerlichkeiten die Kirchen, Straßen und Häuſer, zumal die Wirthshauſer, mit Heiſtern und Mayen zu ſchmücken, die Prozeſſionen in Aufzügen von jungen Burſchen mit Schießgewehren, in lächerlichen Verkleidungen, mit bunten Röcken, Treſſen, Bändern und Federbüſchen, zu begleiten, und zu ſchießen, durch mehrere Verordnungen verboten; ohne daß aber dieſem Verbote überall Folge geleiſtet worden ſey.

Da nun unter der jetzigen glorreichen Regierung durchaus ſtrenge Polizey in dem Großherzogthum Berg gehandhabet werden ſoll: ſo kann das Miniſterium des Innern gedachten, der Forſtcultur nachtheiligen, in Rückſicht der zu befahrenden Unglücke und Feuersgefahr, polizeywidrigen, zudem den ehrwürdigen Gottesdienſt nicht ſelten entehrenden Mißbräuchen nicht länger ruhig zuſehen, und erneuert daher die deshalb bisher beſtandenen Verordnungen, wie folgt.

Weder bey Kirchweihen, noch ohne besondere Ministerial-Erlaubniß, bey sonst irgend einer öffentlichen Feyerlichkeit ist es erlaubt, Kirchen, Straßen oder Häuser, es sey in Städten oder auf dem Lande, mit Heistern oder Mayen, dieselben mögen in fremden oder eigenen Büschen gewachsen seyn, zu schmücken.

Wer diesem Verbote entgegen handelt, zahlt eine angemessene, sich wenigstens auf 12 Rthlr. belaufende Geldstrafe; und die Heister oder Mayen werden zum Vortheil der Armen des Orts auf der Stelle confiscirt.

Obgleich es ganz in der Ordnung ist, daß an Oertern, wo wirkliches Militar oder eine förmlich organisirte Nationalgarde oder Bürgermiliz besteht, diese zur Verherrlichung der Feyerlichkeit und zur Handhabung der Ordnung die Prozessionen begleiten: so dürfen dennoch bey denselben keine andere Aufzüge mit Schießgewehren in ungewöhnlichen Kleidungen und Verzierungen geduldet werden. Das Schießen bleibt nach der allgemeinen Verordnung bey diesen Feyerlichkeiten auf jeden Fall untersagt.

Wer diesem Verbote entgegen handelt, mird angemessen bestraft.

Den sämmtlichen Herrn Provinzialräthen, Polizeybeamten, Magistraten, Schöppen und Vorstehern, und vorzüglich den Forstbeamten und Förstern wird es zur Pflicht gemacht, auf die strengste Beobachtung der gegenwärtigen Verordnung zu wachen; und damit niemand Unwissenheit vorschützen könne, soll dieselbe nicht nur in das hiesige Wochenblatt eingerückt, sondern auch von allen Kanzeln verkündiget werden. (Conf. Nro. 3079.)

2941. — Den 1. März 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Die Deserteure von den großherzoglichen Truppen, und die denselben gleichgestellten Militärpflichtigen, welche vor oder nach der Loosung der Conscribirten entweichen, sollen durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden. Auf den Grund der Bekanntmachung müssen die Behörden

die persönliche Verhaftung und Einlieferung der Deserteure betreiben, und jedenfalls die Confiscation und resp. den Beschlag des gegenwärtigen und künftigen Vermögens derselben bewerkstelligen. Diejenigen, welche die Conscribirten verheelen, ihre Entweichung oder etwaige Auswanderung befördern und veranlassen, werden als Mitschuldige an dem Desertionsverbrechen nach der Strenge der Gesetze bestraft.

2942. — Den 4. März 1807. — A. Q.

Der Finanz-Minister.

Reglement über die künftig stattfindende Art des Steuerempfangs, über die den Empfängern obliegende Verbindlichkeit, jeden Monat $\frac{1}{12}$ des ganzen Steuerbetrags von den Steuerpflichtigen zu erheben und einzuzahlen, über die Pflicht der Empfänger, in den von ihren Wohnorten eine Stunde entlegenen Kirchspielen jährlich 6mal Lokal-Empfänge persönlich zu halten, und über die denselben zustehenden Zwangsmittel zur Eintreibung der Steuer-Rückstände.

2943. — Den 5. März 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachung der festgesetzten Grundsätze, welche bei der Abnahme von Holz-Lieferungen für den Wasserbau von den Beamten und Lieferanten beachtet werden müssen.

2944. — Den 7. März 1807. — A.

Der Finanz-Minister.

Die Gebühren der Landmesser für die Vermessung und zweifache Chartierung (im Maaßstab wie 1 = 1800) der Domanial-Güter werden von Gütern von und unter 20 Morgen, auf 8 Stbr. pr. Morgen, von 20 bis 50 Morgen,

auf 7 Stbr. pr. Morgen, und von 50 Morgen und darüber auf 6 Stbr. pr. Morgen bestimmt.

2945. — Den 12. März 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Bestimmung, daß bei der großen Menge der falschen, preußischen Groschen niemand gehalten ist, andre als die im Großherzogthum geprägten Dreistüberstücke anzunehmen.

2946. — Den 15. März 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Das gesundheitspolizeiwidrige Schlachten der Kälber, unter einem Alter von wenigstens 3 Wochen, wird bei Confiscations- und angemessener Polizei-Strafe allgemein verboten.

2947. — Den 17. März 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Zu den Polizey-Gesetzen, welche sich in den letzten Zeiten fast aus dem Gesichte verloren haben, gehört auch die Jagd-Ordnung. Diebereyen, vornehmlich im Hasenfangen durch Schlingen, sind eingerissen, und die Jagden werden, selbst von Jagd-Berechtigten, ohne gesetzmäßige Schonung behandelt.

Es ist der Wille Sr. Kaiserlich-Königlichen Hoheit, daß strenge Ordnung in die Ausübung der Jagdgerechtsame eingeführet, und die bestehende Vorschrift unter einigen, zu den Verhältnissen und der jetzigen Beschaffenheit der Cultur passenden, Modifikationen erneuert werde.

Hohe Jagd.

Nach der Bergischen Jagd- und Forstsatzung vom Jahr 1761 dürfen Hirsche vom 24. Juny bis den letzten August

mit Ausnahme der Thiere, — Schwarzwildpret vom 16. October bis zum 6. Januar, — Rehegeissen gar nicht, — geburscht, gefangen, oder geschossen werden.

In dem Brüchten-Reglement vom Jahr 1802 wird die Strafe von der Uebertretung dieser Vorschrift für das erste Mahl auf 25 Rthlr. nebst 4 Rthlrn. für den Anzeiger festgesetzt; das zweyte Mahl soll dieselbe der Ober-Forst- und Jagd-Behörde angezeigt werden, um das Weitere nach den Edicten zu verfügen.

»Diese Bestimmungen werden hierdurch für das ganze »Großherzogthum erneuert; in Ansehung der Reheböcke »aber, worüber in den bisherigen Satzungen nichts be»stimmt ist, wird besonders verordnet, daß diese nur vom «24ten Juny bis den letzten November von den dazu Be»rechtigten geschossen werden dürfen.

Kleine Jagd.

Die Schieß- und Fangzeit des kleinen Weidewerks wird, in vorerwehnter Jagd- und Forstsatzung, vom 24ten August bis zum letzten Februar festgesetzt. Diese Bestimmung erheischt eine Einschränkung. Gewöhnlich ist der Landmann zu jener Zeit mit Abmähung der Sommerfrüchte beschäftigt, ein Theil davon steht noch auf dem Halme, und die Jagderöffnung muß zur Verhütung der Beschädigungen ausgesetzt werden.

Was die Beschlußzeit betrifft, so steht zu erwehnen, daß die Feldhühner durch die Zunahme der Cultur, durch das Ausrotten der Hecken und Sträuche, und überhaupt durch das Rotten ihre Schutzwehre verloren haben. Der häufige Kleebau ist auch der Vermehrung nachtheilig, weil viele Bruten beym Abmähen verdorben werden.

Wenn nun die mörderische Habsucht eines Jägers die im Schnee sich dicht beysammen drängenden Reste der Ketten in einem Schusse zernichtet; wenn er fortfährt, die im Februar sich begattenden Hasen, und die alsdann meist trächtigen Häsinnen umzubringen; so kann der höchste Wille Sr. Kaiserlich-Königlichen Hoheit unmöglich zur Erfüllung gedeihen. Es wird daher wegen der kleinen Jagd folgende Bestimmung erlassen:

»Die Fang- und Schießzeit der Feldhühner wird vom »ersten September bis zu Ende Novembers, die der Ha»sen vom 1ten Sept. bis zu Ende Januars festgesetzt.

»Diese Bestimmung erstreckt sich auf alle Provinzen »des Großherzogthums. Wo die Vorschrift einer spätern »Eröffnung der Jagd vorhanden ist, hat es bey dieser »sein Bewenden. Auf der Uebertretung haftet die nämli»che Strafe, welche bey der hohen Jagd bestimmt ist.

Bestrafung der Wilddiebe.

Ein unschicklicher Hang zum Jagen hat Manchen im gemeinen Leben zu gefährlichen Exzessen geführt, und oft den Grund zum Untergange des häuslichen Wesens gelegt. Kein gebildeter Mensch wird Wilddieberey ausüben, und der ungebildete muß durch ernsthafte Maßregeln in Ordnung gehalten werden.

Die Brüchtentaxe bestimmt die Bestrafung der Jagddefraudationen nach der Gattung des geraubten Wildes; geeigneter ist es, das Unternehmen der Jagdstreiferey mit Rücksicht auf Umstände und Natur des Vergehens nach folgendem Maßstabe zu bestrafen, welcher hiermit bestimmt wird:

»Wer mit Jagdgeräth in einer Jagd ertappt wird, wo»zu er nicht berechtigt ist, soll nach den Umständen mit »einer Geldbuße von 10 bis 50 Rthlr., wie dieses in »dem Brüchten-Reglement bestimmt ist, oder mit verhält»nißmäßiger Gefangnißstrafe belegt werden.

»Junges Wild auffangen, Federwildpret in der Brut »stören, oder Eyer wegtragen, wird nach den Umstän»den und nach der bisherigen Bestimmung mit einer Geld»buße von 5 bis 25 R., oder verhältnißmäßigem Arreste be»straft. Der Landmann soll seine Kinder und Dienstbo»boten vor Vergehen dieser Art ernstlich warnen, und »nach Bewandniß der Sache verantwortlich gehalten »werden.

»Die Schlußzeit der in Servituten stehenden Waldun»gen, welche nach der bisherigen Bestimmung am 1ten

» Juny geöffnet wurden, wird bis zur Eröffnung der ho-
» hen Jagd, nämlich bis zum 24ten Junius verlängert. »

Verbot auſſer der Jagdzeit Wild zu verkaufen.

» Auſſer der Fang- und Schießzeit ſoll kein Wildpret
» auf den Märkten erſcheinen oder feilgeboten werden; das
» Wildpret wird konfiszirt und der Verkäufer wird wie
» ein Uebertreter der Jagd-Polizey-Geſetze geſtraft. Er
» mag Erſatz an dem ſuchen, der ihm das Wild geliefert
» hat.

» Nach Bewandniß der Umſtände wird die nämliche
» Strafe gegen den Ankäufer Statt haben, vornehmlich,
» wenn das Wild auf eine unerlaubte Weiſe beſtellt, oder
» heimlich gebracht wird.

» Auch aus dem Auslande ſoll, damit Unterſchleife
» vermieden werden, in verbotener Zeit kein Wild zum
» Verkauf eingebracht werden; jedoch wird die Strafe in
» dem Falle gemildert oder nachgelaſſen, wenn ſich bey
» der Unterſuchung Wahrſcheinlichkeit oder Gewißheit er-
» gibt, daß der Verkäufer mit dem Verbote unbekannt,
» und daß das Wild wirklich aus dem Auslande einge-
» bracht ſey.

» Uebrigens bleibt es in Fällen, worüber hier nichts
» beſonders beſtimmt worden, bey den beſtehenden Jagd-
» ſatzungen, und bey dem Brüchten-Reglement vom Jahr
» 1802. »

Dieſe Verordnung ſoll zum Drucke befördert, öffentlich bekannt gemacht und angeheftet, auch bey den Herrn-Gedingen verleſen werden. Alle Civil- und Jagdbeamte, ſo wie die Polizey-Behörden in den Städten werden die möglichſte Aufmerkſamkeit verwenden, daß dieſelbe in allen Puncten ſtrenge beobachtet werde.

2948. — Den 21. März 1807. — A. P.

Der Miniſter des Innern.

Zu dem wieder anfangenden, unentgeldlichen Lehr-Cur-

ſus in der Entbindungskunſt ſollen aus den Aemtern, wo approbirte Hebammen fehlen, qualifizirte Frauenzimmer nach Düſſeldorf geſendet werden, welchen im Falle der Unvermögenheit während der dreimonatlichen Dauer des Curſus ein tägliches Koſtgeld von 20 Stbr. aus Amtsmitteln zuerkannt werden kann. Die Theilnahme ſteht auch jedem andern, vorſchriftmäßig qualifizirten Lehrling offen, jedoch ohne Anſpruch auf Koſtgeld.

2949. — Im Hauptquartier zu Oſterode den 28. März 1807. — A.

Einführung eines allgemeinen Papier- und Spielkarten-Stempels im Großherzogthum Berg. — Beſtimmung der Größe des Papiers und der Form des Stempels. — Feſtſetzung der Stempelgebühr, 1) nach der Größe des Papiers, 2) nach dem Verhältniß der Summe, für Handlungspapiere und verkäufliche Briefe, und für Verhandlungen über bewegliche und unbewegliche Sachen. — Bezeichnung der Fälle, in welchen die verſchiedenen Arten der Stempelgebühren in Anwendung kommen müſſen, und der desfallſigen Ausnahmen. — Beſtimmung der Verbindlichkeiten der Advokaten, Notarien, Gerichtſchreiber u. a. öffentlichen Behörden und aller Privatleute, in Bezug auf die Stempel-Auflage. — Feſtſetzung der auf den Stempel-Contraventionen haftenden Strafen und der den Stempel-Beamten obliegenden Verfolgungen und Inſtanzen gegen die Contravenienten. — Die Verwaltung der Stempel-Auflage wird den Domainen-Empfängern unter der Leitung eines General-Adminiſtrators und unter Aufſicht des Finanz-Miniſters überwieſen. (Conf. Nro. 2956, 2960, 2961 u. 2978.)

2950. — Den 30. März 1807. — A. P. Q.

Der Miniſter des Innern.

Die Verordnung vom 25. Auguſt 1795 (Nro. 2446) wegen der Zahlungspflichtigkeit der vermögenden Gefangenen aus eigenen Mitteln ihrer Verpflegungs und Bewachungskoſten wird zur pünktlichſten Beobachtung erneuert.

2951. — Den 10. April 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Dem Ministerium des Innern ist die Anzeige geschehen, daß der Nachtigallen-Fang in mehrern Aemtern des Großherzogthums Berg so überhand nehme, daß ganze Gegenden den angenehmen Nachtigallen-Gesang mit der Zeit würden entbehren müssen, wenn nicht gedachtem Unfuge durch eine zweckmäßige Verordnung noch bey Zeiten Einhalt geschehe. Das Ministerium hat sich daher bewogen gefunden, nachstehende allgemeine Verordnung zu erlassen.

Art. 1. Das Fangen der Nachtigallen ist durchaus verboten. Wer dagegen frevelt, zahlt für jede Nachtigalle, nebst dem Verlust derselben, eine Polizeistrafe von vier Rthlr.

Art. 2. Niemand darf in Zukunft eine Nachtigalle, ohne Rücksicht, ob sie hier im Lande oder im Auslande gefangen worden, in einem Käfig, oder sonst eingeschlossen aufbehalten; widrigenfalls verfällt er in eben dieselbe Polizeystrafe.

Art. 3. Diejenigen, welche wirklich Nachtigallen besitzen, sind verpflichtet, der Polizeybehörde ihres Wohnortes davon in 8 Tagen, von dem Tage der Verkündigung dieser Verordnung an, Anzeige zu thun, und für die Erlaubniß, eine Nachtigalle ein Jahr lang behalten zu dürfen, sogleich zwey Rthlr. edictmäßig zur Armencasse zu erlegen. Dieselbe Abgabe zur Armencasse muß der Besitzer in den folgenden Jahren, wenn er die Nachtigalle alsdann noch hat, jedesmal in den zehn ersten Tagen des Maymonates unaufgefordert bey der Polizeybehörde für die Armencasse erlegen. Wer hierin säumig ist, zahlt an Statt der 2 Rthlr. zur Armencasse den Betrag von sechs Rthlr.

Art. 4. Derjenige, welcher eine Nachtigalle von dem jetzigen Besitzer erhalt, ist gehalten, solches so fort der Polizey anzuzeigen, damit diese untersuchen könne, ob nicht etwa, um dieser Verordnung auszuweichen, ein Unterschleif Statt finde. Wird diese Anzeige unterlassen, so wird der neue Besitzer der Nachtigalle eben so gestraft, als wenn er sie gefangen hätte.

Art. 5. Wer gar ein Nachtigallen-Nest ausbebt, wird nicht mit Geld, sondern mit angemessenem Polizeygefangniß gestraft. Da dies aber gewöhnlich nur von muthwilligen und unbesonnenen Knaben geschieht; so werden die Eltern und Schullehrer aufgefordert, gegenwärtiges Gebot den Kindern einzuschärfen, und ihnen überhaupt, in Rücksicht des Ausbebens der Nester unschädlicher Vögel, vorzüglich der durch ihren reizenden Gesang die Natur verschönernden Nachtigallen, reinere Empfindungen und richtigere Begriffe beyzubringen.

Art. 6. Wer obige Polizeystrafen zu zahlen unvermögend ist, erhält eine andere angemessene Polizeystrafe.

Art. 7. Gegenwärtige Verordnung soll durch das Wochenblatt und von allen Kanzeln bekannt gemacht werden. Alle Landräthlichen und Polizeybehörden wie auch die Vorsteher der Armenkassen haben auf die genaue Befolgung derselben zu wachen; und es haben die Vorsteher in den Kirchspielen und Honnschaften in ihren monatlichen Polizeyberichten zu bemerken, wenn dieser Verordnung irgend entgegen gehandelt werden sollte.

2952. — Den 14. April 1807. — P.

Der Minister des Innern.

Den Beamten wird die Entfernung aus ihren Amtsbezirken ohne Urlaub ihrer vorgesetzten Kreis- oder Ministerial-Behörde streng verboten.

2953. — Den 16. April 1807. — A.

Der Finanzminister.

Eine generelle förmliche Vermessung und Abschätzung sämmtlicher im jetzigen Großherzogthum Berg gelegenen Grundstücke würde sicher das richtigste Mittel seyn, einen zuverlässigen und möglichst gleichen Anschlagsfuß zur allgemeinen real Besteuerung zu erhalten. — Weil aber der Vollzug einer solchen Vermessung und Abschätzung jeder einzelnen Stücke, erst nach mehrern Jahren erwartet wer-

den kann, und also theils bey der großen Unvollkommenheit, und theils selbst bey völligem Mangel der Steuer-Cataster in einigen Gegenden des jetzt vereinigten Großherzogthumes, ein einfacheres Hülfsmittel zu ergreifen nöthig ist, wodurch wenigstens ein vorläufiger Anschlagsfuß, mit Vorbehalt einer vollkommenern Berichtung desselben, erreichet werden kann; so wird des Endes folgendes verordnet:

§. 1. Die Grundsteuer ist ein allgemeiner und zwar ein real-Beytrag zu den Landes Exigentien, folglich müssen zu selbiger aller Grund und Boden nach seinem Flächen-Inhalt und Güte ohne Unterschied ohne Gestattung irgend einer Exemption in Anschlag und Beitrag kommen.

§. 2. Dem Landrathe ist in seinem Arrondissement die obere Leitung und Ausführung dieses wichtigen Geschäfts aufgetragen.

§. 3. Um die Stelle einer zu viel Zeit erfordernden allgemeinen Vermessung vorläufig zu ersetzen, hat der Landrath an alle unter ihm stehende Landgerichte und Magistrate zu befehlen, in dem zu ihrem Land- oder Stadtgericht gehörenden Umfange die Anschlags-Rollen unverzüglich verfertigen zu lassen, und zwar folgender gestalt:

§. 4. Weil jeder Landgerichts- oder Magistrats-Bezirk wieder in kleinere z. B. Honnschaften, Bauerschaften ꝛc. in administrativer Hinsicht, abgesondert ist; so mussen, sowohl wegen geschwinderer Unternehmung von allen Seiten, als weil in kleinen Districten, einer den Besitz des andern eher und besser kennt, die partielle Rollen, in den kleinsten Abtheilungen z. B. in den Honnschaften oder Bauerschaften selbst, vorgenommen und verfertiget werden.

§. 5. Das Landgericht oder der Magistrat läßt solches also von den Kanzeln, mit Bestimmung einer Tagesstunde und des Ortes publiciren, wo jeder Honnschafts-Eingesessene, oder auch in Ermanglung dessen, der Leibzüchter, Pächter, kurz die, die Grundstücke in Nutzung, Aufsicht und Kenntniß habende Person erscheinen, und vor denen vom Landgericht dazu beauftragten legalen Orts-Scheffen oder Vorstand, und diesem vom Landge-

richt zur Protokollführung beigegebenen Schreiber, sodann den drey aus der Gemeinde selbst dazu gewählten sachkündigen und redlichen Eingesessenen, die Morgenzahl alles ihres Grundbesitzes, getreulich, nach bestem Wissen, und unter Strafe der durch die Konstitutionelle Landesgesetze verhängten Confiscation desjenigen, was sie gröblich und vorsetzlich verschweigen werden, angeben sollen.

§. 6. Die Angabe darf aber nicht bloß wörtlich geschehen, sondern sie muß mit Beweisstücken gleichzeitlich zur Stelle belegt werden; welche Beweisstücke also jeder Erscheinende, schon bey seiner Comparition mit sich bringen und offen legen muß.

§. 7. Diese Beweisstücke sind jede Art legaler Urkunden über das Grund-Eigenthum, worin die Morgenzahl angeführt ist; und dahin gehören die letzten Kaufbriefe, Pachtbriefe, Theilzettel, mit einem Worte, der Titel den jeder für seinen Besitz aufzuweisen hat.

§. 8. Gibt der Erscheinende vor, daß er, weil etwa der Eigenthümer abwesend ist, nicht von diesem, und auch wegen seines eigenen temporairen Besitzes, keine die Morgenzahl nachweisende Urkunden besitzen und produciren könne, so werden zur Stelle vom vorsitzenden Scheffen oder Vorsteher zwey redliche sachkündige Miteingesessene aus derselbigen Gemeinde ernannt, welche unverzüglich mit dem Erschienenen, die von selbigem unter seiner stäten Verantwortlichkeit getreu anzugebenden Grundstücke, auf Ort und Stelle zu betreten, sie nach genommenem Augenschein sowohl wegen des Gehaltes der Morgenzahl, als der Güte des Bodens zu taxiren, diese Morgenzahl und Taxe eines jeden Stückes gleich aufzuschreiben, und dem vorsitzenden Scheffen diesen spezificirten Anschlag einzureichen haben; welcher dann in die Blätter des Aufnehmungs-Protokolls, und aus diesem nachher in die Rolle, eingetragen wird.

§. 9. Sollte bei der Classification der Waldungen, Büsche, Gemarken, oder auch der zwar noch uncultivirt liegenden, aber doch zur Holz Cultur bestimmten Grundstücke, über die Classe, wohin sie nach der Güte ihres Bodens gehören, so wie auch über den Anschlag der jährlichen Einträglichkeit der Holzungen, eine Ungewißheit

entstehen, so ist alsdann, statt der im vorigen Paragraph erwähnten zwey Ackerverständigen, nur Einer derselben, und an die Stelle des zweyten, ein legaler Ober- oder Revier-Förster (je nachdem einer von diesen letztern am nächsten zur Hand ist) zur Besichtigung und Schätzung zu adhibiren.

§. 10. Was die Schätzung der Güte des nutzbaren Bodens betrifft, so ist selbige nach der dem Boden des Stückes selbst eigenen innern Güte, in drey verschiedene Classen nämlich: Besten, Mittelmäßigen und Schlechtesten einzutheilen; und dabey weder zur Verringerung des Anschlags darauf zu sehen, ob ein schlechter Ackerwirth den Boden verschlimmert, noch zur Verhöhung des Anschlags, ob ein guter Ackerwirth den Boden (z. B. Sandschellen) in jetzt gutes Ackerfeld, verbessert hat. Eben dieses ist auch bei der Classificirung der Wiesen, Weiden und vorzüglich der Büsche zu beobachten, falls letztere durch übermäßiges Hauen, unterlassene Anpflanzung ꝛc. verdorben worden sind.

§. 11. Nur derjenige Boden, welcher wegen seiner innern ganz unfruchtbaren Qualität gar nicht cultiviret, noch cultivirlich, und auch sonst nicht nutzbar ist, kommt in eine abgesonderte vierte Klasse.

§. 12. Alle Hausplätze der Wohnhäuser sind mit ihrem eigenen Flächenraum und demjenigen der Nebengebäude, Stallungen, Scheunen ꝛc. so wie auch mit den Hofsplätzen, Baumgärten, Gärten, Wasserbehälter ꝛc. welche mit dem Wohnhause in einem Umfang, Mauren, Hecken, ꝛc. zusammen gehören, alle ohne Unterschied, und mit ihrem ganzen Flächen Inhalt, in die Classe der besten und einträglichsten Art Grundstücke aus der ganzen Honnschaft, zu setzen.

§. 13. Die auf dem Hausplatz ꝛc. stehenden Gebäude selbst, sie mögen groß oder klein, in schlechtem oder gutem Zustande seyn, kommen hierbey in gar keinem Anschlage, sondern blos die Flächen Größe der Area wird, wie eben gedacht, in die Tabelle so bemerkt, als wenn keine Baulichkeiten darauf ständen.

§. 14. Derjenige, welcher den Flächen Inhalt seines Besitzes angibt, hat dabey auch zugleich die Qualität der

innern Güte eines jeden seiner Stücke vorzuschlagen; finden aber die der Rollen-Verfertigung vorsitzenden Scheffen und drey Eingesessenen den Anschlag des Eigenthümers unverhältnißmäßig, so bestimmen sie selbst nach Eid und Gewissen unter sich, durch die Mehrheit der Stimmen die Klasse, in welche das Grundstück seiner Qualität nach zu stellen ist, und schreiben es ohne weiters dahin ein.

§. 15. Wenn aber aus jenen die Hounschafts-Rollen verfertigenden Personen nicht wenigstens, ausschließlich des Schreibers, drey derselben, das Grundstück, wovon die Frage ist, so genau nach seiner Qualität des Bodens kennen, daß sie es auf ihren Eid übernehmen können, die Classifizirung desselben zu verrichten, so schicken sie zur Stelle, eben so wie bereits §. 8. und 9. gedacht worden, zwey andere sachkündige und unpartheiische Eingesessene ab, denen der Besitzer das Grundstück an Ort und Stelle anzeigt, damit die Abgeschickten dasselbige untersuchen können, und darauf unverzüglich dem Scheffen und drey Beysitzern schriftlich einzureichen haben, in welche Classe der Bonität jedes Stück einzurücken ist, und solchergestalt gleich im Aufnahme Protokoll eingerückt werden muß.

§. 16. Bey der zur Classification geschehenden Schätzung kommt es gar nicht auf die Lage der Grundstücke an, noch ob sie mit Schulden, Zehnten, Zinsen, oder andern Lasten und Abgaben belegt sind, oder nicht; sondern blos die innere eigenthümliche Güte des Grundstückes selbst entscheidet darüber, in welche der obengedachten Classen es zu stellen ist.

§. 17. Lit. A. werden hiebei eine hinlängliche Anzahl gedruckter Aufnehmungs-Protokolle gelegt, worin die verschiedene Art der Grundstücke, und zugleich die drey Classen der nutzbaren Stücke, sammt einer allgemeinen Colonne für sämmtliche ihrer durchaus schlechten Eigenschaft halber nicht cultivirlichen noch nutzbaren Grundstücke, in der Ueberschrift bemerkt sind. — In dieses Protokoll, wovon für jeden Eingesessenen der Commüne und dessen gesammten Besitz in derselben, ein besonderes Blatt, oder wo nöthig auch mehrere in der Nummer nach einander folgende Blätter genommen werden, sind die angegebenen einzelnen Grundstücke gleich untereinander dergestalt einzuschreiben, daß nur in der Colonne, welche Benutz-

ungs-Art der Stücke überschrieben ist, bemerkt wird, ob das Stück Ackerland, Wiese, Holzung ꝛc. ist; und seine Flächen-Größe wird dann darneben in diejenige Classen-Colonne bemerkt, in welche es gehört.

§. 18. Der zur Rollen-Aufnahme ernannte Schreiber hat die §. 7. vom Besitzer durch Urkunden angewiesene, oder §. 8. und 9. durch die Besichtiger angeschlagene Morgenzahl jedes Stückes, wie nicht minder §. 14 die vom Besitzer vorgelchlagene oder §. 8. und 15. von den Besichtigern geschätzte Classification jedes Stückes, alsofort in Gegenwart des vorsitzenden Scheffen und der drey mit beysitzenden Eingesessenen, so wie auch in Beyseyn des erschienenen Betheiligten, in die Colonne des Aufnahme Protokolls einzuschreiben; welches Blatt des Protokolls dann zur Stelle in duplo ausgefertiget, dem Betheiligten nochmals vorgelesen, von ihm unterzeichnet und vom Schreiber contrasignirt wird.

§. 19. Weil in denen das jetzige Großherzogthum Berg ausmachenden Theilen desselben, ein verschiedener Geld-Cours, eine sehr abweichende Art des Landmaßes des Getreide- und Holzmaßes, und der sonstigen Natural-Schätzungen üblich ist; so bleibt es zwar (damit jeder declarirende Eigenthümer wohl wisse, welche Größe er für seine Eigenthums-Stücke angibt; und auch die der Aufnahme vorsitzenden Scheffen, Beysitzer oder zu adhibirenden Schätzer, am geläufigsten beurtheilen können, ob das Angeben des Eigenthümers der Wahrheit gemäß, oder wohin es zu berichtigen ist) dabey bewenden, daß die Angabe der Größe der Grundstücke in das Aufnehmungs-Protokoll, nach der in der Gemeinde für die Grundstücke gewöhnlichen Größenmaße geschehe; und die davon für das Jahr 180$\frac{7}{8}$ entrichtete gewöhnliche Grundsteuer und Kriegs-Beiträge nach dem Geldfuß, welcher damahls noch bey der Landeskasse eingeführt war, ausgeworfen werde.

Weil es aber hingegen auch nöthig ist, daß (a) aus den verschiedenen angegebenen Flächen-Größen, die Vergleichung derselben zu einem bestimmten Maß der Flächen-Größe geschehen könne; (b) auch eben dieses wegen der verschiedenen Geld-Course, (c) wegen der Getreide- und Holzmaßen, auch besonders (d) eine

eigene Vergleichung dazu erforderlich ist, um bemessen zu können, welche Gattung des Bodens, nach der Einträglichkeit desselben, in der Commüne zur besten, mittlern, oder schlechten Classe gerechnet wird; so ist desfalls verordnet, wie folgt:

§. 20. Sobald alle Grundstücke, welche in einer Gemeinde liegen, in die dupla der Aufnehmungs-Protokolle eingetragen sind, und also in dieser Hinsicht die Aufnahme völlig geschehen ist; so wird alsdann (erstens) eine Rolle, deren Muster lit. B. hierbeyliegt, verfertigt, in welche das addirte Summarium aller in den einzelnen Aufnehmungs-Protokollen enthaltenen Morgenzahl der nämlichen Art Grundstücke (zum Beispiel Ackerlandes, Wiesen. ꝛc.) Classenweise eingetragen, und sodann, wenn dieses geschehen ist, wird (Zweytens) nach dem hierbeyliegenden Muster lit. C., ein besonderer Umschlags-Bogen von denen zur Aufnahme in der Commüne committirten Scheffen oder Vorsteher, drey Beysitzern und Protokollisten zur Hand genommen, und nach reiflicher und gewissenhafter Ueberlegung darin, die dort bemerkten Bestimmungen und Schätzungen eingerückt.

§. 21. Sollten in einer Commüne sich Benutzungs-Arten der Grundstücke finden, von welchen keine besondere Rubriken in gedachtem Umschlags-Bogen angeführet sind (Zum Beispiel, Torfmoore ꝛc.) so müssen diese dort hinzugesetzt, und die jährliche Brutto Einträglichkeit in Geld ausgeworfen werden.

§. 22. Ist dieses alles geschehen, und hat der davon benachrichtigte, unten §. 23. näher für dieses Geschäft bezeichnete Special-Commissar des Arrondissements, diese Arbeit durchsehen und seinerseits, unter vorheriger Benehmung mit den Beamten unter welchen die Commüne gehöret, nichts mehr an jenen Aufnahmen und Anschlägen der committirten Scheffen und Beysitzer, zu erinnern und abzuändern gefunden, so unterschreiben nun die sämmtlichen Mitglieder dieser Aufnehmungs-Commission der Commüne das auf der letzten Seite des Umschlags-Bogens stehende Beglaubigungs-Attest mit ihrer eigenhändigen Unterschrift, und zwar in Gegenwart des oben gedachten Special-Commissars; welcher letztere sodann, daß dieses geschehen, ebenfalls mit seiner Unterschrift hinzusetzt; als-

dann aber die sämmtlichen dupla der Aufnehmungs-Protokollen nebst deren Umschlags-Bogen zu sich nimmt, und ein Exemplar derselben dem Beamten, unter dessen Gerichtsbarkeit die Gemeinde gehört, abgibt, damit selbige zur stäten Nachricht in der Amts Registratur aufgehoben werden; die andere Original dupla schickt aber der Special-Commissar dem Provincial- oder Landrathe berichtlich ein.

§. 23. Damit dieses Geschäft sowohl mit der möglichsten Kürze der Zeit, als auch einer nach Möglichkeit zu befördernden Einheit und Gleichheit vollzogen werden könne, so ist (a) für jedes Arrondissement, nach Verhältniß der Größe desselben, ein oder zwey Special-Commissarien ernannt, und ihnen eine, das ganze Geschäft und die gegenwärtige Instruction aus einem überall einförmigen Gesichtspunkt fassende Erklärung, mitgetheilet worden; damit sie in dem ihnen angewiesenen Arrondissement oder Theile desselben, dem Provinzial- oder Landrathe untergeordnet, die unmittelbare Leitung und Anwendung dieser Anschlags-Aufnahme in allen Communen dirigiren, den Scheffen sammt dessen Beysitzer und Schreiber im Gange des Geschäftes immer unter ihrer Aufsicht halten; selbigen die nöthigen Aufklärungen und Berathung geben; sie zur Verbesserung des Unrichtigen od. Unförmlichen, zur Stelle anweisen; dasjenige, worüber sich die Scheffen und Beysitzer nicht vereinigen können, oder auch (wie etwa beym Größen-Anschlag eines beträchtlichen Grundstückes, Waldes, Gemarke, Gemeinden-Weide, Heide ꝛc.) wenn die zugezogenen gewöhnlichen Schätzer sich zu dem von ihnen geforderten Anschlag, nicht geschickt noch versichert genug finden, diesen alsdann selbst verfertigen, und mit ihrer schriftlichen Bestimmung desselben, in das Aufnehmungs-Protokoll einrücken lassen; nicht weniger wenn sie es nöthig finden, die Unterstützung der einschlägigen Beamten requiriren, welche diese dann unweigerlich und prompt zu leisten haben; wegen alles dessen aber auch mit dem Provinzial- oder Landrath, sich in stäter berichtlichen Correspondenz halten, und diesem von allem die nöthige Auskunft geben müssen.

§. 24. Sobald nun der Herr Provinzial- oder Landrath die gegenwärtige General-Instruktion erhält, und jedem Beamten seines Arrondissements ein Exemplar derselben für sich,

nebſt zweymal ſo viel Exemplarien anſchließt, als Communal-Abtheilungen zur Aufnahme jedem Beamten untergeben ſind; auch dieſen zugleich die Friſt beſtimmt, innerhalb welcher die Aufnahme geſchehen muß; ſo hat der Beamte alsdann zur Stelle nicht nur den Scheffen oder Vorſteher, welcher in der einzelnen Honnſchaft der Rollen-Verfertigung vorſitzen, ſammt den Schreiber, welcher das Protokoll der Aufnahme führen ſoll, zu benennen, ſondern auch die Honnſchafts-Eingeſeſſenen anzuhalten, daß ſie in ſeiner Gegenwart die drey Beerbten aus ihrer Mitte wählen, welche der Rollen-Verfertigung in dieſer Honnſchaft mit beyſitzen ſollen. Dieſe Scheffen oder Vorſteher ſammt den von der Honnſchaft gewählten Beerbten ſtellt der Beamte zugleich die Friſt, in welcher die Honnſchafts-Aufnahme und Rollen, ſamt dem Umſchlags-Bogen, unfehlbar verfertigt, und eingeſchickt werden müſſen.

§. 25. Möchte einem Scheffen oder Vorſteher ein Fall vorkommen, den er mit Zuſtand der beyſitzenden drey Beerbten durchaus nicht anzuwenden verſtehet, ſo mag er ſich deshalben zur Stelle ſchriftlich vom Special-Commiſſar eine Weiſung erbitten, die dieſer ihm ohne Zweifel aus dem Inhalt dieſer Inſtruction und aus der Natur und Eigenſchaft des Geſchäftes alſofort ſelbſt wird zu ertheilen wiſſen. Würde aber doch wieder Vermuthen ſolches nicht geſchehen können, ſo hat der Special-Commiſſär ſich ohne Zeitverluſt an den Landrath ſeines Arrondiſſements zu wenden, welcher die Entſcheidung oder Vorſchrift nach ſeiner Einſicht zu ertheilen hat.

§. 26. Denn da dieſes Geſchäftes Vollzug für dieſes Jahr gar keinen Aufenthalt geſtattet, auch blos proviſoriſch iſt, mithin die etwa einfließenden Mängel oder Ungleichheiten für den künftigjährigen Anſchlag einer neuen Reviſion und Berichtigung vorbehalten bleiben, ſo kann durch weitere Berichts-Erſtattungen zum hohen Miniſterium über Gegenſtände, die ins einzelne führen, dem Fortgange und Vollzug keine Zögerung geſtattet werden. (Conf. Nro. 3043.)

2954. — Den 17. April 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Publication der vorgeschriebenen Förmlichkeiten, unter welchen die Einfuhr der im Großherzogthum Berg fabrizirten Baumwollen- und Band-Waaren, so wie der gedruckten oder gefärbten, baumwollenen Zeuge in das Königreich Italien gestattet ist.

Bemerk. Die genaue Befolgung dieser Vorschrift ist am 19. August d. J. wiederholt befohlen worden.

2955. — Den 22. April 1807. — A.

Die Minister des Innern und der Finanzen.

Zur Deckung der durch einen großherzoglichen Beschluß mit Zuziehung ständischer Deputirten pro 1807 bestimmten Staats- und Provinzial-Bedürfnisse soll eine Grund- u. Industrie-Steuer von 400,000 Rthlr. auf die Altsteuerbaren, die ehemals Freien und die Gewerbtreibenden nach dem bergischen Kriegsfuße umgelegt werden; der weiter erforderliche Geldbedarf zur Mobilmachung der großherzoglichen Truppen soll durch eine Familien-Taxe aufgebracht werden. Den Provinzialräthen wird ihr desfallsiges Verfahren unter Beifügung eines Musters der unverzüglich anzufertigenden Steuerdirektorien ausführlich vorgeschrieben.

2956. — Den 27. April 1807. — A.

General-Direction des Stempels.

Ausführliche Dienstanweisung für die Beamten zur Vollziehung des Stempelgesetzes vom 28. März d. Jahrs (Nro. 2949.)

2957. — Den 28. April 1807. — A. P.

Der Minister des Innern
an sämmtliche Provinzial- auch Kriegs- und Steuer-Räthe.

Von der Ansicht aus, daß der Frohsinn und Mun-

terkeit des Volks eher gepflegt als beschränkt werden sollen, werden alle Anfragen und Anstände, wegen Haltung der Tanzmusik, auf folgende Art zur allgemeinen Nachachtung berichtigt:

1) Ist es zu jeder Zeit den ordentlichen Wirthen erlaubt, Tanzmusik bis zur gewöhnlichen Polizeistunde zu halten, ausser wenn es die Religionsgebräuche nicht zulassen, z. B. bey Katholiken zur Advent- und Fastenzeit ꝛc.

2) Der wird muß aber bei 30 Rthlr. Strafe jedesmal bey der Polizey-Obrigkeit, gegen Entrichtung von einem halben Rthlr., einen derley Tanzmusikschein lösen, welche Scheine jeder Wirth zusammen zu halten hat, bis sie von ihm abgefordert werden.

3) Die Verlängerung der Tanzmusik über die Polizeystunde kann die Polizey-Obrigkeit nur bey besondern Festen, Kirchweihen, Hochzeiten ꝛc. gestatten, wo dann auch bey Vermeidung obiger Strafe ein besonderer Erlaubnißschein erholt, und ein weiterer halber Rthlr., sohin ein ganzer Rthlr. entrichtet werden muß.

4) Ueber diese Tanzgelder haben die Polizey-Obrigkeiten besondere Rechnung zu führen, alle drey Monate dem Provinzialrathe Anzeigen zu machen; und jeder Provinzialrath berichtet dann die ganze Uebersicht dem Ministerium des Innern ein, von wo aus diese Summen zu Wohlthätigkeits-Anstalten angewiesen werden.

5) Die Wirthe bleiben, wie gewöhnlich, über bey solchen Gelegenheiten vorfallende Excesse und Tumulte verantwortlich; weswegen sie dagegen zu wachen und alle Mittel zur Abstellung vorzukehren haben. (Conf. Nro. 3175.)

2958. — Den 29. April 1807. — P.

Der Minister des Innern.

Genehmigung der, bis zur Einführung einer allgemeinen Brau-Ordnung, provisorisch für die Stadt Düssel-

dorf über das Bierbrauen erlassenen Polizeiverordnung, wodurch die Brauer in 2 Klassen nach Maaßgabe des Bier-Preises eingetheilt, denselben die zu jedem Gebräu erforderlichen Materialen vorgeschrieben, und sie sowohl als die Müller der speziellen Aufsicht und der Kontrolle der Lokalpolizei-Behörde unterworfen werden.

2959. — Den 1sten May 1807. — A. P.

Der Minister des Innern

an die Herren Provinzial- und Steuerräthe im Clevischen sodann jene der Bezirke Steinfurth und Dillenburg.

Um so viele Anstände und Feuergefahren zu beseitigen, auch einförmige und gemeinschaftlich zusammenwirkende Maßregeln zur Bezweckung einer guten Feuerordnung zu erhalten, ist hiermit folgende allgemeine Vorschrift beschlossen:

1) Im ganzen Großherzogthum ist die allgemeine bergische Feuerordnung vom 2. Sept. 1803, wovon eine hinlängliche Anzahl Exemplarien hier beygefüget wird, im vollen Umfange einstweilen angenommen.

2) In Zeit 3 Monaten müssen alle darin enthaltene Vorschriften möglichst in Vollzug gesetzt werden, worüber die Herren Provinzialräthe vorzüglich zu wachen haben, und die leichtesten Wege dazu einschlagen werden.

3) Nach Verfluß dieser Zeitfrist haben die Herren Provinzialräthe einen alle diese Gegenstände umfassenden Bericht zu erstatten, und zwar theils über die Hindernisse des Vollzuges einzelner Artikel, theils über die Fortschritte im Ganzen, theils über Vorschläge zu Modifikationen, Zusätze und Verbesserungen dieser Punkte einer allgemeinen Feuerordnung.

4) Die sich hierbey auszeichnenden Herren Provinzialräthe oder Landesstellen sollen öffentlich bekannt gemacht werden.

2960. — Den 4. May 1807. — A.

Der Finanz-Miniſter.

Mehrere entſtandene Zweifel und Anfragen über die Anwendbarkeit des Stempelgeſetzes vom 28. März d. J. (Nro. 2949) werden erläuternd entſchieden.

2961. — Den 5. May 1807. — A.

Der Finanz-Miniſter.

Zufolge des Stempel-Geſetzes vom 28. März d. J. (Nro. 2949) werden die Stempel-Empfangs-Bezirke, die Namen der Empfänger und die Gerichts-Behörden bezeichnet, welche in erſter Inſtanz über alle in jedem der bemerkten Empfangs-Bezirke vorfallenden Stempel-Contraventionen zu erkennen haben.

2962. — Den 13. May 1807. — A.

Die Miniſter der Finanzen u. des Innern.

Die Provinzial-Räthe werden angewieſen, den Unterthanen die beruhigende Erklärung mitzutheilen, daß bei der, mit Genehmigung der Landſtände zur erſten Aufſtellung des großherzoglichen Truppen-Contingentes von 5000 Mann, durch die Familien-Taxe pro 1807 aufzubringenden Perſonal-Steuer keine nachtheilige Conſequenz rückſichtlich ihres ſteuerbaren Vermögens ꝛc. gefolgert werden wird, und dieſelben zu verſichern, daß das Maximum der Beiträge in jeder der 11 Klaſſen, die Summe von 25 — 20 — 15 — 10 — 8 — 6 — 4 — 3 — 2 — 1 und resp. ½ Rthlr. auf keinen Fall überſteigen wird.

2963. — Den 31. May 1807. — A. P. T.

Der Miniſter des Innern.

Um das Tabackrauchen weniger ſchädlich und feuergefährlich zu machen, beſchließt der Miniſter des Innern zur allgemeinen Nachachtung, wie folgt:

1) Das Tabackrauchen aus Pfeifen ohne Deckel ist allgemein bey 3 Rthlr. Strafe verbothen.

2) Das Rauchen der Cigaros auf öffentlichen Straßen und feuergefährlichen Orten ist durchaus unter obiger Strafe untersaget.

3) Wer nicht das Alter über 16 Jahre hat, dem wird das Tabackrauchen nicht gestattet, und haben Aeltern, Vormünder, Lehrer ꝛc. bey obiger Strafe dagegen zu wachen.

4) In Rücksicht der Mißbräuche beym Tabackrauchen und der dagegen zu treffenden Maßregeln wird im allgemeinen die genaue Befolgung der im 1sten Abschnitt und 2ten §. der allgemeinen Feuerordnung für's Herzogthum Berg vom 2ten Septbr. 1803 befindlichen Vorschriften anempfohlen.

2964. — Den 4. Juny 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Um jene Verwirrungen und Nachtheile zu beseitigen, die sich bisher bey Ertheilung der Reisepässe ergaben, sohin künftig mehr Ordnung und Sicherheit dabey zu bezwecken, beschließt der Minister des Innern zur allgemeinen Nachachtung, wie folgt:

1) Jeder Bewohner, der aus dem Großherzogthum reiset, ist bey zehn Rthlr. Strafe verbunden, sich bey der Polizeystelle seines Aufenthaltes einen Reisepaß ausfertigen zu lassen;

2) Jeder Fremde (Ausländer) der sich an einem Ort des Großherzogthums über 48 Stunden aufhält, ist bey zehn Rthlr. Strafe gehalten, seinen Reisepaß bey der Polizeystelle visiren zu lassen. Die Gastwirthe oder Hausherren müssen die Fremden darauf aufmerksam machen, sonst haben sie die Hälfte obiger zehn Rthlr. beyzutragen;

3) Wer mit keinem ordentlichen Passe versehen ist, wird sogleich beym Eintritt in das Großherzogthum, oder

sonst zurückgewiesen, ausser derselbe kann zwey angesessene Bürger im Großherzogthum aufbringen, die bezeugen, daß sie ihn kennen, und keine Bedenklichkeit dagegen zu machen ist; nur in solchen Fällen kann und muß auch einem Fremden ein Paß im Großherzogthum ertheilt werden, jedoch haben dann obige Zeugen im Paßregister ihre Aussagen mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen;

4) In einigen Tagen wird jeder Provinzialrath eine Anzahl Paß-Formularien empfangen, welche er an die verschiedenen Beamten, nach seinem Ermessen, bis die Polizeystellen gehörig organisirt sind, zu vertheilen hat, und nur diese Beamten (und keine andern, auch, wie bisher, die Magistraten nicht) können dann unter ihrer Verantwortlichkeit an Personen, die keinem Verdachte unterworfen sind, und wenn es Fremde betrift, die obige Bedingung erfüllet haben, die Päße ausstellen, und zwar mit den Formularien, die sie erhalten haben. Wer sich ausser dessen einer Paßausstellung anmaßt, wird als Falsarius dem Criminal-Gericht übergeben;

5) Die Paß-Formularien sind in der deutschen und französischen Sprache nach allen Rubriken auszufüllen, und es darf für keinen solchen Paß, da das Formular ganz zur Ausfertigung hergerichtet, auch gestempelt ist, bey fünfzig Rthlr. Strafe mehr gefordert werden, als die auf dem Paß bemerkten dreyßig Stüber; diese Taxe beträgt für das Visiren zehn Stüber;

6) Diese Paßausstellungen und Visirungen sind im summarischen Inhalt in ein eigenes Register einzutragen; die Nummer des Passes im Register muß in dem Paß selbst mit Buchstaben geschrieben seyn, so auch Tag und Jahrzahl;

7) Wo es im Passe bemerkt ist, hat der Paßaussteller seine Unterschrift, und zwar mit Bemerkung seiner Stelle, zu machen, auch sein Amtssiegel roth beyzudrucken;

8) Diejenigen, welche obige Paß-Formularien empfangen, haben ausser dem §. 6. bemerkten Register über diese Paßeinnahmen auch eine eigene Rechnung zu führen, die besagtes Register kontrolirt, und monatlich muß von jedem an den Provinzialrath eine Uebersicht dieser Paß-

ausstellungen übergeben werden, welcher dann auch den Hauptkonspect darüber an das Ministerium einschickt;

9) Diese Verordnung tritt mit dem ersten July in Wirkung.

2965. — Den 4. Juny 1807. — A.

Der Finanz-Minister.

Der von der Kaufmannschaft in einem zu strengen Sinne gedeutete §. 38. des Stempelgesetzes vom 28. März d. J. wird unter Auseinandersetzung ihrer Pflichtigkeit erläutert.

2966. — Den 9. Juny 1807. — A.

Der Minister des Innern.

Ueber das zur Stellung des großherzoglichen Militair-Contingentes eintretende Recrutirungsgeschäft, namentlich über die Dienstpflicht der Unterthanen, über die gestatteten Exemptionen für mehrere Stände, über die Dienstbefreiungs-Gründe, über die Repartition des ganzen Contingentes auf die Landesbezirke, über die Anfertigung der Conscriptionslisten, über die Verloosung und Auswahl der dienstfähigen Mannschaft, über die Untersuchung des physischen Zustandes der Conscribirten, über die Prüfung der Reclamationen und Befreiungs-Gesuche, über das gesetzlich erlaubte Remplacement der Dienstpflichtigen, über die Berichtigung der Conscriptions-Tabelle, über die Bildung und die Verrichtungen des Recrutirungs-Rathes, so wie über den Abmarsch, die Löhnung und die Verpflegung der Conscribirten und endlich über die Art der Ergänzung des Militair-Contingentes werden ausführliche Bestimmungen und Vorschriften in XII Artikeln und 56 §§. zur genauesten Beachtung ertheilt.

2967. — Den 15. Juny 1807. — A.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachung wegen der befohlenen Errichtung eines großherzoglichen Regiments Chevaux legers, und der damit verbundenen Garde du Corps. Das Regiment wird den Namen der Großherzoginn führen; die erste Compagnie, welche nur aus vermögenden, sich selbst ausrüstenden Volontairs, die eine jährliche Zulage von 100 Rthlr. nachweisen können, bestehen wird, bildet die Garde du Corps. Letztere erhält eine Auszeichnung in der Uniform und genieſſet den Sold und alle jene Vorzüge, welche der kais. franz. Garde à Cheval zustehen. Aus dieser Compagnie findet keine Versetzung, als nur mit Avancement statt. Die conscriptionspflichtigen, durch's Loos zum activen Dienst bestimmten jungen Leute können keine Aufnahme darin finden. Die Grundfarbe der Uniform ist Ventre de bische mit rosenrothen Aufschlägen.

2968. — Den 20. Junius 1807. — A.

Der Finanz-Minister.

In verschiedenen Arrondissements des Großherzogthums Berg finden sich unter der Benennung Marken oder Gemarken, Waldungen und Waldboden, woran mehrere umher gelegene Güter, oder auch einzelne Personen berechtigt sind, eine gemeinschaftliche Verwaltung bilden, und den herauskommenden Ertrag unter sich vertheilen.

Außer der allgemeinen, dem Landesherrn in solchen Gemarken gebührenden Oberaufsicht, und von Höchstdemselben ausfliessender Gemarken-Gerichtsbarkeit haben Höchstderselbe auch auf vielen, die Anordnung des Waldgrafen und sonstiger Beamten, und auf den meisten, sowohl wegen der alten als neuern Domainen-Güter eigene Betheiligungen.

Es ist mir daher sehr daran gelegen, diese Gemarken in ihrem ganzen Umfange, sobald als es möglich ist, kennen zu lernen, und zwar folgende Fragen von jeder einzelnen Gemarke genau beantwortet zu sehen.

Bemerk. Hier werden 26 Fragen über den Namen, die Lage, die Größe, Qualität, Betheiligungen, Rentbarkeit ꝛc. der Marken aufgestellt, und den Forst-Beamten ausführliche Anweisung ertheilt, wie sie sich die genaue Erledigung derselben zu verschaffen haben.

2969. — Den 20. Juny 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

In der General-Tarordnung des bergischen Landes ist Titel 3, wo die Gebühren bei den Gerichten bestimmet werden, ausdrücklich verordnet, daß bey keinem gerichtlichen Acte trockener Weinkauf Statt finden darf. Gleichwohl hat das Ministerium des Innern wahrnehmen müssen, daß es noch wirklich Gerichte im Bergischen gibt, welche ohne Rücksicht auf gedachte Vorschrift bey gerichtlichen Verkäufen Wein und andere Getränke auftischen und demnach den Ankäufer bezahlen lassen.

Da solches aber dem Schuldner, dessen Grundstücke verkauft werden, zum offenbaren Nachtheil gereicht, indem die Licitanten auf diese Kosten, deren Betrag sie nicht einmal voraus bestimmen können, bey dem Bieten Rücksicht nehmen, und da es mit der Würde einer öffentlichen Gerichtsstelle gar nicht besteht, die Kauflustigen durch geistige Getränke zum Bieten anfeuern zu wollen: so kann dieser Mißbrauch weder im Bergischen, noch in einer andern Provinz des Großherzogthums Berg, wo derselbe etwa herrschen möchte, weiter geduldet werden.

Es wird demnach hiermit allgemein für das Großherzogthum Berg verordnet, daß bey keinem gerichtlichen Acte trockener Weinkauf genommen oder Getränke gereicht werden dürfen.

Damit übrigens die Licitanten in allen Fällen, die Vergantung möge Privatpersonen oder eine Gemeine betreffen, wenn der Letztbietende die Licitationskosten zahlen muß, nach dem Betrage derselben im voraus ihre Rechnung machen können: so sollen diese Kosten hinfüro jedesmal in dem Licitationsprotocoll nach der Tarord-

nung verzeichnet, und daß sie den Licitanten bekannt gemacht worden, in demselben ausdrücklich bemerket werden; wo sonst der Letztbietende zu keinen Kosten gehalten seyn soll.

Auf die genaue Befolgung dieser Verordnung werden die Herren Provinzial und Steuerräthe ein wachsames Auge haben.

2970. — Im Hauptquartier zu Tilsit den 22. Juny 1807. — A. P.

Errichtung eines Hofgerichtes in der Stadt Bentheim, für den Bezirk Steinfurth, unter Aufhebung der in den verschiedenen Provinzen dieses Bezirks bestehenden Justiz-Collegien. Die Zahl der Mitglieder dieses Gerichtes, so wie deren Gehälter und Antheile an den Sporteln, welche nach dem bergischen Regulativ zu erheben sind, werden bestimmt, und rücksichtlich des Instanzenzuges festgesetzt, daß die Appellationen von den Urtheilen der Untergerichte an das Hofgericht und die Berufungen von den dortigen Erkenntnissen an das Oberappellations-Gericht zu Düsseldorf gerichtet werden müssen. Bis zur Einführung einer allgemeinen, einförmigen Gesetzgebung, erkennt das Hofgericht nach den in den Provinzen seiner Gerichtsbarkeit bestehenden Gesetzen und Prozeßformen. — Gleichzeitig werden die Glieder des Hofgerichtes ernannt.

2971. — Im Hauptquartier zu Tilsit den 22. Juny 1807. — A. P.

Auf den Vortrag Unseres Finanz-Ministers haben Wir verordnet und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Ein jedes den Rhein befahrendes Fahrzeug, es sey ein großes oder kleines Schiff, ein Nachen oder sonst, es mag dasselbe den Fluß herauf oder herunter fahren, muß jedesmahl, wenn es in den Gewässern eines Hafens, wo öffentliche Bau-Anlagen zur Sicherheit der Schiffe, oder zur Bequemlichkeit des Ein- und Ausladens

bestehen, anbindet oder Anker wirft, Hafen-Geld bezahlen, ausgenommen in einem Nothfalle, welcher durch eine augenscheinliche Gefahr oder durch eine Gewalt, der man nicht wiederstehen kann, erzeugt worden ist.

Diese Abgabe soll einstweilen in Deutz, Düsseldorf, Kaiserswerth, Ruhrort, Wesel, Rees und in Emmerich erhoben werden.

Art. 2. Um das Aerarium für die Bau- und Unterhaltungskosten, welche die Anlage der Sicherheits-Häfen erfordert, schadlos zu halten, soll von jedem Schiffe, welches in einem der vorbesagten Häfen gegen die Wintersgefahren in Sicherheit gebracht wird, eine besondere Abgabe, unter dem Titel von Schutz-Geld bezahlt werden.

Art. 3. Das Hafen- und Schutzgeld soll von den Zollbeamten nach dem hier folgenden Tarif erhoben werden.

Gattung der Schiffe.

Erste Classe.

Große Rheinschiffe, Lichter und überhaupt alle diejenigen Schiffe, welche zum Aufwärtsfahren des Flusses bey stillem Wetter und voller Ladung, mehr als sechs Pferde nothwendig haben, an Hafengeld 2 Rthlr. 30 Stbr., Schutzgeld 3 Rthlr. 20 Stbr.

2te Classe.

Ein Bünder oder Maaßpont, oder Schiffe, welche bey voller Ladung zum Aufwärtsfahren sechs Pferde nöthig haben, an Hafengd. 2 Rthlr., Schutzgd. 2 Rthlr 45 Stbr.

3te Classe.

Große Kohlen-Schiffe, welche fünf Pferde brauchen, an Hafengd. 1 Rthlr. 30 Stbr., Schutzgd. 2 Rthr.

4te Classe.

Kleine Bünder, Boote oder Schnicke, wozu bey den angegebenen Umständen vier Pferde gerechnet werden, an Hafengd. 1 Rtlr. 5 Stbr., Schutzgd. 1 Rtlr. 25 Stbr.

5te Classe.

Weiachen oder Schiffe, welche mit 3 Pferden angehohlet werden können, an Hafengd. 45 Stbr., Schutzgd. 1 Rtlr.

6te Classe.

Rheinnachen, zu deren Heraufziehen 2 Pferde nöthig sind, an Hafengd. 30 Stbr., Schutzgd. 40 Stbr.

7te Classe.

Boote, Flieger und jedes kleine Fahrzeug, wozu man nur ein Pferd braucht, an Hafengd. 12 Stbr., Schutzgd. 16 Stbr.

Art. 4. Diejenigen Schiffer, welche zu einem der Häfen gehören, wo die Abgabe bezahlt werden muß, können den Zoll-Empfängern ein Abonnement anbiethen, um das ganze Jahr von der Abgabe des Hafengeldes in dem Hafen ihres Wohnortes frey zu seyn. Diese Anerbiethungen werden der Zollverwaltung vorgelegt, welche nach den Weisungen des Finanz-Ministers darauf die weitern Verfügungen treffen wird.

Fremde Schiffer sind von der Wohlthat des Abonnements ausgeschlossen.

Art. 5. Der Ertrag der Hafen- und Schutzgelder wird in den Rechnungen der Zollverwaltung abgesondert eingetragen, dem Minister des Innern zur Disposition überlassen, um zur Erbauung und Unterhaltung der Häfen und Schutz-Plätze, nach den jährlich zu bestimmenden Etats, verwendet zu werden.

Art. 6. Unser Finanz-Minister und der Minister des Innern, jeder in so weit es ihn betrifft, sind mit dem Vollzug der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

2972. — Den 27. Juny 1807. — P.

Der Minister des Innern.

Den Kohlentreibern wird es bey 6 Rthlr. und bei Strafe des Ersatzes des in den Feldern verursachten

Schadens untersagt, ihre Pferde ungekoppelt und ohne Aufsicht gehen zu lassen.

2973. — Den 29. Juny 1807. — A. P.

Der Minister des Innern an sämmtliche Herren Provinzial-Räthe.

Um so manchen Unfugen bey Beerdigung der Menschen vorzubeugen, ist beschlossen, wie folgt:

1) Alle Menschen ohne Ausnahme müssen ohne den mindesten Bezug auf ihre Todesart auf den allgemeinen Kirchhof begraben werden.

2) Es müssen zugleich bey Jedem die gewöhnlichen Begräbniß-Ceremonien Statt finden.

3) Eine Gemeine oder ein Pfarrer, welcher sich in Erfüllung dieser Vorschrift weigerlich halten sollte, wird unabläßig zu einer Strafe gezogen werden, welche den Umständen nach auf 50 Rthlr. bestimmt wird. Zu jedermanns Nachachtung ist dieses dem Wochenblatt einzurücken.

2974. — Den 4. July 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Se. Hoheit, der Fürst Primas, haben für nöthig erachtet, durch ein zu Aschaffenburg unterm 11. Junius d. J. ergangenes Edikt, alle nur nach dem Nennwerth im Conventions 24 Gulden-Fuße ausgeprägte, in der That aber geringhaltigere 6 Kreuzer- und Groschenstücke, worunter besonders die Vorderösterreichische, Würtembergische, Coburgische, Leiningische und Werthheimische Scheidemünze der obigen Art ausdrücklich genannt ist, von dem 11. d. M. Julius an, in Höchstdero Landen gänzlich ausser Curs zu setzen, und nur die Circulation derjenigen 6 Kreuzerstücke ferner zu gestatten, deren dem Nennwerth und den Münzgesetzen angemessener innerer Gehalt auf diesen Münzen selbst mit der Zahl 5, oder 240 auf eine feine Mark, und mit dem Worte justirt bescheiniget ist.

Da nun, nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge, dieſe in einem benachbarten Staate verrufenen Geldſorten und mit ihnen, durch Rückwirkung, noch andere geringhaltige Scheidemünzen, ſich unfehlbar über die angrenzenden Länder verbreiten, und namentlich auch das Großherzogthum Berg überſchwemmen würden; hieraus aber für den Gewerbſtand und alle Landes-Einwohner keine andere als die nachtheiligſten Folgen entſpringen könnten: ſo iſt es dringend nöthig, dieſem drohenden Uebel durch angemeſſene Vorſichts-Maaßregeln zeitig zu begegnen.

In dieſer Abſicht wird hiermit verordnet, wie folgt:

Art. 1. Diejenigen 6 Kreutzer- und Groſchenſtücke, welche hier oben als in den Landen Sr. Hoheit des Fürſten Primas verrufen bezeichnet ſind, ſollen von dem 11. d. M. Julius an auch in dem ganzen Umfange des Großherzogthums Berg weiter keinen Curs mehr haben, und bey Confiscationsſtrafe weder angenommen noch ausgegeben werden.

Art. 2. Von dem 11. des künftigen Monats Auguſt an, ſoll überall keine Scheidemünze in Stücken von drey Stüber und darüber in dem Großherzogthum Curs haben, und bey Vermeidung der Confiscationsſtrafe ausgegeben oder angenommen werden dürfen, als diejenigen Sorten, welche in dem Münzedikt vom 5. Auguſt v. J. ausdrücklich benannt ſind.

Die in dem Steinfurter Bezirk umlaufende, vormals Münſteriſche, Paderborniſche, Hildesheimiſche, Lippiſche, Stollbergiſche, Braunſchweigiſche und Sächſiſche, nach ihrem Nennwerth in dem 20 Gulden-Fuß ausgeprägte Scheide-Münze, desgleichen die holländiſche Münze, bleibt allein hievon einſtweilen noch, und bloß für den erwähnten Bezirk ausgenommen.

Art. 3. Die übrigen in dem Conventions 20 und 24 Gulden-Fuße ausgeprägten Münzſorten, in Stücken von mehr als drey Stüber, mögen nach ihrem Nennwerthe ferner Curs haben, wenn ſie auch in dem erwähnten Münzedikt vom 5. Auguſt vorigen Jahrs nicht ausdrücklich benannt ſind; doch ſo, daß es einem Jeden frey ſteht, dieſelben nach Gefallen anzunehmen, oder auszuſchlagen. Auch hat es bey den Beſtimmungen des erwähnten Münzedikts in Beziehung auf die öffentlichen Caſſen ſein gänzliches Verbleiben.

Art. 4. Die Herrn Provinzialräthe werden in Ansehung der in dem Art. 1. erwähnten Münzsorten nach dem 11ten dieses Monats Julius, und in Ansehung derjenigen, welche durch den Artikel 2. außer Curs gesetzt werden, nach dem 11. des künftigen Monats August, die Lösungen der Krämer, Metzger, Bäcker, Bier- und Branntweinwirthe u. s. w. von Zeit zu Zeit durch die Polizey untersuchen, und die darunter etwa vorfindlichen, gemäß den obigen Verfügungen verrufenen Geldsorten unnachsichtlich wegnehmen lassen und confisciren.

Ebenso werden Sie in allen anderen Fällen, wo den obigen Verfügungen zuwider gehandelt werden möchte, mit der Confiscation verfahren lassen.

Art. 5. Denjenigen, welche nach den erwähnten Zeitpunkten noch in dem Besitze solcher, hiermit verrufener, Sorten seyn sollten, steht es frey, dieselben in das Ausland, wo sie noch Curs haben, auszuführen, oder sie in die hiesige Münze zu bringen, wo ihnen der Betrag des innern Werthes auf der Stelle vergütet werden wird.

Bemerk. Am 30. July ist bestimmt worden, daß die vorstehende Verordnung in den Landen von Cleve, Essen, Werden und Elten, in Bezug auf die preuß. Groschen, erst nach dem 30. Sept. d. J. in Kraft treten soll, bis wohin die preuß. Groschen zu $2\frac{1}{2}$ Stbr., jedoch ohne Verpflichtung zur Annahme, geduldet werden sollen.

2975. — Den 10. July 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

Publication der von der General-Postdirektion getroffenen Einrichtung, wonach alle einfache, an Militair-Personen gerichtete Briefe, mittelst Beifügung von 3 Stübern bei der Aufgabe, völlig frey, ohne Rücksicht auf die Laage des Ortes, an ihre Addresse gelangen.

2976. — Den 16. July 1807. — A. P.

Der Minister des Innern an die Herrn Provinzial-Räthe.

In Erwägung, daß bey den Baulichkeiten im gesammten Großherzogthume noch manche Unordnung herrscht. —

In Erwägung, daß jeder Baulustige hierbey ohne aller zweckmäßigen Anweisung bisher sich selbst überlassen blieb, und für großen Kostenaufwand doch in seinen Wünschen eines soliden und geschmackvollen Gebäudes selten zufrieden gestellt, sondern im Gegentheil häufig in Schaden gebracht, und in verderbliche Rechtshändel verwickelt wurde. —

In Erwägung endlich, daß gute, bequeme und schöne Gebäude zu dem allgemeinen Wohlstand gehören, selbst die Fortschritte in der allgemeinen Cultur bezeichnen, und deswegen jede Regierung eine besondere Verpflichtung hat, alle Maßregeln dazu zu ergreifen, beschließt der Minister des Innern zur allgemeinen Nachachtung, wie folgt:

1) In jedem Arrondissement des Großherzogthums wird zur Zeit eine eigene Baupolizey-Commission organisiret werden.

2) Sie ist für die Hauptstadt Düsseldorf zuerst zu organisiren; und wird zusammengesetzt aus dem Polizeycommissär und zwey bewährten Architectur- und Bauverständigen. Die Provinzial-Räthe werden bedacht seyn, daß für jedes Arrondissement in dem Hauptorte desselben ähnliche Commissionen constituirt werden, und haben dazu neben dem Polizeybeamten einen Künstler oder sonst einen Mann von Kenntnissen und Geschmack, dann den geschicktesten Bauverständigen in Vorschlag zu bringen.

3) Zum Wirkungskreis jeder dieser Polizey-Commissionen gehört:

a) Alle Baulichkeiten vor ihrem Entstehen zu prüfen; deßwegen muß vor jeder größern Baureparation, oder neuen Bauführung der Grund- und Aufriß nebst Durchschnitt und äußern Decoration der Commission vorgeleget werden; wer es daran fehlen läßt, ist in eine Strafe von 10 Rthlr. verfallen.

b) Eben so muß das Abbrechen eines Gebäudes zur Anzeige kommen.

c) Alle Anstände und Irrungen über Baulichkeiten und einschlägige Nachbarschafts-Verhältnisse werden vor diese Commission gebracht, daselbst summarisch untersucht und entschieden.

d) Das ganze Personal der Maurer, Steinhauer, Mauer- und Dachziegelbäcker, Leyendecker, Tüncher, Anstreicher, Glaser, Pumpenmacher, Zimmerleute, Schreiner, Schlosser, Bleigießer und Pflasterer steht unter dieser Commission; sie schlichtet alle ihre Händel über das Bauwesen; sie prüft die Jungen, welche frey — und die Gesellen, welche Meister werden wollen; bewirbt sich auch sonst um geschickte Bauleute. ꝛc. ꝛc.

e) Sie sorgt für gutes Baumaterial, und sichert gegen Uebervortheilungen in den Baurechnungen, Taglöhnen, Anstellung schlechter Arbeiter, zu vieler Lehrjunge, und Schmälerung der Arbeitsstunden u. s. w.

f) Sie hat nicht nur für das Gute, Solide und Bequeme der Baulichkeiten zu wachen, sondern auch überhaupt für Symetrie und Baugeschmack. Sie muß daher auch Alles entfernen, was den öffentlichen Anstand beleidigt, worunter z. B. die geschmackwidrig angestrichenen oder auch unausgebauten Häuser gezählet werden, wovon sich besonders in Düsseldorf viele zeigen. Man will einen Zeitraum von einem Jahre zugestehen, inner welchem unter obiger Strafe die unausgebauten Häuser fertig zu stellen seyen. Auch müssen die das Auge beleidigenden Anstriche unter Genehmigung der Baucommission nach u. nach verändert, und rauhe Mauern entweder mit einer geschmackvollen Bekleidung versehen, oder doch anständig angestrichen werden; so wie überhaupt in Zukunft kein Bauplan ohne einer angemessenen Bekleidung zu genehmigen ist.

4) Jede solche Baucommission wird sich allmählig von jeder Stadt, Flecken oder Dorfe ihres Districtes einen richtigen Plan verschaffen, welcher das ganze Local jedes Platzes umfaßt, die ganze Baustellung anschaulich macht, und die neuen Baulinien zur ordentlichen und bequemen Eintheilung der Quartiere und Straßen bezeichnet, welche auf alle mögliche Wege nach und nach zu bezwecken sind.

5) Beym Bureau einer solchen Baucommission muß

man sich die besten Plane für die verschiedenen Wohnungen in Städten — für Fabrik- — Landoeconomie-Gebäude ꝛc. ꝛc. zu verschaffen suchen, um die Bewohner mit zweckmäßigen Mustern zu versehen, und auf sie und ihre Baulichkeiten wohlthätig wirken zu können. Sie wird sich auch Mühe geben, Vorschläge zu einer allgemeinen Bauordnung in Zeit Jahr und Tag an Hand zu geben.

6) Alle Verrichtungen der Bau-Commission, welche die Beurtheilung und Genehmigung neuer Bau-Anlagen oder Verbesserungen zum Gegenstand haben, oder mittelbar, oder unmittelbar daraus entspringen, müssen unentgeldlich geschehen; bei der Untersuchung und Erledigung von Bauhändeln und Handwerks-Streitigkeiten hingegen werden von den Parteyen die veranlaßten tarmäßigen Gebühren wie bey den Amtsverhören erlegt. Die Kosten vorkommender Besichtigungen werden, wie gewöhnlich, von den Gliedern der Commission, welche dazu den Auftrag erhalten, ausschließlich bezogen. Der Ertrag der übrigen Gebühren aber kommt nicht so gleich zur Vertheilung, sondern wird in den Local-Cassen hinterlegt, und an dem Schlusse des Jahres verrechnet. Den Mitgliedern der Bau-Commissionen werden alsdann angemessene Gratificationen bewilligt, oder auch nach Befinden in der Folge feste Besoldungen ausgesetzt, und diese vorzüglich aus dem Ertrage jener Gebühren bestritten werden.

Sollte sich wider Erwarten nach Verlauf von zwey Jahren an einem oder dem andern Orte ein Ueberschuß finden; so wird dieser in demselben Verhältniß, wie die Gratificationen oder Besoldungen bestimmt sind, unter den Mitgliedern vertheilt.

In jeder Woche muß aber wenigst eine Sitzung in Bau-Polizey-Sachen gehalten werden.

7) Da alle dergleichen Baulichkeits-Verhältnisse als Polizey-Gegenstände nach der Natur der Sache zu keinem Rechtsgange geeignet sind, und die Baucommissionen sich mit Rechtsfragen über das Eigenthum und die daher entspringenden Verhältnisse nicht befassen, sondern dieselben in geeigneten Fällen an die Justitzbehörden zurückweisen müssen: so hat auch über ihre Beschlüsse keine Appellation

Statt, ſondern es ſteht der Recurs in Zeit 14 Tagen allein zu dem Miniſterium des Innern offen.

8) Die für die Carlſtadt in Düſſeldorf angeordnete beſondere Oberbaucommiſſion bleibt in der bisherigen Geſchäftsſphäre dadurch unabgeändert.

Mit 1ſten Aug. iſt die Baupolizey-Commiſſion in Düſſeld. in Thätigkeit zu ſetzen; aus den Arrondiſſements erwarte ich nach und nach die Berichte und Vorſchläge hierüber. Uebrigens werden die Provinzialräthe zur Zeit über den genauen Vollzug und permanente Feſthaltung dieſer Anordnungen wachen, und in den monatlichen Polizeyberichten immer die Fortſchritte davon bemerken.

2977. — Paris den 5. Auguſt 1807. — A. P. Q.

Wir haben beſchloſſen und beſchlieſſen folgendes:

Art. 1. Die Strafen der Deſertion werden nach den Umſtänden des Verbrechens ſeyn:

1) der Tod, 2) das Kugeltragen, 3) die öffentliche Arbeit, 4) eine Geldſtrafe in jedem Fall.

Art. 2. Mit dem Tode wird beſtraft:

1) Der Deſerteur, welcher zum Feinde übergehet, 2) alle Anführer eines Deſertionskomplots, 3) alle diejenigen, welche von ihrem Poſten (Schildwache) deſertiren, 4) alle Deſerteurs, welche ihr Pferd oder das Pferd irgend eines Militairs mit ſich genommen haben, 5) alle Deſerteurs, welche entweder ihr Seiten- oder ihr Schießgewehr bey ſich getragen haben, 6) alle Deſerteurs, welche das Schießgewehr oder das Seitengewehr eines ihrer Kameraden bey ſich getragen haben.

Art. 3. Die Strafe des Kugeltragens kommt zur Anwendung:

1) gegen die Deſerteurs, welche ſich ins Ausland begeben, 2) gegen diejenigen Deſerteurs, welche ſich

ins Innere des Landes begeben und Kleidungsstücke oder Effekten ihrer Kameraden mit sich genommen haben, 3) gegen die Deserteurs, welche sich ins Innere des Landes begeben und mehr als einmal desertirt sind, 4) gegen diejenigen, welche von einer öffentlichen Arbeits-Anstalt desertiren.

Art. 4. Die Dauer der Strafe des Kugeltragens wird immer zehn Jahre seyn und um zwey Jahre erhöhet werden, wenn einer von folgenden Umständen eintritt:

1) wenn die Desertion nicht einzeln verübt ist, 2) wenn der zu Bestrafende in irgend einem Dienst begriffen war, oder wenn er die Wälle erstiegen hat, 3) wenn derselbe von der Armee oder von einer Gränz-Festung desertirt ist.

Art. 5. Die Desertion ins Innere des Landes wird mit der Strafe der öffentlichen Arbeit geahndet:

Art. 6. Die Dauer der Strafe der öffentlichen Arbeit wird immer drey Jahre seyn und um zwey Jahre erhöhet werden:

1) wenn die Desertion nicht einzeln verübt ist, 2) wenn der zu bestrafende in irgend einem Dienste begriffen war, oder wenn er die Wälle erstiegen hat, 3) wenn derselbe von der Armee oder von einer Gränz-Festung desertirt ist, 4) wenn er Effekten mit sich genommen hat, welche ihm vom Staat oder von seinem Korps angeschafft waren.

Art. 7. Ausser diesen Strafen wird jeder Deserteur noch mit einer Geldbuße von fünfhundert Reichsthalern belegt, welche auf folgende Art einzuziehen ist.

Sobald ein öffentliches Blatt einen Deserteur bezeichnet, müssen die Civil-Autoritäten dessen jetziges Vermögen bis zur Summe von 500 Rthlr. versilbern lassen, und wenn solches nicht hinreichen möchte, dasjenige in Beschlag nehmen, was er künftig durch Erbrecht zu hoffen hat, um dadurch jene Geldbuße von 500 Rthlr. vollständig herbeyzuschaffen.

Art. 8. Die durch das Loos entweder zum wirklichen Militärdienst, oder zur Reserve bestimmten Individuen,

welche ſich an dem beſtimmten Tage nicht einfinden, ſo wie diejenigen, welche zur Zeit der Verloſung abweſend waren und nach erfolgter geſetzlichen Vorladung nicht wieder zurückkommen, werden als Deſerteurs behandelt.

Art. 9. Die Eltern der entwichenen Conſcribirten ſind in den, Art. 8. bemerkten Fällen für die Geldbuße von 500 Rthlr. auf civile Art, in ſo fern nämlich das eigene Vermögen des Sohnes nicht hinreichend iſt, verantwortlich, wenn ſie nicht nachweiſen können, alle in ihrer Macht befindlich geweſene Mittel angewendet zu haben, um das Entweichen ihres minderjährigen Sohnes zu verhindern, oder wenn ſie nicht hinlänglich darthun, daß es nicht von ihnen abhängt, die Rückkehr deſſelben zu bewirken.

Art. 10. Diejenigen, welche einen Deſerteur wiſſentlich verbergen oder ſeine Austretung begünſtigen, oder ihn der geſetzlichen Verfolgung entziehen, wie auch diejenigen, welche einen Conſcriptionspflichtigen auſſer Landes zu gehen verleiten, oder ihm dazu die Mittel verſchaffen, werden durch die Civil-Autoritäten mit einem einjährigen Gefängniß und einer Geldbuße beſtraft, welche nicht geringer als 100 Rthlr. und nicht höher als 1000 Rthlr. ſeyn darf.

Art. 11. Obige Verfügung ſoll in Unſerm Großherzogthum in beyden Sprachen öffentlich bekannt gemacht werden.

Art. 12. Unſer Miniſter des Innern iſt mit Vollziehung deſſelben beauftraget.

Bemerk. Publizirt zu Düſſeldorf am 2. Sept. d. J. (Conf. Nro. 3006.)

2978. — Paris den 25. Auguſt 1807. — A. P.

Die im Stempel-Geſetz vom 28. März d. J. (Nro. 2949) beſtimmten Formen und Preiſe der Stempelpapiere werden abgeändert, resp. verringert.

2979. — Den 5. Sept. 1807. — A.

Erneuerte allgemeine Feuer-Ordnung für das Großherzogthum Berg.

Der Mangel an hinreichenden Exemplaren der von der ehemaligen Churfürstlichen Landes-Direction unterm 2ten Sept. 1803 erlassenen allgemeinen Feuer-Ordnung hat eine neue Auflage derselben erforderlich gemacht, bey welcher Gelegenheit denn auch einige kleine Abänderungen getroffen sind.

Der Minister des Innern verordnet demnach folgendes:

I. Abschnitt.

Vorsichts-Maßregeln, um der Entstehung einer Feuersgefahr vorzubeugen.

§. 1. Jeder Hauswirth ist schuldig, in seinem Hause, bey dem Heerde, an den Oefen, Backöfen, und sonst überall auf Feuer und Licht zu jeder Zeit vorzüglich aufmerksam zu seyn, und nicht nur Sorge zu tragen, daß seine Kinder, Bediente, Beywohner, Gäste, und alle andere, welche sich in seinem Hause aufhalten, damit behutsam umgehen, sondern auch darauf zu wachen, daß seine Nachbarn in dieser Hinsicht die nöthige Vorsicht gebrauchen; sonst aber, und wenn freundschaftliche Warnung nichts fruchten sollte, davon der Obrigkeit sogleich die Anzeige zu machen.

§. 2. Wer Taback rauchen will, soll sich überall einer Kapsel oder eines Deckels bedienen; das Tabackrauchen ist aber ohne Unterschied mit oder ohne Deckel, sowohl bey Tage als bey der Nacht bey drey Rthlr. Strafe verbothen:

1) auf den Gassen und Straßen in den Ortschaften, 2) in den Fabrick-, Farb- und sonstigen Arbeitshäusern, 3) in den Magazinen, 4) in den Werkstätten der Schreiner, Zimmerleute, Dreher, Weber, Schneider, und anderer Handwerksleute, welche mit feuerfangenden Sachen umzugehen haben, 5) beym Decken der Dächer, 6) in Ställen, Höfen, Scheuern, Heuböden, und überhaupt 7) an allen gefährlichen Orten.

Dieselbe Strafe trifft auch jeden, welcher solche Verwahrlosung sieht und sie nicht angiebt. Der Kauf- und Handwerksmann wie auch der Hauswirth wird aber mit der doppelten Strafe belegt, wenn er den Uebertreter in seinem Hause wahrnimmt, und denselben nicht auf der Stelle der Obrigkeit zur Bestrafung anzeigt. Diejenigen Uebertreter, welche die Geldstrafe zu erlegen nicht vermögend sind, werden so lange bey Wasser und Brod gesetzt, und zu einer schicklichen Arbeit angehalten, bis sie den Betrag abverdienet haben.

§. 3. Unter derselben Strafe ist verbothen, die Speicher, Höfe, Scheuern, Ställe, und andere Orte, wo sich brennbare Materialien befinden, mit offenem Lichte, und ohne eine wohlverwahrte und wohl zugemachte Leuchte, oder Laterne zu betreten. Die Laterne darf nicht offen stehen, noch weniger das Licht herausgenommen, und am allerwenigsten dieses an die Latierposten oder sonst hin und her angeklebt werden.

§. 4. Das Dreschen der Früchte, wie auch das Füttern in den Ställen mit offenem Lichte oder mit offener Leuchte ist unter diesem Verbothe begriffen, und wo solche Verrichtungen des Morgens und des Abends unvermeidlich bey Lichte sollten geschehen müssen, muß ein besonderer mit Steinen ausgemauerter, oder sonst feuerfester Platz, oder ein Behältniß vorhanden seyn, wo die verschlossene Leuchte hingestellt werden kann, und ohne sie irgend anders zu setzen, dergestallt hingestellet werden muß, daß kein Holz, Stroh, Heu, oder sonst leicht feuerfangender Gegenstand die Leuchte oder Laterne erreichen könne.

§. 5. Alle Arbeiten an Flachs, Hanf, und Werrich oder Werk, als Schwingen, Buchen, Brechen, und Hecheln sollen nicht bey der Nacht oder bey dem Lichte, noch in den Häusern, Höfen, Scheuern, und Ställen, sondern bey Tage und entfernt von den Gebäuden oder ausser den Ortschaften geschehen. Eben so wenig darf der Flachs am Feuer, im Zacken, am Kamin, Rauchfange, oder sonst an gefährlichen Orten getrocknet werden.

§. 6. Bey dem Malzdörren auf den sogenannten Essen, oder Darren muß mit der äußersten Behutsamkeit und Vorsicht zu Werke gegangen, ununterbrochene Aufsicht

darüber gehalten, und ein Behältniß mit Wasser dabey jeder Zeit zur augenblicklichen Auslöschung des entstehen könnenden Feuers in Bereitschaft gestellt werden; weil aber dergleichen Essen gar zu gefährlich sind, auch das Bier aus dem darauf getrockneten Malze der Gesundheit nicht zuträglich ist, so sollen für die Zukunft deren gar keine mehr erbauet werden dürfen.

§. 7. Die heisse Asche, oder glühende und glimmende Kohlen müssen nicht auf Brettern oder hölzernen Böden, oder an hölzernen Wänden, noch wo sonst feuergefährliche Sachen sich befinden, ausgeschüttet, nicht in hölzernen, sondern in eisernen oder steinernen Gefäßen, bis sie völlig kalt geworden, mit Sorgfalt aufbewahret, und alsdenn erst an feuerfeste, oder von den Gebäuden entfernte Orte gebracht werden.

§. 8. Die Materialisten und Apotheker sollen beym Distilliren des Spiritus, und anderer feuergefährlichen Materien, so auch die Anstreicher beym Kochen des Oehles zu ihren Farben, und die Schreiner und Buchbinder bey dem Kochen des Leimes und der Schwärze, wie auch alle diejenigen, welche Theer und Firniß zu kochen, Wagenschmeer zu sieden, Wachs- und Unschlittlichter zu ziehen haben; ingleichen noch ins besondere die herum ziehenden Zinngießer und Kesselflicker bey ihrer Arbeit die möglichste Vorsicht gebrauchen, und solche Operationen entweder entfernt von den Gebäuden, oder nur an feuerfesten, gegen jede Feuersgefahr hinlänglich und zuverläßig geschützten, Orten vornehmen.

§. 9. Die Pulverhändler dürfen in ihren Häusern auf einmal nicht über 10 Pfund Pulver aufbewahren, und auch diese müßen nur in metallenen Büchsen und an einem solchen abgelegenen Orte im Hause niedergelegt werden, wohin jedem, ausser dem Eigenthümer selbst, der Zugang versperret ist. Bey der Nacht, oder beym Lichte darf niemahls Pulver verkauft oder herausgegeben werden.

§. 10. Das Abschießen der geladenen Büchsen in- oder nahe bey den Städten, Flecken, Dörfern und Ortschaften, wie auch das Schießen bey Processionen, Neujahrstagen, Kindtaufen und Hochzeiten ist durchaus verbothen. Eben so soll niemand ohne besondere Erlaubniß der Policey sich

unterstehen, Feuerwerke abzubrennen, Raketten zu werfen, oder Freudenfeuer anzuzünden. Jeder ist befugt und verpflichtet, den Kindern die Schieß- und Feuerinstrumente, welche sie in Händen haben, wegzunehmen, und dafür Sorge zu tragen, daß das von denselben in den Straßen, oder an öffentlichen Plätzen angezundete Feuer ausgelöscht werde, auch der Obrigkeit davon die Anzeige zu machen.

§. 11. Wenn die Aeltern zur Feldarbeit oder sonst ausgehen, so sollen sie die kleinen Kinder, welche mit dem Feuer noch nicht umzugehen wissen, nicht allein im Hause beym Feuer zurück lassen, noch weniger dabey einsperren.

§. 12. Kein Feuer darf von einem Orte zum andern anders, als in eisernen oder steinernen Gefäßen getragen werden; mit glühenden Kohlen, Feuerbränden, und Stroh-Fackeln darf niemand die Speicher, Höfe, Scheuern, Ställe, und andere feuergefährliche Orte betreten.

§. 13. Das Feuer bey den Heerden, Oefen und sonstigen Feuerstätten muß des Abends oder gegen die Nacht wohl zugescharrt, oder ausgelöscht, auch die Ofenthürlein wohl verschlossen und verwahrt werden, damit die Luft nicht hereinspielen, und das Feuer von Katzen und Hunden nirgends aufgefangen und verschleppt werden kann.

Diejenigen, welche den vorstehenden Vorschriften von §. 1. bis 13 einschließlich entgegen handeln, es möge ein wirklicher Brandschade daraus entstehen oder nicht, haben die §. 2 bestimmte Strafe verwirket, welche beym Wiederhohlungsfalle verdoppelt, auch sonst nach Umständen, und nach Maaßgabe der Gefahr, die mit der Zuwiderhandlung verknüpft war, verschärft werden wird.

§. 14. Auf die Abhaltung des verdächtigen Gesindels hat die Polizey schon überhaupt mit aller Strenge zu wachen; insbesondere wird aber hier verordnet, daß niemand fremde und unbekannte Leute in den Scheuern oder Ställen aufnehmen und beherbergen soll, auch selbst den Bekannten soll dieses anders nicht, als ohne Licht und ohne Tabackrauchen gestattet werden, wofür der Hausherr verantwortlich ist.

§. 15. Alle feuerfangende Sachen, als Heu, Stroh, Späne, Hanf, Flachs, Holz, Pech, Thran, Schwefel,

Salpeter, und dergleichen sollen von den Heerden, Oefen, Kaminen, und andern Feuerstätten wenigstens 6 Schuhe weit entfernt gehalten, und nie zu nahe dabey gelegt werden. Die Dreher, Schreiner, Bender, Wagener und andere dergleichen Handwerksleute, welche mit Holz und Spänen umgehen, sollen sich besonders in Acht nehmen, daß sie nicht mit Licht, oder mit anderm Feuer an die Orte kommen, wo sie ihre gemachten Späne liegen haben; sie sollen vielmehr in Winterszeit weder ihre Werkstätten allzu nahe bey dem Ofen aufschlagen, noch auch, wenn sie bey Licht arbeiten müßen, solches eher in ihre Werkstatte bringen, bis sie die Späne bey Seite und an sichere Orte geschafft haben, wie denn auch besonders in dergleichen Werkstätten keine offene Kamine, Heerde, oder Kohlpfannen zur Erwärmung des Leimes, oder unter anderm Vorwande geduldet werden sollen.

Art. 16. Die Stroh- und Schindeldächer, wie auch die Strohdocken sind für die Zukunft gänzlich verbothen, die neuen Dächer müßen mit Ziegeln, Pfannen, oder Leyen gedeckt, und mit Haarspeise wohl eingeschmieret werden. Die an den noch vorhandenen Stroh- und Schindeldächern vorfallenden Reparaturen, es sey auf Haupt- oder Nebengebäuden, sollen nicht mit Stroh und Schindeln, sondern mit wohl eingeschmierten Ziegeln verfügt, sonst aber niedergerissen werden. Ueberhaupt sollen diese schädliche Dächer vor und nach abgeschafft werden, so daß höchstens nach 12 Jahren deren keine mehr im Lande erfindlich sind.

§. 17. Kein Schornstein oder Kamin soll in Zukunft ohne vorläufige Anzeige bey der vorgesetzten Obrigkeit, und ohne die von dieser mit Zuziehung beeidigter Werksverständigen über die Entfernung aller Feuersgefahr anzustellende Untersuchung errichtet werden. Die neuen Kamine müssen mit Mauerwerk, mit liegenden Backsteinen und wenigstens 3 Fuß hoch über das Dach, aufgeführt werden, besonders wird dabey empfohlen, sie mit einem eisernen Schieber zu versehen, um denselben bey dem im Kamin ausbrechenden Feuer gleich zuschieben zu können. Die Kamine der Schmiede, Schlösser, Bäcker, Brauer, Brandtweinbrenner und sonstiger Feuerhandwerker müssen vorzüglich mit hinlänglichen Brand- und Feuermauern versehen seyn. Keine hölzerne Rauchfänge dürfen für die

Zukunft erbauet werden. Die noch bestehenden hölzernen Kamine sollen nach den jüngst erlassenen Special-Verordnungen möglichst abgestellt werden; bey den vermögenden Einwohnern und bey Gebäuden, welche die steinernen Kamine ertragen können, wird sich um so viel weniger hierbey ein fernerer erheblicher Anstand einstellen können, da jedem freysteht, sein Gebäude in die Feuer-Assecuranz einschreiben zu lassen, und sich dadurch auf das Haus selbst Credit zu verschaffen. Durch eben diesen Credit werden gleichfalls bey Gebäuden, die bis dahin zu schwach waren, steinerne Kamine zu tragen, die Mittel erleichtert, sie fester und stärker zu bauen; aber auch an diesen Gebäuden müßen die hölzernen Kamine nicht länger geduldet werden, wenn sie nicht wenigstens mit Lehm, und demnächst mit Kalk und gewaschenem Sande, wirklich überzogen, oder von getrockneten leimenen sogenannten Sonnensteinen aufgeführt sind.

§ 18. Die Kamine müssen jährlich wenigstens 2 bis 3mahl und nach Maaßgabe des stärkern Gebrauches des Feuers zu mehrern Mahlen gereiniget werden. Die Kaminfeger sind verpflichtet, über die von ihnen geschehene Verrichtung die Bescheinigung beyzubringen, und die gefundenen Mängel sofort anzuzeigen.

§. 19. Bey Stellung der Oefen und Leitung der Röhre und Pfeifen in den Kamin muß jedesmahl ein Werksverständiger zugezogen werden, um aller Gefahr vorzubeugen. Die irdenen Röhre sind gänzlich verbothen.

§. 20. Die Backöfen auf dem Lande dürfen nicht zu nahe an den Gebäuden errichtet werden. Die bestehenden Backöfen, welche sich in diesem Falle befinden, müssen gleich weit genug von den Gebäuden verlegt, oder niedergerissen werden.

Diejenigen, welche den Vorschriften von §. 14 bis 20 einschließlich zuwider handeln werden, es möge ein Unglück daraus entstehen oder nicht, jedesmahl mit einer Strafe von sechs Rthlrn belegt, welche auf die Art verdoppelt und vermehret werden kann, wie im § 13 angegeben ist. Die Zimmerleute, Maurer und sonstigen Handwerker, welche sich für die Zukunft zur Arbeit am Stroh- und Schindeldecken, am Poppen mit Strohdocken, an

neuen hölzernen Rauchfängen, an neuen Essen, und an zu naher Anlegung der Backöfen gebrauchen lassen, verfallen in dieselbe Strafe, sie werden für den daraus entstehen könnenden Schaden mit angesehen, und bey Aufführung der Kamine haben sie besonders noch dafür zu haften, daß kein Balken in dem Schornstein zu liegen komme, sondern dieser mit gebackenen Steinen oben und unten wohl versehen und ausgefuttert, auch zum Einsteigen und Reinigen genug geräumig aufgeführet werde.

§. 21. Derjenige, bey welchem aus seinem oder der seinigen Verschulden oder Nachlässigkeit, oder aus Nichtbefolgung der obigen Vorschriften Brand entsteht, ist nebst der bestimmten Strafe schuldig, den dadurch seinen Nachbaren oder der Feuerassecuranz verursachten Schaden zu ersetzen.

§. 22. Wer vorsätzlich Feuer anlegt, oder Brand stiftet, wird nebst dem Ersatz des verursachten Schadens nach der Strenge der Criminal-Gesetze nach Bewandniß der Umstände als Brandstifter oder als Mordbrenner ohne Nachsicht bestraft.

§. 23. In den Städten und auf dem Lande sollen wenigstens zweymahl im Jahr zu bestimmten Zeiten, nähmlich im Frühjahr, und im Herbst alle Häuser, Feuerstätten, Oefen, Kamine, und noch vorhandene Essen besichtiget, auch die Leuchte oder Laterne, welche jeder Hausvater besitzen muß, in Augenschein genommen, zugleich darauf die Aufmerksamkeit gerichtet werden, wie mit dem Feuer und Licht umgegangen wird, und ob die oben gegebenen Vorschriften überall richtig befolgt werden.

Diese Visitation wird zum dritten Mahle, und bey Gelegenheit auch öfter, und zwar zur unbestimmten Zeit im Jahr wiederhohlet und erneuert.

Wo die Beamten und Magistratsglieder selbst diese durchaus nöthigen Visitationen vornehmen können, werden sie vorzüglich angewiesen, solche mit Zuziehung beeidigter Werksverständigen selbst zu vollziehen, um mit desto größerer Zuverlässigkeit die Mängel und Gebrechen untersuchen und diese auf der Stelle abschaffen zu können; in Verhinderungsfällen, und bey zu weiter Entfernung

mögen sie zwar die Vorsteher, Schöppen, Mauermeister, Zimmerleute, Kaminfeger, und andere Vertraute und zuverlässige Männer dazu ausersehen; diese sind aber alsdenn verpflichtet, ihr pflichtmäßiges Referat über ihre Verrichtungen sowohl, als über die geschehene Abstellung der vorgefundenen Mängel schriftlich an die Beamten abzustatten; und die ebenerwähnten Referate sind so, wie die von den Beamten und Magistraten selbst abgehaltenen Visitations-Protocolle alle halbe Jahre der provinzialräthlichen Behörde einzusenden, zu welcher Einsendung hiermit die letzte Hälfte des Monaths April, und die letzte Hälfte des Monaths November dermaßen bestimmt wird, daß die säumigen Beamten und Magistrate jedesmahl eine Strafe von 6 Rthlrn verwirkt haben, und ihnen ohne weiteres auf ihre Kosten ein Bothe zugeschicket werden soll, um den zurückstehenden Bericht abzuhohlen.

§. 24. Auch soll innerhalb einer dreymonathlichen Frist vom heutigen Tage angerechnet, von sämmtlichen Beamten und Magistraten ein genaues Verzeichniß

1) von allen noch vorhandenen Stroh- und Schindeldächern, 2) von den mit Strohdocken gepoppten Ziegeldächern, 3) von den noch vorhandenen hölzernen Rauchfängen, und endlich 4) von allen noch bestehen mögenden Malz-Essen eingesandt werden, damit auf die möglichste Verminderung oder Abschaffung derselben der unablässig fortgesetzte Bedacht genommen werden könne.

II. Abschnitt.

Hülfsmittel, um sich bey einer entstehen könnenden Feuersbrunst gefaßt zu halten.

§. 25. Vor allen Dingen ist dafür zu sorgen, daß es nie an Wasser zum Löschen gebrechen kann. An den Orten, wo sich keine starke Bäche befinden, müssen gemeine Wasserbrunnen, Weiher, Teiche, und Pfühle angelegt, und diese, wie auch die Viehtränken dermaßen unterhalten werden, daß selbst bey der größten Dürre kein Wassermangel entsteht. Bey solcher Dürre sowohl als auch in Winterszeiten bey starkem Froste muß jeder Hausvater ein Behältniß mit Wasser in oder vor seinem Hause in Bereitschaft stehen haben, und solches bey Winterszeit und allzustrenger Kälte gegen Frost verwahren.

§. 26. Die zur Löschung eines ausbrechenden Feuers erforderlichen Geräthe bestehen

1) in Feuer-Eimern, 2) in Feuer-Leitern, 3) in Feuerhaken, 4) in Wasserkufen, und 5) in Feuerspritzen.

§. 27. In den Städten darf nach Maaßgabe ihrer Größe und Gebäude-Anzahl kein Mangel an den hier benannten Feuergeräthschaften erscheinen. Wo es irgend an hinlänglichem Vorrath noch gebricht, muß die Anschaffung unverzüglich geschehen. Ein vollständiges Inventarium muß darüber errichtet, und in der Stadtregistratur aufbewahret werden. In diesem Inventarium müßen nicht nur die Eimer, Leitern, Haken, Wasserkufen, und Spritzen, mit ihren Zubehörungen, sondern auch die Orte, wo sie hingestellet sind, oder wo sie sich in Verwahr befinden, genau beschrieben seyn. Jede Stadt hat eine beglaubigte Abschrift dieses Inventarii in der § 24 bestimmten dreymonathlichen Frist dem Provinzial Rath einzusenden, und dabey zugleich pflichtmäßig zu bemerken, welche Geräthschaften etwa noch während dieses Zeitraumes haben angeschaffet werden müssen, indem man von allen Behörden erwartet, daß sie sich dieserhalb keiner Verantwortlichkeit aussetzen werden.

§. 28. Wie in den Städten, so muß auch auf dem Lande jeder Hausbesitzer nebst der gewöhnlichen Hausspritze einen mit seinem Nahmens Buchstaben bezeichneten tauglichen ledernen Eimer halten, und denselben, ohne ihn zu etwas anders zu gebrauchen, unten im Hause, wo er gleich ergriffen werden kann, aufbewahren. Diese privat ledernen Eimer müßen innerhalb eines vierrel Jahres von den Hausbesitzern angeschafft seyn, nur die Leyendecker, Kaminfeger, Zimmerleute und Maurer sind von solcher Anschaffung ausgenommen, weil diese mit ihren Hämmern, Sägen, Aexten, Beilen ꝛc. zum Feuer eilen müßen.

§. 29. Auſſer diesen privat ledernen Eimern muß jede Stadt und jede Gemeine eine verhältnißmäßige Anzahl von gemeinen ledernen Eimern in Vorrath haben, welche an einem wohlverwahrten trockenen Orte aufgehoben werden müssen, um sie zur Feuers-Zeit sogleich zur Hand bringen und gebrauchen zu können.

§. 30. Die auf dem Lande in jedem Ackerhofe vorhandenen Leitern können schon bey der Feuersnoth gute Dienste leisten; demohngeachtet aber muß noch jeder Ort, wo die Gebäude nebeneinander liegen, nach seiner Größe mit 2, 3, oder mehrern gemeinen Feuerleitern versehen, und diese müssen so beschaffen seyn, daß sie über das höchste Gebäude im Dorfe reichen.

§. 31. Eben so müssen in jeder solcher Ortschaft wenigstens 2 bis 4 große Feuerhaken angeschafft und in Bereitschaft gehalten werden.

§. 32. In jedem Orte, wo die Häuser zusammenliegen, müssen einige gemeine Wasserkufen vorhanden, in Zeiten der Dürre mit Wasser angefüllt und auf Schlitten gestellt seyn, damit sie schleunig zur Brandstätte geführet werden können.

§. 33. Es wäre zu wünschen, daß auch in einem jeden wenigstens mittelmäßigen und großen Dorfe eine große metallene Feuer- oder Schlauchspritze gehalten werden könnte, indem solche bey entstehenden Feuers-Brünsten den besten Nutzen verschaffen; da aber dieses nicht überall zumahl in den Gebirgen und Anhöhen Anwendung finden kann, so wird vorordnet

1) daß in jeder Gemeine, wo die Anhöhen und Gebirge den Gebrauch der großen Brandspritzen nicht verhindern, wenigstens eine von solchen großen Spritzen angeschafft werden soll,

2) falls gleichwohl diese Anschaffung, einer einzelnen Gemeine zu beschwerlich fallen möchte, so sollen mehrere Gemeinen und Ortschaften zusammengesetzt werden, um die Anschaffung einer solchen Brandspritze bestreiten zu können, welche so viel möglich, in der Mitte der concurirenden Ortschaften zum gemeinschaftlichen Gebrauch aufbewahret werden muß;

3) in jenen Gegenden aber, wo die Gebirge und Anhöhen den Gebrauch der großen Feuerspritzen nicht gestatten, sollen kleine Tragspritzen angeschafft werden, welche mit gutem Nutzen überall hingebracht, und selbst in den Häusern gebraucht werden können.

§. 34. Die Einführung der sogenannten Feuerpatschen verdienet allenthalben vorzüglich empfohlen zu werden; es sind große und breite Schwämme, welche man an Stangen befestiget, die sehr vieles Wasser in sich ziehen, und das Feuer durch den Zuschlag auf die schnellste Weise dämpfen.

§. 35. Die angeschafften Feuergeräthschaften müssen fortwährend in solchem guten Stande unterhalten werden, daß sie jedes Mahl auf der Stelle die zweckmäßigen Dienste leisten können; insonderheit ist bey den Feuerspritzen darauf zu sehen, daß das Schraubwerk, und die Schläuche von Zeit zu Zeit wohl eingeschmieret werden.

§. 36. Die gemeinen Feuergeräthschaften sind an bequemen zuverlässigen Orten aufzubewahren. Zu den verschlossenen Spritzen sind mehrere Schlüssel auszutheilen, damit jeder von denjenigen, welchen sie anvertraut sind, bey entstehendem Feuerlärm dazu eilen kann. Bey jeder Feuerspritze müssen die dazu gehörigen ledernen Schläuche, und wenigstens 12 bis 24 gemeine lederne Eimer vorhanden seyn.

§. 37. Bey den §. 23 bestimmten Visitationen müssen alle Feuergeräthschaften mit in Augenschein genommen und die Spritzen probiret, die allenfalls befundenen Mängel aber auf der Stelle verbessert werden; und ob, und wie dieses geschehen ist, muß in den halbjährigen Berichten bey Strafe von 6 Rthlrn pflichtmäßig von den Beamten und Magistraten angezeigt werden.

§. 38. Die Anschaffungs und Unterhaltungskosten der gemeinen Feuergeräthschaften werden, wenn nicht schon hinreichende Gemeinheitsmittel vorhanden sind, als Communal-Last auf alle Gemeinheitsglieder ohne Unterschied umgelegt, die desfalsige Verordnung muß jedoch zuvörderst dem Ministerio des Innern zur Genehmigung vorgelegt werden.

§. 39. Für die Städte ist §. 27 bereits eine dreymonathliche Frist vom heutigen Tage angerechnet, bestimmt worden, um die allenfalls noch abgängigen Geräthe anzuschaffen. In den Gemeinen auf dem Lande muß diese Anschaffung in Zeit von sechs Monathen bewerkstelliget

seyn. Beym Ablaufe dieser sechs Monathe haben die Beamten ein umständliches Verzeichniß der vorräthig gewesenen und in mittelst noch angeschafften Feuergeräthschaften mit Benennung ihrer Zubehörungen und mit Bemerkung der Orte, wo sie aufbewahret werden, einzuschicken.

III. Abschnitt.

Anstalten bey wirklich ausgebrochener Feuersbrunst.

§. 40. Jeder, welcher, wo es auch sey, einen Brand wahrnimmt, er mag gefährlich scheinen oder nicht, soll bey 3 Rthlr. Strafe unverzüglich das Feuer ausrufen und Lärm machen; wer aber ein in seinem Hause entstandenes Feuer heimlich halten, und sich dabey auf das Selbstlöschen verlassen wollte, ohne augenblicklich Lärm zu machen, es möge daraus ein weiteres Unglück entstehen oder nicht, verfällt in die doppelte Strafe, und er ist nebst derselben schuldig, wenn durch die Verhehlung des Brandes ein weiterer Schaden entsteht, diesen nach dem §. 21 zu ersetzen.

§. 41. Die Nachtwachen sind verbunden, bey der Nacht auf Feuer und Licht fleißig Acht zu geben, und sobald sie einiges Unglück bemerken, sollen sie solches nicht nur durch ungewöhnliches Blasen oder Geschrey ankündigen, sondern auch sowohl an dem Hause des Brandes als an den benachbarten Häusern und Thüren anklopfen und Allarm machen.

§. 42. Jeder, der bey seinem Nachbar, es sey bey Tag, oder bey der Nacht, einen brandigen Geruch wahrnimmt, und daher argwohnet, daß ein Feuer glimme, und Gefahr zu besorgen sey, ist befugt und verpflichtet, sich an Ort und Stelle zu begeben, zuverlässige Erkundigung darüber einzuziehen, und bey Entdeckung der Gefahr Lärm zu machen.

§. 43. Bey dem ersten Feuergeschrey muß durch Blasen oder Trommelschlag, oder durch den Anschlag der Sturm- oder Brandglocke Allarm gemacht, und diese Lärmzeichen müssen bey zunehmender Gefahr wiederhohlet und vermehret werden, damit die zu Hülfe eilenden Nachbarn sich darnach zu richten wissen.

§. 44. Sobald irgend Feuer ausbricht, müssen die Einwohner des Orts mit ihren privat ledernen Eimern zur Brandstätte eilen, die gemeinen Feuergeräthschaften müssen unverzüglich herbeygebracht, und von denjenigen, welche Pferde halten, die Brandspritzen, und Wasserkufen, schleunigst hinzugeführet werden.

§. 45. Auch die Bewohner der in der Nachbarschaft des Brandes gelegenen Oerter sind schuldig, mit ihren Feuergeräthschaften herbeizueilen, und den Nothleidenden alle mögliche Hülfe, soviel an ihnen liegt, zu leisten.

§. 46. Diejenigen, welche Brunnen, Sargsteine, oder sonstige Wasser-Behältnisse in ihren Häusern haben, sollen den Zugang dazu öffnen, um das Wasser zu dem Feuer hernehmen zu können. Wer dagegen ein Hinderniß in den Weg legt, wird mit 6. Rthlr. und nach Befinden schärfer bestraft.

§. 47. Damit man auch bey Nachtzeit ungehindert fortkommen könne, sollen in der Gegend des Brandes, auch besonders, wo man das Wasser herzuhohlen hat, bey den Brunnen, Bächen ꝛc. Pechkränze aufgesteckt, oder wenigstens Laternen oder Leuchten aufgehängt werden.

§. 48. Die Magistratspersonen, und Beamten, Dinger, Richter, Vögte, Schuldheißen, Rent- und Steuerempfänger, Bürgermeister, Schöppen und Vorsteher sollen, so viel möglich, die allererſten seyn, die sich beim Feuer einfinden, um die Leute zu den Löscharbeiten anzuweisen, und solche Ordnung zu halten, daß alle Verwirrung beseitiget werde. Sowohl zum Wasserschöpfen als zum Löschen müssen die Leute nicht auf einem Fleck zusammen, sondern in Reihen gestellet, und nach der Lage des Ortes und Erforderniß der Umstände so vertheilet werden, daß einer den andern in der Arbeit nicht hindere, sondern alles desto schleuniger von Statten gehe, und besonders das Wasser desto geschwinder in Menge herbeygeschafft werden könne.

§. 49. Alle unbrauchbare Leute und Kinder, welche beym Löschen nichts helfen können, sondern nur Hindernisse verursachen, sollen mit Ernst abgehalten, und überhaupt

keine müßige Zuschauer geduldet, sondern diese zur Arbeit oder sonstiger Hülfsleistung angewiesen werden.

§. 50. Die Schornsteinfeger, Dachdecker, Zimmerleute und Maurer, welche nach dem 28. §. mit ihren Werkzeugen gleich zur Brandstätte eilen müssen, sollen die in Brand stehenden und zunächst darum gelegenen Häuser, so viel immer möglich, besteigen, und nach ihrem besten Vermögen, sowohl zur Dämpfung des Feuers, als Verhinderung dessen weiterer Ausbreitung die möglichste Hülfe leisten.

§. 51. Sollte der wirkliche Nothfall eintreten, nächstgelegene Gebäude niederreißen zu müssen, so ist dabey mit aller Vorsicht zu Werke zu gehen, und besonders dafür zu sorgen, daß das einzureißende Gebäude in sich selbst hineingestürzet, nicht aber auseinander gerissen werde, indem dadurch nur die Flamme vermehret, und Flugfeuer verursachet wird.

§. 52. Ueberhaupt ist es bey jedem Feuers-Ausbruch die erste Nothwendigkeit, die zustreichende Luft, soviel als nur immer geschehen kann, zu verhüten. Aus dieser Ursache ist oben §. 17 ein eiserner Schieber bey den Kaminen, um ihn gleich zuschieben zu können, anbefohlen worden. Eben deshalb muß auch das Einschlagen der Wände, Dächer, oder gar der Schornsteine ohne die äußerste Noth nicht vorgenommen werden.

§. 53. Auf das Flugfeuer muß besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden, die Dächer der nahe liegenden, und demselben ausgesetzten Häuser und Gebäude müssen mit nassen Tüchern belegt, und diese beständig begossen werden.

§. 54. Diejenigen, welche sich in Feuersnöthen ungehorsam oder zur Handhabung und Rettung des gemeinen Nutzens widerspenstig bezeigen, welche Unrath oder sonstige hindernde Sachen in die Spritzen werfen, und überhaupt, welche Unordnung oder Verwirrung stiften, sollen nach Umständen mit 3 — 6 oder 10 Rthlr., allenfalls auch mit Gefängniß gestraft werden; wer aber vorsätzlich an Feuergeräthschaften als Spritzen, Schläuchen, Eimern, Leitern, Haken, Schaden zufüget, soll gleich gefänglich eingezogen, und nicht eher losgelassen werden, bis der Schade ersetzt ist.

§. 55. Dagegen haben diejenigen, welche sich bei entstandener Feuersbrunst durch ihren Eifer, Fleiß, Aufmerksamkeit, und Beyhülfe vorzüglich auszeichnen, Belohnung zu erwarten, nämlich:

1) Wer zuerst durch Feuerrufen und Lärm den im Hause eines andern entstandenen Brand bekannt macht, 1 Rthlr.

2) Welche den ersten Feuerhaken, oder die erste Feuerleiter, oder die ersten Feuer-Eimern von einem andern Orte zur Brandstätte bringen, 2 Rthlr. 50 Stbr.

3) Welche die erste Feuerspritze herbeyführen, 4 Rtlr.

4) Welche die erste gemeine Wasserkufe mit sauberm Wasser zum Feuer oder zur Spritze bringen, 1 Rthlr.

5) Derjenige Handwerks- oder sonst herzhafte Mann, der sich zuerst auf den brennenden Bau waget, seine Bravour zeiget, und vor andern ersprießliche Rettungshülfe leistet, 4 Rthlr.

§. 56. Sollte denjenigen, welche sich am ersten beym Brande gefunden, und sich am meisten exponiret, und als rechtschaffene Bürger und Nachbaren treulich geholfen haben, ein Unglück oder Schade am Körper zustoßen, so soll ihnen aus Gemeinheitsmitteln ein verhältnißmäßiger Ersatz geschehen.

57. Gleich beym Ausbruche, und während der Dauer des Brandes müssen einige Leute von anerkannter Redlichkeit ausersehen werden, um auf die Mobilien, Vieh und sonstige Sachen und Effekten, welche auf einen zu bestimmenden entlegenen feuersichern Platz in Sicherheit gebracht werden, zu wachen, damit sie nicht verschleppt, oder beschädiget werden können. An denjenigen Orten, wo Militär befindlich, ist der wachthabende Officier oder Unteroffizier verpflichtet, für die Sicherheit dieser Mobilien, Moventien ꝛc. sorgen und solche gehörig bewachen zu lassen.

§. 58. Diejenigen aber, welche bei dergleichen unglücklichen Begebenheiten das allergeringste, wie wenig es auch sey, entfremden, oder unterm Vorwande des Flüchtens anderweitig verbringen, oder das bey ihnen geflüchtete Gut gefährlicher Weise verdunkeln, oder verläugnen, sollen als Diebe peinlich gestraft werden.

§. 59. Nach gelöschtem Brande müssen die Feuergeräthschaften wiederum an Ort und Stelle geschafft werden, jedoch ist nach Beschaffenheit der Umstände, obgleich das Feuer gänzlich gelöscht zu seyn scheint, eine gewisse Anzahl Leute, nebst dem nöthigen Geschirr, und einer hinlänglichen Quantität Wasser noch einige Zeit bey der Stelle zu halten, damit, wenn das vermeintlich gelöschte Feuer durch Wind, oder auf eine andere Art sich wieder entzünden, und ausbrechen sollte, die Rettungsmittel zur Hand sind. Ist gar keine Gefahr mehr vorhanden, so wird der Rest der Feuergeräthschaften ebenfalls zurückgeliefert, sämmtliche Feuergeräthschaften müssen aber des folgenden Tages genau visitiret, und jeder Abgang oder Schade an Spritzen, Schläuchen, Eimern, Leitern, Haken sogleich wieder ausgebessert werden.

§. 60. Die Beamten und Magistrate sollen jedesmahl nach einem Brande, und zwar höchstens innerhalb der ersten 3 Tage die Untersuchung anstellen, 1) ob der Brand durch Bosheit, Schuld, Nachlässigkeit, oder Verhehlung oder auf welche sonstige Art und Weise ausgebrochen sey, 2) ob ein jeder beym Löschen des Feuers seine Pflicht beobachtet habe, wer säumig oder ungehorsam befunden worden, oder gar so verwegen gewesen sey, verbothene Ausschweifungen zu begehen. Auch muß in dem desfallsigen Protokoll, welches in den ersten 8 Tagen einzuschicken ist, genau bemerkt werden, 3) wie die Säumigen, Ungehorsamen, oder Widerspänstigen wirklich bestraft worden sind; übrigens ist 4) in Ansehung der Feuer-Assecuranz mit der Untersuchung und Schätzung des entstandenen Schadens nach der einschlägigen Feuer-Assecuranz-Ordnung pünktlich zu verfahren.

§ 61. Bey guten Feueranstalten kommt es hauptsächlich darauf an, daß in allem eine gute Ordnung gehalten werde, und besonders daß ein jeder zum voraus gleich wisse, was er auf den Fall einer entstehenden Feuersbrunst dabey zu thun hat. Da aber dieses sich nicht besser, als für eine jede Stadt, oder für einen jeden Ort nach den Localverhältnissen insbesondere bestimmen läßt, so soll von den Magistraten oder sonstigen Stadt-Obrigkeiten für jede Stadt ein eigenes Reglement errichtet werden. Dieses Reglement muß enthalten: a) die zu den Feuerinstrumenten bestimmten Personen, b) ihre Verrichtungen, c) Obliegenheiten der Kaminfeger, Leyendecker, Zimmerleute, und Maurer, d) Ordnung im Löschen.

auf Unordnungen, f) sichere Verwahrung der gerettet werdenden Sachen, g) Wache wider das Stehlen.

Dieses Reglement ist in der §. 27 und 39 bestimmten Frist abschriftlich dem Herrn Provinzial-Rath einzusenden.

Auf dem Lande kann zwar nicht überall ein so vollständiges Reglement wie in den Städten erwartet werden, gleichwohl sollen die Beamten für die verschiedenen Amts-Distrikte ein gleiches Reglement wenigstens über die Bestimmung der Personen, welche mit den Feuergeräthschaften am besten umzugehen wissen, über die Eintheilung der Arbeiter zum Wasserschöpfen und zum Löschen, über die Aufstellung der Wachen wider Unordnungen und wider das Stehlen entwerfen, und innerhalb einer sechsmonatlichen Frist einsenden. Derjenige Beamte, welcher in dieser für das Land so wichtigen Angelegenheit das beste, und den andern Aemtern zum Muster dienen könnende Reglement der Löschanstalten liefert, soll nebst öffentlicher Bekanntmachung seines Verdienstes eine Prämie von 50 Rthlrn. erhalten. Diese Prämie wie auch die §. 55 bestimmten Belohnungen werden aus dem Brüchtenfond bestritten, welchem wechselseitig die aus den Uebertretungen der Feuerordnung entspringenden Geldstrafen zufallen.

IV. Abschnitt.

Vorkehrungen um die wirkliche und fortwährende Vollziehung der gegenwärtigen Feuer-Ordnung sicher zu stellen.

§. 62. Die in dieser Feuer-Ordnung vorgeschriebenen Punkte müssen auf das genaueste beobachtet werden, wozu jeder sich von selbst um so viel ernstlicher beeifern wird, da die Rettung seines eigenen Hab und Gutes und das Wohl aller der einzige Zweck der vorhandenen Vorschriften ist.

§. 63. Damit aber niemand sich der Unwissenheit halber entschuldigen könne, so soll gegenwärtige allgemeine Feuerordnung 1) durch das Wochenblatt bekannt gemacht, 2) von allen Kanzeln deutlich verkündiget, und diese Verkündigung soll 3) alle Jahre auf Ostermontag wiederhohlet, und 4) sowohl bei der jetzigen als bey den künftigen jährlichen Verkündigungen von den Pfarrern und Predigern eine passende Anrede gehalten werden, um jedem die in Beziehung auf diese Feuerordnung obliegenden Pflichten gegen sich selbst, gegen seine Nachbaren, und gegen den Staat recht begreiflich zu machen.

Da die meisten Unglücke aus der Vernachlässigung der im 1sten Abschnitte enthaltenen Vorsichts-Maßregeln entstehen, so sollen 5) von dem eben besagten ersten Abschnitte mehrere Exemplarien als Auszug aus der allgemeinen Feuerordnung ausgetheilet, und nebst den schon verordneten jährlichen Verkündigungen der ganzen Feuerordnung soll dieser Auszug am 1sten Sonntage in jedem Vierteljahre insbesondere von den Kanzeln abgelesen werden. Auch soll 6) auf jedem Herrngedinge, wozu wenigstens einer aus jedem Hause zu erscheinen mit Strafgebothen anzuhalten ist, der Inhalt der allgemeinen Feuerordnung vorgetragen, und die Befolgung mit Nachdruck eingeschärft werden.

§. 64. Was die thätige Aufsicht und Wachsamkeit auf die Handhabung dieser allgemeinen Feuerordnung, die jedesmahlige Bestrafung der Uebertreter, die Anschaffung und gute Unterhaltung der nöthigen Feuergeräthschaften, die öftern Visitationen, die unausgesetzte Abschaffung der verbothenen feuergefährlichen Gegenstände, die unverzügliche Verbesserung der gefundenen Mängel und Gebrechen betrifft, so wird man sich unmittelbar, und zunächst an die Magistrate und Beamten halten, indem diese bey gutem Willen, und Eifer für das allgemeine Beste, die Mittel und Gewalt in Händen haben, ihre Untergebenen zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit zu vermögen.

§. 65. Die Beamten und Magistrate haben die geschehene erste Verkündigung innerhalb sechs Wochen zu bescheinigen, und, wie die befohlenen jährlichen, und vierteljährigen Verkündigungen für die Zukunft bewerkstelliget werden, so wohl, als auch wie die Bekanntmachung bey jedem Herrngedinge geschehen sey, bey ihren halbjährigen Berichten pflichtmäßig zu bemerken.

2980. — Paris den 8. Sept. 1807. — A. P. Q.

Unter Aufhebung aller seither rücksichtlich der Zölle bestandenen Privilegien, Freiheiten ꝛc. und der auf den Gränzen der einzelnen Provinzen des Großherzogthums existirenden Zollanstalten, wird ein allgemeiner Zoll-Tarif publicirt, nach welchem auf den Gränzen des Landes

zu Gunsten der Staats-Casse die darin bezeichneten Abgaben erhoben werden müssen.

2981. — Den 12. Sept. 1807. — A. P.

Der Finanzminister.

Die von den Pfarrern ertheilt werdenden Auszüge aus den vom Stempel befreiten Tauf-, Heiraths- und Sterbe-Büchern müssen auf gestempeltes Papier ausgefertiget werden.

2982. — Den 16. Sept. 1807. — A. P.

Der Finanzminister.

Aufforderung an die Besitzer verheimlichter Güter, Gerechtsame ꝛc. und an die Schuldner von verheelten Capitalien, Renten, Prästationen ꝛc., welche den diesseits oder jenseits des Rheines aufgehobenen, geistlichen Stifter und Corporationen ꝛc. zugestanden, ihren Besitz, resp. ihre Schuld binnen 6 Wochen anzugeben, mit der Warnung, daß bei der spätern Entdeckung doppelter Ersatz und Strafe nach der Strenge der Gesetze eintreten werde.

2983. — Den 17. Sept. 1807. — A. P. Q.

Der Finanzminister.

Publication des Zollgesetzes vom 8. d. M. (Nro. 2980) nebst der Bestimmung, daß die darin festgesetzten Zollgebühren vom 25. d. M. an erhoben, und daß der Stadt Düsseldorf das Recht erhalten werden soll, zur Erleichterung der Ueberladung und zur Ausbesserung der Collis, die nicht in das Land eingeführt werdenden Waaren zollfrei auf das Werft niederzulegen.

2984. — Den 27. Sept. 1807. — A. P. Q.

Der Minister des Innern.

Zur Abstellung der bei den Militair-Conscriptions-Remplacirungen stattfindenden Mißbräuche, werden über die Einstellung der Remplacents, über die Abschliessung der Remplacirungs-Verträge und über die Auszahlung der den Remplacents zugesicherten Summen bestimmte Vorschriften ertheilt.

2985. — Fontainebleau den 30. Sept. — A. P. Q.

Nachdem Wir in Erwägung gezogen haben, daß die Verfügungen, durch welche alle ehemals privilegirte Grundstücke in Unsern Staaten dem Steuer-Beytrage unterworfen worden sind, das Verhältniß der Eigenthümer solcher Güter geändert, und den Genuß der letztern beschränket hat:

Nachdem wir ferner erwogen, daß eine große Anzahl Eigenthümer jene Güter zu einer Zeit verpachtet hat, wo sie den Verlust der Exemtion derselben nicht vorher sehen konnten, und darum mit den Pächtern ganz andere Bedingungen eingingen, als sie würden getroffen haben, wenn ihre Grundstücke damals schon der Besteuerung unterworfen gewesen wären: Unsere landesväterliche Obsorge es also erheißt, die Betheilungen solcher Eigenthümer zu vermitteln, ohne derjenigen ihrer Pächter zu nahe zu treten;

In Erwägung endlich, daß nach einer im Herzogthume Berg schon früher festgesetzten Regel der Pächter ein Viertel der außerordentlichen Contributionen übernehmen mußte; dieser auf Billigkeit gestützte Grundsatz auch auf alle Provinzen Unserer Staaten ausgedehnet werden muß, und daß die auf Güter gelegten Abgaben, wovon sie bisher gesetzlich befreyet waren, anders nicht, dann als außerordentlich zu betrachten sind:

So haben Wir,

nachdem Wir Unsern Staatsrath vernommen, hierüber verordnet, und verordnen wie folgt:

Art. 1. Im ganzen Umfange Unſeres Großherzogthumes ſind die auf ehemals ſteuerfreye Grundſtücke gelegten Abgaben bis zum Ende der noch laufenden Pachtcontracte, als auſſerordentliche Contribution anzuſehen, und die Pächter ſind gehalten, einen vierten Theil derſelben zur Erleichterung des Eigenthümers in dem Falle zu übernehmen, wenn nicht im Pachtbriefe das Entgegengeſetzte ausdrücklich vereiniget iſt.

Art. 2. In Anſehung der ehemals zwar an ſich ſteuerfreyen, nach den alten Landes-Geſetzen aber dennoch, wenn ſie verpachtet werden, immer zu Laſten des Pächters mit einem Steuer-Beytrag, unter dem Nahmen der quarta Colonica, belegten Güter, bleibt der Pächter auch noch ferner verbunden, in die jährlichen Steuern, zuerſt den Ertrag der quota Colonica, und ſodann weiter ein Viertel des Reſtes der übrigen Steuern, zu bezahlen.

Art. 3. Wenn im Pachcontract der Fall der jetzigen Beſteuerung vorgeſehen, und die Pachtbedingungen ſolchem gemäß ſtipuliret worden ſind, ſo bleiben dieſe in ihrer vollen Kraft und Wirkſamkeit.

Art. 4. Diejenigen Pächter, welche ſich durch die ihnen auferlegte Verbindlichkeit, ein Viertel der auf die ehemals freyen Güter fallenden Steuern zahlen zu müſſen, zu ſehr beſchweret glauben, haben das Recht mit dem Ende des laufenden Jahres von ihrem Pacht zurückzutreten, ſo fern ſie ſelbiges in Monathsfriſt, ſeit Verkündigung des Gegenwärtigen, dem Eigenthümer förmlich ankündigen. Dieſes Recht des Rücktrittes fällt aber weg, wenn der Eigenthümer ſich willig erkläret, den ganzen Steuern-Ertrag übernehmen zu wollen.

Art. 5. Die vorſtehenden Verordnungen haben auf ſolche Grundſtücke, die ſchon vormals nicht ſteuerfrey waren, gar keine Anwendung; ſondern die Bedingungen, welche in Bezug auf ſolche Güter den Pachtbriefen eingerückt, oder in Anſehung der gewöhnlichen Steuern, aus Gewohnheits-Recht, und Herkommen herfließend ſind, bleiben in allen Puncten und für den ganzen Steuer-Ertrag verbindlich.

Art. 6. Die Eigenthümer, und Pächter aller Art von Grundſtücken tragen zu den communal Laſten, welche

mit den Steuern umgelegt werden, in demselben Verhältnisse bey, wie sie in den Steuern selbst Theil nehmen müssen.

Art. 7. Unsere Minister der Finanzen, und des Innern sind, jeder in dem, was Ihn betrifft, zur Vollstreckung der gegenwärtigen Verordnung beauftraget.

2986. — Den 7. October 1807. — A. P.

Der Finanz-Minister.

Den im Auslande wirklich wohnenden Pensionairen wird es ausnamsweise gestattet, ihre Pensionen, die ihnen jedoch nur zu $\frac{2}{3}$ ausgezahlt werden, im Auslande zu verzehren. Diese Begünstigung soll jedoch künftig nicht mehr gestattet werden.

2987. — Fontainebleau den 13. Oct. 1807. — A.

Indem Wir der Municipal-Verwaltung der Städte und Gemeinden Unsers Großherzogthums eine gleichförmige Organisation zu geben Willens sind, so haben Wir verordnet und verordnen wie folget.

Art. 1. In den Städten, Flecken und an den übrigen Orten, wo gegenwärtig die Verwaltung durch Bürgermeister oder andere Municipal-Agenten geführet wird, und deren Bevölkerung sich nicht über 2500 Einwohner erstreckt, wird die Municipal-Verwaltung einem Director und einem Beygeordneten anvertrauet werden.

Die Städte oder Flecken von 2500 Einwohnern bis 5000 werden einen Director und zwey Beygeordnete haben;

Die Städte von 5000 Einwohnern bis 10000 einen Director, zwey Beygeordnete und einen Polizey-Commissär.

In den Städten, deren Bevölkerung sich über 10000 Einwohner beträgt, wird ein dritter Beygeordneter ernannt werden können.

Art. 2. Es wird an allen Orten, wo ein Director die Verwaltung hat, ein Municipal-Rath seyn. Dieser wird in den Gemeinden, deren Bevölkerung nicht über 2500 Einwohner groß ist, bestehen aus 10, in den Gemeinden von 2500 Einwohnern bis 5000 aus 15, und in den Gemeinden, welche mehr als 5000 Einwohner haben, aus 20 Mitgliedern.

Titel II.

Die Bestellung und Ernennung.

Art. 3. Die Directoren und Beygeordneten werden, in so fern es immer thunlich ist, aus solchen Einwohnern gewählt werden, welche in der Gemeinde ansaßig sind, sich daselbst gewöhnlich aufhalten, und in Ansehung ihrer Vermögens-Umstände und ihres Standes den Municipal-Verrichtungen am füglichsten abwarten können. Die Rathsglieder müssen aus den Grundbesitzern, Landwirthen, Fabrikanten und Handelsleuten genommen werden, welche durch die öffentliche Achtung als solche ausgezeichnet sind, die vorzüglich verdienen, daß ihnen die Sorge für das Wohl ihrer Mitbürger anvertrauet werde.

Art. 4. Die Directoren, Beygeordneten, Polizey-Commissäre und Municipal-Räthe werden in den Gemeinden, welche über 2500 Einwohner haben, von Uns ernannt werden. Bey den übrigen Gemeinden wird dieselben der Minister des Innern ernennen. Alle diese Ernennungen geschehen nach einer von dem Provinzial-Rathe vorzulegenden dreyfachen Liste.

Art. 5. Die Directoren, Beygeordneten, Polizey-Commissäre und Mitglieder der Municipal-Versammlungen werden jährlich in einem fünften Theile Unserer Staaten erneuert, zu welchem Ende die Bezirke, aus denen dieselben bestehen, in 5 Abtheilungen werden abgetheilet werden. Alle diese Staatsdiener können unmittelbar wieder erwählet werden.

Die Erneuerung wird zum erstenmal am ersten Jänner 1810 Statt finden.

Art. 6. Der Miniſter des Innern wird das Recht haben, die Mitglieder der Municipal-Verwaltungen von ihren Amtsverrichtungen einſtweilen zu ſuspendiren. Eine wirkliche Entſetzung kann bloß von Uns, auf einen Bericht Unſers Miniſters des Innern, nach geſchehener Vernehmung des Staatsrathes, erkannt werden.

Art. 7. Kein Mitglied eines Municipal-Rathes wird wegen eines Vergehens im Dienſte vor Gericht gefordert werden können, er ſey denn vorläufig ſuspendirt, oder durch ein Decret von Uns von ſeinem Amte entſetzt worden; worauf alsdenn wider ihn gerichtlich verfahren werden kann.

Art. 8. Die Verrichtungen der Directoren und Beygeordneten geſchehen unentgeldlich. Gleichwohl wird dieſen in den Gemeinden, wo man glauben wird, daß die Stellen denen, die damit bekleidet ſind, Unkoſten verurſachen werden, auf Anſuchen des Municipal-Rathes eine Entſchädigung zuerkannt werden können.

Die Polizey-Commiſſäre werden einen ſteten Gehalt beziehen, den Wir auf den Vorſchlag des Miniſters des Innern für jede Stadt beſtimmen werden. Die Büreau- und Polizey-Koſten, ſo wie die Gehalte der Agenten und Angeſtellten werden, wie die übrigen Communal-Ausgaben, nach den Berathſchlagungen der Municipal-Verſammlungen feſtgeſetzt werden.

Titel III.

Von den Verrichtungen der Directoren.

Art. 9. Die Directoren werden völlige adminiſtrative Gewalt erhalten. Sie werden befugt ſeyn, einen Theil ihrer Verrichtungen ihren Beygeordneten aufzutragen, welche ſie im Namen der Directoren, unter deren Aufſicht und unter der Verpflichtung, ihnen darüber Rechenſchaft abzulegen, ausüben werden. Die Beygeordneten werden jederzeit von Allem Kenntniß nehmen können, was auf das Wohl der Gemeinde Einfluß hat; und ſie werden das Recht haben, dem Director entweder mündlich oder ſchriftlich, alle Vorſchläge und Bemerkungen zu machen, die ſie glauben, für das Beſte der Gemeinde thun zu müſſen;

ſie werden ſogar dieſe Vorſchläge und Bemerkungen in das Municipalitäts-Protocoll eintragen können.

Art. 10. Iſt der Director entweder krank oder abweſend oder ſonſt verhindert, ſo vertritt deſſen Stelle der Beygeordnete, und in den Gemeinden, wo es deren mehrere gibt, der erſte Beygeordnete; ohne daß es deshalb eines beſondern Auftrages bedarf.

Wenn es ſich ereignet, daß eine Municipal-Verwaltung ſich durch Abweſenheit, Abſterben oder ſonſt ohne Director und ohne Beygeordneten befindet, ſo wird der Provinzial-Rath aus den Mitgliedern des Rathes proviſoriſch einen Director beſtimmen; vor der Hand wird aber von den Municipal-Räthen der älteſte an Jahren, und in deſſen Ermangelung dasjenige Mitglied, welches dieſer an ſeine Stelle ernennen wird, die Directors-Stelle vertreten.

In keinem Falle, es ſey denn ein rechtliches Hinderniß vorhanden und beſcheiniget, darf eine ſolche Stellvertretung ausgeſchlagen werden.

Art. 11. Die Directoren ſind beauftraget, das Vermögen und die Einkünfte der Gemeinden zu verwalten, die Local-Ausgaben zu beſtimmen und zu verordnen, wovon in der Folge näher Rede ſeyn wird; die Arbeiten, welche ihrer Gemeinde aufliegen, zu leiten und ausführen zu laſſen; alle Anſtalten jeder Art, welche den Gemeinden angehören und auf ihre Koſten unterhalten werden, zu verwalten; die Preiſe der einer Tare unterworfenen Eßwaaren zu beſtimmen; auf Alles zu wachen, was auf den bürgerlichen Zuſtand der Einwohner Bezug hat; die Lebensſcheine, die nöthigen Beſcheinigungen bey den Trauungen und die Beglaubigungsſcheine des Wohnortes zu ertheilen; bey der Vertheilung der Steuern zu präſidiren; die Militär-Einquartirungen zu reguliren; die Lieferungen für den öffentlichen Dienſt, wenn es nöthig iſt, mittelſt Requiſition auszuſchreiben und überall die gute Ordnung durch eine genaue Polizey ſicher zu ſtellen.

Art. 12. Die Directoren werden alle Käufe, Accorde und Verträge jeder Art, bey denen die Gemeinden betheiliget ſind, ſchließen, nachdem ſie dazu die nöthige Geneh-

migung werden erhalten haben. Die Errichtung neuer Gebäude, die Ausbesserungen und andere Arbeiten, bey denen sich etwa die Kosten über 50 Rthlr. belaufen dürften, werden wenigstfordernd verpachtet werden. Alle Verpachtungen und Verkäufe werden öffentlich und meistbietend geschehen.

Art. 13. Die Directoren correspondiren mit den Beamten und Provinzial-Räthen. Sie sind nur alsdenn berechtiget, sich an die Minister zu wenden, wenn sie Grund haben, sich über Mißbräuche oder grobe Nachlässigkeiten dieser Verwalter zu beschweren.

Art 14. Die Directoren, Beygeordneten und Polizey-Commissäre haben mit Recht Sitz in den Municipal-Versammlungen, ohne gleichwohl mit unter die Anzahl der Mitglieder gezählet zu werden, aus der der Rath nach dem Inhalt des Art. 2 bestehet. Die Directoren und in ihrer Abwesenheit die Beygeordneten nach ihrem Rang, führen in dem Municipal-Rathe das Präsidium; ausgenommen in den in dem hier nachfolgenden Artikel vorkommenden Fällen.

Die Polizey-Commissäre präsidiren niemals.

Der Raths-Secretär wird unter den Mitgliedern von dem Präsidenten bestimmt.

Art. 15. Kein Rathsglied kann Theil nehmen an einer Berathschlagung über einen Gegenstand, bey dem er betheiliget ist. Daher müssen, wenn die jährliche Rechnung über die geführte Municipal-Verwaltung zur Sprache kommt, der Director, die Beygeordneten und der Polizey-Commissär abtreten; und es führet alsdenn der älteste an Jahren das Präsidium.

Titel IV.

Von den Municipal-Räthen.

Art. 16. Die Municipal-Räthe berathschlagen über alles, was das Beste der Gemeinde betrifft, vorzüglich über die Käufe, Veräußerungen, Bausachen, Concessionen, Verpachtungen, Erbpächte, Schulden, Anlehne, Accise, Verbesserung der Gemeinde-Einkünfte. Sie leiten die

Theilung des Brennholzes, und die Vertheilung der Natural-Dienste. Sie schlagen die bey der Benutzungsart des Gemeinde-Vermögens zu treffenden Abänderungen vor, wie auch in Rücksicht der Gemeinde-Weiden die Verpachtung im Ganzen oder stückweise.

Art. 17. Die Municipal-Räthe halten nothwendig jährlich eine Sitzung, zu welcher sie auf eine und eben dieselbe Zeit durch einen Beschluß des Ministers des Innern zusammen berufen werden. Außer diesem Falle können sie nie eine berathschlagende Versammlung bilden, als auf eine schriftliche, den Gegenstand der Versammlung ausdrückende, Genehmigung des Provinzial-Rathes.

Art. 18. Die Schlüsse müssen abgefaßt werden nach der absoluten Mehrheit der Stimmen, welche in Einer Stimme über die Hälfte der Stimmen der berathschlagenden Mitglieder besteht. Jeder Beschluß, dem nicht wenigstens zwey Drittel der Rathsglieder beygewohnet haben, kann von der obern Behörde als ungültig angesehen werden.

Titel V.

Von der Rechnungs-Ablage der Gemeinden.

Art. 19. Die Municipal-Räthe werden jedes Jahr ein Verzeichniß machen, unter dem Namen Budjet, welches die wahrscheinliche Einnahme des nächstkünftigen Jahres und die Ausgaben enthält, welche sie glauben, zum Besten der Gemeinde in Vorschlag bringen zu müssen. Dieses Budjet muß mit einem mit Gründen belegten Beschlusse begleitet seyn. In keinem Falle dürfen die Ausgaben die Mittel übersteigen, welche in den Abschnitten von der gewöhnlichen und außergewöhnlichen Einnahme entworfen seyn werden.

Art. 20. Wenn Ausgaben vorkommen, zu denen mehrere Gemeinden beytragen müssen, so geschieht die Vertheilung unter denselben entweder nach Maßgabe der Einträglichkeit ihrer Einkünfte, oder nach Maßgabe des Antheils, den jede Gemeinde an dem Vortheile erhalten wird, welcher durch die Anlage erzielt werden kann, oder auch nach Maßgabe des Antheils, den jede Gemeinde daran hat, daß solche Ausgabe nothwendig geschehen muß.

Der Provinzial-Rath wird ſolches ausmitteln.

Art. 21. Die Budjets werden dem Provinzial-Rathe übergeben, welcher, nachdem er die Arbeit eines jeden Municipal-Rathes unterſucht hat, die Budjets der Gemeinden, deren Bevölkerung ſich höher als auf 2500 Einwohner beläuft, und alle Budjets, welche in der untern Klaſſe bey einer ſummariſchen Ueberſicht eine Einnahme von mehr denn 2000 Rthlr. enthalten, mit einem motivirten Gutachten an den Miniſter des Innern einſendet.

Der Miniſter wird in Anſehung der Budjets der Gemeinden, welche in der Klaſſe von 2500 Einwohnern bis 5000 enthalten ſind, und deren Einkünfte ſich nicht höher als auf 2000 Rthlr. belaufen, die Genehmigung entſcheidend ertheilen.

In Anſehung der Budjets der Städte von 5000 Einwohnern nnd mehr, und aller Budjets, deren Einnahme den Ertrag von 2000 Rthlrn. überſteigt, halten Wir Uns ſelbſt, auf einen Bericht Unſeres Miniſters des Innern, die Genehmigung bevor.

Der Provinzial-Rath wird die Budjets, deren Einſendung ihm nicht vorgeſchrieben iſt, ſelbſt genehmigen, und er wird von denſelben ein General-Verzeichniß machen, und ſolches dem Miniſter einſenden, damit Uns alle Bedürfniſſe und Mittel jeder Gemeinde Unſerer Staaten vorgelegt werden können.

Art. 22. Um alle Inconvenienzen zu vermeiden, welche durch die jährliche Veränderung des Zuſtandes der Einkünfte entſtehen könnten, ſo daß die Genehmigung des Budjets einer Gemeinde abwechſelnd von dem Provinzial-Rathe, von dem Miniſter des Innern und von Uns ertheilet werden müßte: ſo iſt es feſtgeſetzt, daß die Budjets einer Gemeinde deren Einkünfte in gedachter Art abwechſeln, von derſelben Behörde ſo lange genehmiget werden ſollen, bis die Einnahme ſich drey auf einander folgende Jahre in dem höhern oder geringern Betrage wird erhalten haben, nach welchem alsdenn die Abänderung eintreten muß. In dieſem Falle wird das Budjet für das vierte Jahr an die eigentliche Behörde eingeſendet werden.

Art. 23. Bey perſönlicher Verantwortlichkeit darf der Director nicht für ſolche Ausgaben, welche nicht in dem

genehmigten Budjet enthalten sind, die Zahlung verordnen, noch darf der Municipal-Empfänger dafür Zahlung leisten. Dieser wird des Endes von dem Provinzialrathe eine beglaubigte Abschrift des Budjets erhalten.

Alle Zahlungsverordnungen müssen wörtlich enthalten, 1) den Gegenstand der Ausgabe; 2) den einschlägigen Artikel des Budjets; 3) die Beweisstücke, welche der Verordnung werden beygefüget werden können; 4) die Zahlungs-Summe, mit Buchstaben geschrieben.

Art. 24. Das Budjet jeder Gemeinde wird einen gewissen Betrag für nicht vorhergesehene Ausgaben enthalten, damit solche der Disposition des Provinzial-Rathes überlassen werden, welcher auf Ansuchen des Directors, nach Befinden der Umstände, dessen wirkliche Verwendung gestatten wird.

Ueber diese Gelder, welche in keinem Falle zu einer nicht genehmigten Ausgabe des Budjets bestimmt werden können, muß jedes Jahr Rechnung abgelegt werden.

Art. 25. In jeder jährlichen Sitzung muß der Municipal-Rath zuerst die Rechnung des Directors über die Verwaltung des vorigen Jahres verlesen und untersuchen. Alsdenn treten der Director, die Beygeordneten und der Polizey-Commissär ab; wie bereits oben Art. 15 vorgeschrieben ist. Der Rath, in dem der Aelteste an Jahren präsidirt, untersucht die Rechnung, und streicht oder genehmiget die verschiedenen Artikel, je nachdem der Director dabey die Vorschrift des von der Behörde genehmigten Budjets beobachtet hat.

Wenn die Berathschlagungen über die Verwaltung des Directors beendiget sind, so übernimmt dieser wieder das Präsidium, und man geht weiter zur Untersuchung der Verwaltung des Municipal-Empfängers.

Art. 26. Nachdem der Municipal-Rath die Rechnung des verwichenen Jahrs untersucht und provisorisch genehmiget hat, so wird dieselbe, und zu gleicher Zeit das für das künftige Jahr beschlossene Budjet, dem Provinzialrathe zugestellet werden. Zur Genehmigung dieser Rechnung wird der nämliche Gang beobachtet werden, wie bey den Budjets. Auch wird der Provinzialrath ein General-Ver-

zeichniß der Rechnungen der Gemeinden jener Klasse, deren Budjets er genehmiget hat, verfertigen; und dieses Resultat wird, nachdem es vorläufig richtig befunden worden, an den Minister des Innern eingesandt, um Uns vorgelegt zu werden.

Art. 27. In den Gemeinden, welche mehr als 2500 Einwohner haben, werden auf Begehren der Municipal-Räthe besondere Empfänger der Gemeinde-Einkünfte angestellt werden können. Diese werden bey den Gemeinden, welche weniger denn 5000 Einwohner haben, von dem Minister des Innern, und bey den zahlreichern Gemeinden von Uns ernannt werden. Sie werden eine dem zehnten Theile ihrer wahrscheinlichen Einnahme gleich kommende Sicherheit leisten.

Die Steuerempfänger werden überall, wo keine besondere Empfänger angestellt werden, beauftraget, die Einkünfte der Gemeinden zu empfangen, und aus diesem Fond die Zahlungen für die Ausgaben der Gemeinden zu thun. Sie werden eben dieselbe Sicherheit leisten, wie die besondern Empfänger. Jene sowohl als diese werden von dem Empfange ein gewisses Procent genießen, welches der Municipal-Rath in seinen Berathschlagungen mit so viel Stüber oder Heller vom Reichsthaler bestimmen wird, und welches als ein steter Gehalt dem Budjet jährlich wird eingetragen werden.

Art. 28. Es wird in jeder Gemeinde so wohl bei dem Büreau der Municipal-Verwaltung als des Polizey-Commissärs über alle Empfangsposten an Gebühren für Pässe, Ausfertigungen, Certificate und andere Gegenstände jeder Art, ein Register gehalten werden. Diese Register werden in den Gemeinden, welche mehr denn 2500 Einwohner haben, am letzten Tage jedes Monates, in den minder bevölkerten Gemeinden aber am letzten Tage jedes Vierteljahres berichtiget. Der Agent, welcher zu Folge Auftrages die Gelder in Empfang nimmt, wird davon dem Cassier der Gemeinde einen, von dem ihm unmittelbar Vorgesetzten beglaubigten, und von dem Director visirten, Auszug mit dem Betrage des von ihm empfangenen Geldes, welcher in dem Auszuge ausgedrückt seyn muß, zustellen. Diese Gelder werden auf Ansuchen der Municipal-Räthe zur Entschädigung der bey den Municipal-Verwaltungen angestellten Personen verwendet werden können.

Art. 29. In Betreff der Ausführung der obigen Vorschrift werden die nähern Ministerial-Instructionen erfolgen.

Titel VI.

Von der Municipal-Polizey.

Wirkungskreis der Commissäre.

Art. 30. In den Städten, wo ein Polizey-Commissär seyn wird, wird dieser, ob er gleich dem Director untergeordnet ist, ein eigenes Büreau haben, und in seinem eigenen Namen die Verrichtungen seines Amtes ausüben. Er wird, nach Umständen, Agenten haben, welche ihm unmittelbar untergeordnet sind. Er wird von den Ministern und dem General-Polizey-Commissär des Großherzogthumes unmittelbare Befehle erhalten können; und bloß in Ansehung der Gegenstände dieser Aufträge wird er dem Director keine Rechenschaft zu geben haben.

Art. 31. Die Pflichten des Polizey-Commissärs bestehen darin, daß er unaufhörlich auf die Vollziehung aller Gesetze und Verordnungen wache, welche die gute Ordnung, die Sicherheit, die Reinlichkeit und die Gesundheit zum Gegenstande haben.

Art. 32. Er wird den Einwohnern der Stadt auf Verlangen die Reisepässe für das Innere des Großherzogthums ertheilen, und den Fremden die Reisepässe visiren.

Art. 33. Er wird die Aufsicht führen über die Jahr- und Wochenmärkte, über die Plätze, wo Waaren zum Verkaufe dürfen ausgestellt werden, über die Spaziergänge und Versammlungsörter, über die Gasthöfe und die übrigen Häuser, in welche Fremde einkehren, über die Kaffehäuser, die Tanz- und Schauspielsäle, über alle dem Publicum unentgeldlich oder gegen ein gewisses Eintritsgeld offen stehende Gebäude, Gärten oder andere Orte. Er wird die gegen die Hasardspiele bestehenden Verbote handhaben.

Art. 34. Er wird gegen die Bettler und Landstreicher Vorkehrungen zu treffen haben; die Zünfte und Handwerks-Corporationen dirigiren, und den Vereinbarungen der Handwerker, nicht arbeiten oder das Tagelohn erhöhen zu wollen, durch geeignete Maßregeln zuvorkommen.

Art. 35. Zu seinem Wirkungskreise wird alles gehören, was auf die geringere Polizey Beziehung hat, und folglich wird er die Macht haben, zu erlauben oder zu verbieten, das Halten der Läden, der Fleischbänke und Garküchen, das Errichten der Schirmdächer und dergleichen, was in die offene Straße geht; das Aufschlagen beweglicher Krambuden. Er wird Sorge tragen, daß die neuen Gebäude in der Linie, welche in dem General-Plane der Stadt vorgeschrieben ist, errichtet werden; und wenn kein solcher Plan vorhanden ist, so wird er dem Director nach Befinden der Umstände die nöthigen Maßregeln vorschlagen können. Er wird Befehle geben zur Herstellung oder Niederreißung der den Einsturz drohenden Gebäude. Sein Befehl oder seine Erlaubniß in Rücksicht aller dieser Gegenstände wird der Genehmigung des Stadtdirectors unterworfen seyn, und die, welche Grund zu haben glauben, sich über diese zu beschweren, werden zu dem Provinzial-Rathe ihre Zuflucht nehmen können.

Art. 36. Um die Sicherheit und die Freyheit auf den öffentlichen Straßen zu handhaben, wird der Polizey-Commissär Sorge tragen, zu verhindern, daß niemand in denselben etwas beschadige; daß die Einwohner die Pfühle, die Schutthaufen und andere gefährliche oder hinderliche Gegenstände beleuchten; daß das Straßenpflaster und die Wege unterhalten werden; daß niemand etwas auf das Dach oder vor das Fenster stelle, welches im Herunterfallen die Vorbeygehenden verletzen könnte; daß niemand böse oder gefährliche Thiere herumlaufen lasse; daß die offenen Wege weder durch stillhaltendes Fuhrwerk, noch durch Niederlagen von Materialien oder Waaren, noch auf eine andere Weise gesperret werden.

Art. 37. Er wird Sorge tragen für die Gesundheit der Stadt, indem er die Einwohner anhält, vor ihren Häusern zu reinigen, solche Reinigung ebenfalls an den öffentlichen Plätzen und im Umfange der Gärten und öffentlichen Gebäude auf Kosten der Stadt befördert, und verhindert, daß weder in den Straßen und an den öffentlichen Plätzen, noch selbst in den Höfen und Gärten, und in dem Umfange der Privat-Gebäude, faules Wasser oder sonst der Gesundheit nachtheiliger Unrath angetroffen werde; und indem er in den Fleischhallen, in den Läden, auf den Märkten, bey den Schlächtern, Bäckern, Weinhändlern, Brauern, Schenkwirthen, Spezereyhändlern, Materialisten, Apothe-

kern und andern die verdorbenen, in Fäulniß übergegangenen und schädlichen Lebensmitteln oder Arzneyen wegnehmen läßt.

Art. 38. Er wird alle geeigneten Vorkehrungen zu treffen haben, um Feuersbrünste zu verhüten, oder denselben Einhalt zu thun; und eben so beym Austreten der Flüsse, oder beym Eisgange alle Vorsichtsmaßregeln ergreifen, mittelst Räumung der Häuser, Brechen des Eises ꝛc. Er wird Sorge tragen, daß den Ertrunkenen schleunige Hülfe geleistet werde, und er wird die Einleitung treffen, damit die, welche sich gewaget haben, Menschen zu retten, die in Gefahr waren ihr Leben zu verlieren, zur Aufmunterung eine Belohnung erhalten.

Art. 39. Der Polizey-Commissär wird sich nach den laufenden Preisen der unentbehrlichsten Lebensmittel erkundigen, und dem gemäß dem Director über die Festsetzung der Preise der Eßwaaren, welche nach den Vorschriften einer Taxe unterworfen sind, den Vorschlag thun, und er wird sorgen, das die gesetzlichen und verkündigten Taxen beobachtet werden.

Art. 40. Er wird auch seine Aufsicht bey der Handlung ausüben, indem er bey den Fabrikanten und Kaufleuten die Wagen, die Gewichte und die Maßen untersucht, und die nicht richtig befundenen wegnimmt, und indem er sich ferner in die Magazine und Läden, wie auch in die Werkstätten der Goldschmiede und Juweliere begibt, um die Probe und den Gehalt des Goldes und Silbers zu verificiren.

Art. 41. Er wird auf die Erhaltung der öffentlichen Monumente und der dem Staate oder der Stadt zugehörigen Gebäude wachen. Er wird dem Stadt-Director oder, je nachdem der Gegenstand ist, dem Provinzial-Rathe die nöthigen Ausbesserungen der Sicherheitshäuser, Werfte, Häfen, Brunnen, Feuerspritzen ꝛc. mit einem Worte aller Gebäude, Werkzeuge und anderer zum öffentlichen Nutzen dienenden Sachen vorschlagen.

Art. 42. Insbesondere liegt es dem Polizey-Commissär ob, seine Aufsicht dahin zu richten, daß die Verbrechen jeder Art verhütet, die Urheber der wirklich ausgeübten

Verbrechen entdeckt und vor den geeigneten Richter geführt werden. Er mag die, welche auf der That ertappet werden, welche im Streite befangen sind, welche verdorbene Arzneyen und Eßwaaren verkaufen, die Bettler, die Störer der öffentlichen Verkäufe, die, welche öffentlich die guten Sitten beleidigen, oder nach falschem Maß und Gewicht verkaufen, in Verhaft ziehen, und die Schuldigen bis zu dem von der Behörde erfolgten Urtheil in demselben aufbehalten.

Art. 43. In den Gemeinden, welche keinen Polizey-Commissär haben, werden die Beygeordneten, unter der Aufsicht des Directors, die Verrichtungen des Polizey-Commissärs wahrnehmen.

Art. 44. Bis zur Verkündigung eines General-Polizey-Code mögen die Directoren in den Städten von mehr denn 5000 Einwohnern auf einen Bericht des Polizey-Commissärs, und in den minder volkreichen Gemeinden auf einen Bericht ihrer Beygeordneten, die gemeinen Polizey-Strafen und Geldbußen erkennen, welche bisher die Bürgermeister und andere Agenten in den Gemeinden nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften zu erkennen befugt waren. Alle Verbrechen, welche schwerere Strafen nach sich ziehen, müssen nach Gestalt der Sache, durch die Amts-Richter oder durch die Criminal-Richter untersucht werden.

Titel VII.

Allgemeine Vorschriften.

Art 45. Vom Tage der Verkündigung der gegenwärtigen Verordnung an werden die Gemeinden in keinem Falle und unter keinem Vorwand ohne landesh. Genehmigung Gelder aufnehmen können. Jede Verbindlichkeit, welche sie vor Erhaltung Unserer Genehmigung etwa eingehen möchten, ist als null und nichtig erklärt, und es wird in Rücksicht derselben keine Klage gestattet. Die Municipal-Beamten, welche einen solchen Vertrag unterzeichnen, werden als gegen ihre Pflichten handelnd vor Gerichte belanget werden.

Es kann kein Bauerngut, kein Eigenthum einer Gemeinde veräußert, vertauscht oder in Erbpacht gegeben;

keine Erwerbung für Rechnung einer Gemeinde gemacht; keine Theilung der Gemeinde-Büsche und Grundstücke vorgenommen werden, ohne Unsere Genehmigung, auf den Bericht des in Rücksicht des Gegenstandes geeigneten Ministeriums.

Art. 46. Um diese landesherrliche Genehmigung zu erhalten, muß vorgelegt werden:

1.) Die Berathschlagung des Municipal-Rathes mit den Gründen des Gesuches;

2.) Die Einwilligung des Erwerbers, Verkäufers, Concessionars oder Pachters nach den provisorisch eingegangenen Bedingungen;

3.) Eine Abschrift des Budjets der Gemeinde, um dessen Finanz-Zustand zu kennen, sowohl in Rücksicht des laufenden Jahres als der vorigen Jahre, von denen die Rechnungen etwa noch nicht haben völlig richtig gestellt werden können;

4.) Ein Gutachten von den mit Vernehmung beyder Theile erwählten Sachverständigen, begleitet mit einem Plan oder einer Zeichnung über das Local und dessen Grenzen und Scheidungen;

5.) Das Gutachten des Provinzial-Rathes.

Diese Stücke werden an den Minister eingesandt, welcher sie Uns vorlegen wird.

Wenn die Domänen-Behörde contrahirender Theil ist, so wird das Geschäft auf ein Gutachten des mit dem Interesse der Gemeinden insbesondere beauftragten Ministers des Innern durch den Finanz-Minister geschlichtet.

Alle Gesuche, welche auf die Büsche der Gemeinden Beziehung haben, gehören zu dem Geschäftskreise des Finanz-Ministers, welchen allein die Verwaltung derselben angeht. Es werden gleichwohl die oben bemerkten Formalitäten beobachtet werden.

Art. 47. Wenn von einer langjährigen Verpachtung der Bauerngüter oder Büsche, von Vertauschung oder Veräußerung eines Theiles der öffentlichen Straße die Frage ist, so wird den in dem vorigen Artikel angezeigten Stücken das Protokoll einer Civil-Untersuchung über den dadurch entstehenden Vortheil oder Nachtheil, zu welcher ob-

ne Unterschied alle ansäßigen Einwohner der Gemeinde abzuladen sind, beygeleget werden. Diese Untersuchung geschieht durch einen Kommissär, welchen der Provinzial-Rath, in sofern es immer thunlich ist, außerhalb der Gemeinde wählen wird. Der Tag, die Stunde, der Ort und der Gegenstand der Untersuchung müssen 8 Tage vorher durch Anschlagezettel und Verkündigungen angezeigt, und letztere selbst an dem Tage, wenn die Untersuchung vor sich gehen soll, wiederholet werden.

Der Commissär, den der Director vorläufig davon, daß diese Formalität beobachtet worden, unterrichten muß, wird die besondere Stimme jedes Einwohners, welcher gegenwärtig ist, zum Protocoll nehmen. Er wird die Erklärung eines jeden unterzeichnen, und sie auch von dem, der die Erklärung gegeben hat, unterzeichnen lassen. Wenn dieser Schreibens unerfahren ist, so wird solches bemerkt.

Art. 48. Da die Gemeinden in einem steten Zustande der Minderjährigkeit sind, und keinen Act begehen können, zu welchem Großjährigkeit oder Entlassung aus der väterlichen Gewalt erfordert wird: so kann folglich weder von einer Gemeinde noch wider dieselbe eher eine Klage eingeführt werden, als nachdem Wir auf einen Bericht des Ministers des Innern zur Führung des Prozesses Unsere Einwilligung ertheilet haben. Es folget daher, daß jedes von einer Gemeinde, über irgend einen dem Landesherrn vorzulegenden Act, eingegangene Compromiß, im Falle es nicht genehmiget oder vollzogen wird, keine Folge haben kann. Da eine Gemeinde auch nicht einmal provisorisch verbindlich gemacht werden kann, so sind auch die, welche mit einer Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen haben, nicht eher an denselben gebunden, bis der Vertrag die landesfürstliche Bestätigung erhalten hat.

Art. 49. Die Kirchhöfe sind ein Eigenthum der Gemeinden, und der Aufsicht der Municipal-Polizey unterworfen. Den Gemeinden liegt es ob, die Plätze zu den Kirchhöfen zu erwerben und für deren Einfassung zu sorgen. Die Kirchen sorgen für die Unterhaltung der Kirchhöfe und beziehen daher das Einkommen von den Beerdigungen.

Ein Kirchhof, der nicht mehr gebraucht wird, muß 5 Jahre lang unberührt liegen bleiben.

Art. 50. Bey Strafe der Entsetzung vom Dienste ist es allen Beamten und Angestellten in der Verwaltung oder bey der Municipal-Verwaltung untersaget, an den die Gemeinde betreffenden Verpachtungen, Verkäufen, Ankäufen, Lieferungen und Entrepriſen, von welcher Art diese immer seyn mögen, mittelbar oder unmittelbar einigen Antheil zu nehmen.

Art. 51. Wenn die Gemeinden einen besoldeten Secretär haben werden, so wird dieser nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Municipalrathes seyn können. Die Aufbewahrung des Archives kann ihm unter der Aufsicht des Direktors anvertrauet werden.

Art. 52. Die Magistrate, welche Kraft dieser Verordnung ihre Stellen verlassen, wie auch die denselben untergeordneten Empfänger werden in der kürzesten Frist, und spätestens in dem ersten Monat, nachdem ihre jetzigen Nachfolger im Amte werden eingeführet seyn, die Rechnung über die geführte Verwaltung ablegen. Die Rechnung wird dem Director eingehändiget, in dem Municipal-Rathe untersucht und durch den Provinzial-Rath, welcher die Rechnungen der Gemeinden von weniger denn 2500 Einwohner genehmigen, die übrigen aber mit seinem Gutachten an den Minister des Innern einsenden wird, richtig gestellt.

Art. 53. Die Polizey-Commissäre dürfen nicht über 24 Stunden aus der Stadt abwesend seyn, ohne solches dem Director anzuzeigen. Aus dem Bezirke dürfen sie nicht gehen ohne vorläufige Erlaubniß des Provinzial-Rathes.

Wenn die Directoren wegen einer Reise von mehr denn 15 Tagen die Stadt verlassen, so werden sie solches dem Provinzial-Rathe anzeigen.

Die Beygeordneten werden eben dieselbe Formalität in Rücksicht der Directoren beobachten.

Art. 54. Jedes Mitglied eines Municipal-Rathes, welches ohne rechtmäßiges Hinderniß dreymal nach einander aus Nachlässigkeit den Raths-Sitzungen nicht beygewohnt hat, wird seine Eigenschaft als Mitglied verlieren,

und nicht eher, als nach einem Zwischenraume von zwey Jahren, wieder erwählet werden können.

Art. 55. Die Beschlüsse des Municipal-Rathes können nur von den Mitgliedern, welche der Sitzung wirklich beygewohnet haben, unterschrieben werden. Wenn die Ausfertigungen nicht deren persönliche Unterschriften enthalten, so werden bey denselben die Namen der Mitglieder bemerkt, welche das Protocoll unterschrieben haben.

Art. 56. Die Provinzial-Räthe werden bey dem Vorschlage der Candidaten zu den Stellen bey der Municipal-Verwaltung, in so fern die Umstände es immer erlauben, zu vermeiden suchen, daß nicht zu gleicher Zeit bey den vor und nach erfolgenden Ernennungen mehrere Anverwandte als Mitglieder in der Verwaltung oder in dem Gemeinde-Rathe sitzen werden.

§. 57. Die Directoren, Beygeordneten, Polizey-Commissäre und Municipal-Räthe, werden, wenn sie zu den öffentlichen Feyerlichkeiten und Kirchenfesten in ihren Gemeinden berufen werden, ausgezeichnete Plätze haben.

Die Directoren, Beygeordneten und Polizey-Commissäre werden das Recht haben, in den Kirchen auf einer Tribüne, in den Chorstühlen oder in einer besondern Bank ihren Sitz zu nehmen.

Art 58. Die Mitglieder der Municipal-Verwaltung und des Gemeinde-Raths werden sich nebst der Ehre und der Achtung, mit welcher ihre Verrichtungen begleitet sind, eines billigen Vorzuges bey den Ernennungen zu den höhern Stellen zu erfreuen haben, wenn sie nur die dazu nöthigen Kenntnisse besitzen.

Von der Amtskleidung.

Art. 59. Die Directoren, welche Wir ernennen, werden ein französisches Kleid, von Pûcefarbe tragen, mit einer doppelten Leiste von Gold von oben bis unten, auf den Taschen, den Aufschlägen und dem Kragen, nach dem dieser Verordnung beygefügten Muster; mit weisser Weste, weissen Beinkleidern, einer goldenen Schleife auf dem Hut, und einem Degen.

Die Directoren, welche der Minister des Innern zu ernennen hat, werden dasselbe Amtskleid tragen; mit dem Unterschiede in der Verzierung des Kleides, daß dasselbe nur eine einzige Leiste von Gold haben wird.

Die Directoren, welche von den Provinzial-Räthen ernannt werden, haben das Recht, dieselbe Kleidung zu tragen; jedoch nur mit einer einfachen Leiste von Silber.

Die Beygeordneten werden dieselbe Kleidung wie ihr Director tragen; jedoch wird ihr Kleid nur auf den Taschen, den Aufschlägen, und dem Kragen gestickt seyn.

Die Mitglieder des Municipal-Rathes haben das Recht, ebenfalls ein solches Kleid, wie ihre Directoren, zu tragen; jedoch nur mit gestickten Aufschlägen und Kragen, mit einer Weste von eben derselben Farbe wie das Kleid, und mit eben denselben oder auch schwarzen Beinkleidern.

Die Directoren und die Beygeordneten werden überdies, wenn sie im Dienste sind, eine Schärpe, nach den Farben des Großherzogthums, wie ein Bandelier tragen.

Die Amtskleidung der Polizey-Commissäre wird bestehen aus einem dunkelgrünen französischen Kleide, aus Beinkleidern von demselben Tuche, aus einer weissen Weste, und weissen Strümpfen. Das Kleid mit einer Leiste von Silber auf den Taschen, Aufschlägen und dem Kragen. Ein französischer Hut mit einer silbernen Schleife.

Art 60. Die Vorschriften Unserer Verordnung vom 7. October 1806 (Nro. 2925) in Betreff der Municipal-Verwaltung Unserer Stadt Düsseldorf, welche etwa den Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung nicht entsprechen, sind zurückgekommen.

Art. 61. Unsere Minister, jeder in so fern es ihn betrifft, sind beauftraget, gegenwärtige Verordnung zu vollziehen.

2988. — Den 15. October 1807. — A. P.

Der Minister des Innern.

In Erwägung, daß über das zu häufige und bis hierhin beynah uneingeschränkt geduldete Hausiren mit allen Gattungen von genießbaren, trockenen und Kaufmanns-Waaren, häufige Klagen vorgekommen sind; daß das Land dadurch von einer großen Anzahl fremder auch müßiger, und oft gefährlicher Leute heimgesucht wird; auch das Hausiren, an und für sich, einer wohlgeordneten Polizey entgegen strebt, und die wohlthätige Einrichtung der Märkte untergräbt, verordnet hiermit zur allgemeinen Nachachtung, wie folgt:

Art. 1. Alles Hausiren und Herumtragen oder Fahren von Waaren aller Art, selbst an Markttagen, um sie an einzeln Häusern oder von Haus zu Haus feilzubieten, ist, nur mit den hierunten folgenden Ausnahmen, und näheren Bestimmungen, in dem ganzen Umfange des Großherzogthums untersagt. Vergehungen hierwider werden zum erstenmal mit einer Geldbuße von 6 Reichsthaler, in dem Wiederbetretungsfalle aber mit Confiscation der Waaren bestraft.

Art. 2. Wo keine tägliche oder Wochenmärkte für den Verkauf frischer Lebensmittel und anderer gemeiner Bedürfnisse bis jetzt angeordnet sind, soll nach den Umständen von den Provinzial-Räthen mit Zuziehung der Beamten und Magistrate, als der bis hierhin üblichen Polizey-Stellen, der Bedacht darauf genommen werden, solche Märkte einzurichten; bis dahin aber, und wo eine solche Einrichtung nicht anwendbar seyn möchte, das Umherfahren oder Tragen und der Verkauf an den Häusern von Brennholz, Stein- und Holzkohlen, Frucht, Gemüse, Obst und andern frischen Lebensmitteln aller Art in dergleichen Oertern erlaubt bleiben.

Art. 3. Um den Einwohnern der Städte ihre kleinen häuslichen Nothwendigkeiten, welche bis hierhin nur über die Straße feil geboten wurden, nicht zu entziehen, oder zu vertheuern, dürfen in der Folge die Stein- und Erden-Waaren, hölzerne Hausgeschirre und Schwefelhölzer nicht anders als auf den täglichen oder wöchentlichen Märk-

ten und zwar, wenn die Verkäufer Ausländer sind, auf vorher eingeholte Erlaubniß der Polizey, verkauft werden; diese Erlaubniß kostet für acht Tage 15 Stüber, ausgenommen für den Verkauf der Schwefelspähne, welcher unentgeltlich gestattet wird. Ueber diese Einnahme hat jede Polizeibehörde ein eigenes Register zu führen, und den Betrag in den monathlichen Polizeyberichten anzuführen.

Art. 4. Für Orte, wo keine tägliche oder Wochenmärkte angeordnet sind, oder füglich angeordnet werden können, bleibt es den Landräthen überlassen, Erlaubnißscheine zum Hausiren mit den in dem vorigen Artikel genannten Arten von Waaren zu ertheilen. Aehnliche Erlaubnißscheine können zum Hausiren mit Ellen-, kurzen und Mode-Waaren für solche Orte ausgegeben werden, wo die Einwohner aus den vorhandenen offenen Läden nicht bequem, nicht gut, oder nicht wohlfeil genug mit dergleichen Waaren versorgt werden. Die Landräthe werden jedoch dergleichen Erlaubnißscheine, besonders der letztern Art, nur höchst sparsam, und nach sorgfältiger Untersuchung der Verhältniße in den Gränzen ihrer Bezirke ertheilen. Auch können sie nur an Landes-Eingesessene von bekanntem, durchaus untadelhaftem Wandel, worüber jederzeit, nebst den Pässen, besondere obrigkeitliche Bescheinigungen beyzubringen und strenge zu prüfen sind, ertheilt werden.

Den eingesessenen Bourger Deckenhändlern, welche einen Erlaubnißschein der obigen Art von dem Provinzial-Rath ihres Bezirkes erwirkt haben werden, bleibt das Herumtragen ihrer Waare, und das Feilbieten derselben an den Häusern, vorläufig im Allgemeinen erlaubt.

Wohlbekannte Linnen- und Gebildhändler können nach den Umständen ähnliche Erlaubnißscheine, jedoch nur unmittelbar von der Ministerialstelle des Innern, und auf ein Jahr gültig erhalten.

Uebrigens darf ausser den Landräthen unter 50 Rthlr. Strafe, Niemand sich der Ertheilung einer Hausir-Erlaubniß anmaßen.

Art. 5. Alle zu dem Gewerbe befugte Verkäufer von Waaren sind ausser den in den Artikeln § 2 und 3 ge-

nannten Gegenständen in ihre Läden und Buden oder auf die ordentlichen Märkte zu verweisen.

Art. 6. Die Polizeybehörden haben zu sorgen, daß besonders die täglichen und Wochenmärkte für die gemeinen Lebensbedürfnisse in den Städten gut gehalten, dergleichen, wo sie nicht eingeführt sind, nach den Umständen angeordnet, alle Verkäufer nach gleichen Artikeln abgesondert, zusammengestellt und die Vor- und Unterkäufer von den ersten Verkäufern strenge abgesondert werden; ferner, daß der Vor- oder Unterkauf vor den festgesetzten Polizeystunden gänzlich unterbleibe, und endlich daß sowohl den Uebervortheilungen, und andern die Vertheuerung der Lebensmittel erzielenden Mißbräuchen, als dem Verkauf schädlicher oder unzeitiger Lebensmittel vorgebeugt werde.

Art. 7. Die Polizeybehörden haben von jedem Markte eine Preisübersicht über alle Hauptartikel nach drey Classen, höchsten, mittlern und geringsten Verkaufs zu verfertigen, und die monatlichen Durchschnittspreise in ihren monatlichen Polizeyberichten anzuführen.

Art. 8. Die ordentliche Jahrmärkte können sowohl inländische als fremde Handelsleute beziehen. Die erstern bedürfen hiezu nur eines Zeugnisses von der Obrigkeit ihres Wohnortes, daß sie als berechtigte Handelsleute daselbst angesessen sind. Doch muß dieses Zeugniß alle Jahre erneuert, und bey jedem Markte der Orts-Polizeybehörde vorgelegt werden. Hingegen haben alle ausländische Handelsleute von dem Landrathe des Bezirkes, wo sie die Jahrmärkte beziehen, ein Patent von Jahr zu Jahr nachzusuchen, und wenn ein Kaufmann in mehreren Bezirken, oder sogar in dem ganzen Großherzogthum die Jahrmärkte beziehen wollte, so hat derselbe das Patent bey dem Ministerium des Innern zu erwirken.

Art. 9. Um ein solches Patent von dem Ministerium des Innern, oder von einem Landrathe zu erhalten, hat der ausländische Kaufmann nur ein Zeugniß von dem Polizeiamt seines Wohnortes beyzubringen, daß er an diesem Orte als ordentlicher Kaufmann angesessen ist. Die Gebühr für ein solches Patent auf Ein Jahr, in einem Bezirk, be-

trägt mit Einschluß der Stempelgebühr, bey dem Landrathe 25 Stbr., und bei dem Ministerium des Innern für alle Jahrmärkte des Großherzogthums dreyßig Stüber. Es versteht sich übrigens von selbst, daß ein solches Patent die nöthige Visirung des Passes von den Polizeybehörden nicht ausschließt.

Art. 10. Alle Handelsleute, die auf einem öffentlichen Jahrmarkte ihre Waaren feil bieten wollen, haben sich vor Eröffnung des Marktes bey der Orts-Polizeybehörde zu melden; die Inländer um ihre Zeugnisse, die Ausländer um ihre Handlungspatente vorzuzeigen. Hierauf wird einem jeden, nach Eintragung seines Namens in das Marktregister, ein Polizeischein unentgeldlich ertheilt.

Wer ohne einen solchen von der Polizey erhaltenen Schein seine Bude aufschlägt, verfällt in eine Strafe von sechs Reichsthaler.

Art. 11. Die eigene Polizeybehörde eines jeden Orts, oder, wo dergleichen bis jetzt nicht eingerichtet sind, der Landrath, hat die Zeit des Anfangs und der Beendigung der Jahrmärkte, wo dieses nicht sattsam bekannt ist, oder wo Jahrmärkte neuerdings angeordnet werden, vorher durch das Wochenblatt, und nach Umständen, durch in- und ausländische Zeitungen bekannt zu machen.

Art. 12. Bis zu der endlichen Anordnung der eigenen Polizeybehörden hat jederzeit an den Markttagen ein Beamter, oder ein Magistrats-Deputirter, mit Thätigkeit die Marktpolizey wahrzunehmen. Dieser Beamte oder Magistrats-Depurtirte ist daher für die genaue Beobachtung der desfalls bestehenden Vorschriften selbst verantwortlich.

Art. 13. Es verstehet sich von selbst, daß vorzüglich alle Bettler und Landstreicher von den Märkten entfernt gehalten werden, und daß die erwähnten Beamten oder Magistratspersonen mit ihren Dienern, und Gensd'armes hierauf sorgfältig zu wachen haben.

Art. 14. Mit dem kommenden ersten Januar 1808. tritt diese Ordnung der Dinge in Wirkung, und es wird von den sämmtlichen Provinzial- und Ortsbehörden er-

wartet, daß ſie auf die Beobachtung derſelben ſtrenge wachen werden.

Auch iſt die gegenwärtige Verordnung desfalls ſowohl durch das Wochenblatt, als ſonſt auf die gewöhnliche Weiſe zur gemeinen Kunde zu bringen.

2989. — Den 19. October 1807. — A. P.

Der Miniſter des Innern.

Zur Verhütung der Zolldefraudationen wird es den Schiffern verboten, an den Orten, wo keine Zollſtätte iſt, Güter ohne vorherige Erklärung bei dem nächſten Zoll-Amte auszuladen; ſodann wird es den Schrötermeiſtern bei 6 Rthlr. Strafe unterſagt, auſſer auf dem Werft zu Düſſeldorf, Weine ein- oder auszuladen, ehe der Zollſchein davon produzirt worden iſt.

2990. — Fontainebleau den 22. Oct. 1807. — A. P. Q.

Diejenigen noch ſchwebenden, fiskaliſchen Klagen und Unterſuchungen wegen Vergehen in Bergwerks-Sachen in dem Lande Eſſen und Werden, welche ſich vor dem Antritt der jetzigen Landesregierung zugetragen haben, ſollen niedergeſchlagen und ohne weitere Folge gelaſſen werden.

2991. — Den 30ſten October 1807. — A. P.

Der Miniſter des Innern

Hat in Erfahrung gebracht, daß eingeſeſſene und fremde Fiſcher, unter dem Vorwande, ihrem Gewerbe nachzugehen, mit ihren Kähnen zur Nachtszeit an den Waſſer-Bauſtellen herumfahren, und die Materialien-Vorräthe und Uferpflanzungen berauben. Um dieſem gefährlichen Unfuge zu begegnen, wird hiermit das Fiſchen auf dem Rheine zu Nachtszeit, an dieſer Rheinſeite, allen Fiſchern und andern Leuten, welche nicht durch eine ausdrückliche

und schriftliche Erlaubniß des Beamten dazu ermächtiget sind, auf das strengste untersagt, mit der Warnung, daß diejenigen, welche sich, dem ungeachtet, ohne andere, nöthigenfalls nachzuweisende, Bestimmung mit ihren Kähnen, auf dieser Rheinseite fahrend, bey Nacht betreten lassen würden, gleich als wenn sie in den Materialien-Vorräthen, oder Uferpflanzungen betroffen worden wären, angehalten und nach der Verordnung von dem 1ten Octob. 1805 (Nro. 2834) bestrafet werden sollen.

Die Beamten werden jene Erlaubniß, bey Nachtszeiten fischen zu dürfen, nur an bekannte Eingesessene von durchaus untadelhaftem Wandel ertheilen. Auch haben sie so wohl als die Vorsteher, auf die Befolgung der gegenwärtigen Verordnung genau zu achten. Diese Verordnung soll sowohl durch das Wochenblatt, als von den Kanzeln, zur öffentlichen Kunde gebracht werden.

2992. — Fontainebleau den 30. Oct. 1807. — A. P. Q.

Organisation einer neuen, unter Leitung des Finanzministers stehenden Forstverwaltung für das Großherzogthum Berg, deren Personal aus einem Director, einem General-Inspector und einem Finanzministerial-Rath, sodann aus einem General-Tarator, aus Inspectoren, Unterinspectoren, Revierförstern, Forstwärtern und Waldschützen besteht, und welcher die Aufsicht über forstmäßige Cultur und Benutzung der Domainen-, Gemarken- und Gemeinheits-Waldungen, das Rechnungswesen der erstern, so wie die Beaufsichtigung des Forstpersonals und die Handhabung der Forstpolicey in den letztern und in den Privat-Waldungen überwiesen ist.

2993. — Fontainebleau den 14. Nov. 1807. — A. P. Q.

Publication einer neuen Notariats-Ordnung für das Großherzogthum Berg. Dieselbe bestimmt in IV Abschnitten und zwar 1) über das Notariat und über die Formalitäten, die von denjenigen zu beobachten sind, welche Notariatsverrichtungen ausüben, oder auszuüben ermächtigt

seyn wollen, 2) über die freiwilligen Acten und über die Haltung der Repertorien, worin dieselben eingetragen werden müssen, 3) über die Urtheile und deren Eintragung in besondre Repertorien und 4) über die Contracte unter Privat-Unterschrift. (Conf. Nro. 2998 u. Nro. 3219.)

2994. — Den 9. Januar 1808. — A.

Der Minister des Innern.

Den mit der Ausfertigung der Taufscheine beauftragten Geistlichen wird es bei 50 Rthlr. Strafe untersagt, den Tag und das Jahr der Geburt in denselben mit Zahlen zu schreiben; kein Beamter darf eine solche Ausfertigung eines Taufzeugnisses als gültig annehmen, sondern muß dasselbe seiner vorgesetzten Behörde zur Bestrafung der Contravention einreichen.

2995. — Paris den 13. Januar 1808. — P.

Verkündigung eines General-Pardons für die binnen Monatsfrist zurückkehrenden Deserteurs und einer Begnadigung für die wegen Desertion verhafteten, noch nicht verurtheilten Unteroffiziere und Soldaten.

2996. — Den 18. Januar 1808. — A. P.

Der Finanz-Minister.

Publication der in 32 Artikeln festgestellten, allgemeinen Bedingungen, welche künftig bei jeder Verpachtung von Domanial-Grundstücken, neben der jedesmal festzustellenden, besondern Bedingungen zur Anwendung kommen müssen.

2997. — Den 19. Januar 1808. — A. P.

Die General-Forst-Administration.

Die bei den Gemarkengedingen u. a. Zusammenkünften der Gemarken-Verwaltungen und Beerbten stattfindenden

Mahlzeiten und Gelage auf Kosten der Gemarkenkassen werden untersagt, und sollen ferner nicht mehr in Rechnung passiren.

2998. — Den 23. Januar 1808. — A.

Der General-Administrator des Stempels.

Anleitung für die Stempel-Beamten über die Vollziehung des Dekretes vom 14. Nov. d. J. (Nro. 2993), wegen Einführung der neuen Notariats-Ordnung, in so fern dasselbe die Stempel-Abgabe betrifft.

2999. — Den 29. Januar 1808. — A. P.

Die General-Forst-Administration.

Seine Excellenz der Herr Finanz-Minister haben unter'm 19. dieses verordnet: daß alle bisher von öffentlichen, sowohl noch in Function stehenden, als pensionirten Beamten, aus den Gemarken- und Gemeinde-Waldungen, als partes salarii, oder Pension, bezogenen mancherlei Nutzungen cessiren und künftig durch die General-Forst-Administration verwaltet werden sollen.

In Betreff der irgend einem Individuum als Pension beygelegten oder belassenen Gerechtsamen aus den Gemarken, behalten sich Seine Exzellenz jedoch die Entschädigung vor.

Diejenigen Entschädigungen aber, welche den Richtern, Gerichtschreibern und Gerichtsbothen, die dergleichen Natural-Benutzungen beziehen, und welche denselben früher schon durch die Verfügung vom 14. May 1806 (N. 2889) entzogen wurden, allenfalls zukommen können, sind Seiner Excellenz dem Herrn Minister des Innern überlaßen.

Indem alle Vorstände der Gemeinde- und Gemarken-Waldungen hiervon in Kenntniß gesetzt werden, werden dieselben zugleich angewiesen, unter dem Nachtheil der doppelten Zahlungs-Leistung, keinem öffentlichen Beam-

ten noch Penſionirten, irgend eine Benutzung aus dieſen Waldungen ferner zufließen zu laſſen, ſondern alle dergleichen Benutzungen zu den Kaſſen der einſchlägigen herrſchaftlichen Renteien abzugeben. (Conf. Nro. 3008.)

3000. — Den 20. Febr. 1808. — A.

Die Miniſter der Finanzen und des Innern.

Ueber die Ertheilung, die Stempelung und die Gebühren-Berechnung der Reiſe-Päſſe, der Erlaubnißſcheine zur Beziehung der Jahrmärkte und der Hauſir-Scheine werden ausführliche Vorſchriften für die Polizei- und Stempel-Beamten ertheilt.
